

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando.
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnements-Preis 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Annon-
 zen oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Berichts-
 und Berichtigungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 30. Dezember 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Januar 1903 eröffnen wir ein neues Abonnement auf den „Vorwärts“ mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden Unterhaltungsblatt und der Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.
 Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungsspediteure sowie unsere Expedition, Lindenstrasse 69, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für das übrige Deutschland nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen zum Preise von

1 Mark 10 Pfennig pro Monat

(ausschließlich 14 Pfennig pro Monat Bestellgeld) entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 8203.) Die Einziehung des Zeitungsgeldes von den bisherigen Postabonnenten erfolgt gegen Quittung durch die Briefträger, die zur vollständigen Quittungsleistung berechtigt sind.

Neu hinzutretende Postabonnenten können die Zustellung der Zeitung und die Einzahlung des Zeitungsgeldes auch schriftlich bei der zuständigen Postanstalt beantragen. Für derartige Bestellschreiben etc. wird eine Gebühr nicht erhoben.

Im Auslande kann der „Vorwärts“ gleichfalls bei der Post bestellt werden; der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 5 Fr. 1 Cts. in Belgien, 3 Fl. in Holland, 3 Kr. 59 Oere in Dänemark, 5 Lire 71 Cts. in Italien, 5 Fr. 15 Cts. in Luxemburg, 4 Kr. 66 Heller in Oesterreich-Ungarn, 6 Fr. 10 Cts. in Rumänien, 4 Kr. 17 Oere in Schweden, 5 Fr. in der Schweiz; 9 Mark in Frankreich, England, Spanien und Portugal, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und andern zum Weltpostverein gehörenden aussereuropäischen Ländern.

Unter Kreuzband direkt von der Expedition bezogen kostet der „Vorwärts“ pro Monat 2 Mark innerhalb Deutschlands und seiner Kolonien, in Oesterreich-Ungarn und Luxemburg, im Ausland 3 Mark pränumerando.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Der zweite preussische Lehrertag.

Es wird uns geschrieben:

„Vorwärts mit Mäßigung und Besonnenheit, aber fest und beharrlich! — Mit diesen Worten schloß der erste Referent auf dem am dritten Weihnachtstage in Magdeburg stattgefundenen zweiten preussischen Lehrertage seine Begründung der Notwendigkeit einer Revision des preussischen Lehrerbefoldungs-Gesetzes vom 3. März 1807. So weit die Wünsche des Lehrertages in Betracht kommen, ist diese „maßvolle“ und „besonnene“ Parole auch befolgt worden. In den Verhandlungen selbst brach jedoch mehr als einmal ein sehr entschiedener Ton durch, der sich offen auflehnte gegen die „mäßige“ und „besonnene“ Tradition des Lehrervereins und ein rascheres Vortwärtsschreiten und resoluteres Fordern verlangte.

Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß eine derartige Strömung auf einem preussischen Lehrertage sich endlich in aller Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen wußte, und nicht minder erfreulich ist die weitere Thatsache, daß die außer den 119 offiziellen Delegierten auf dem Lehrertage anwesenden Volksschullehrer — es mögen an 1000 gewesen sein — den Wortführern der radikalsten Gruppe besonders stürmischen Beifall zollten. Auf der deutschen Lehrerversammlung in Hamburg im Jahre 1896 rief noch ein Redner pathetisch aus: Wer erschöpft Geduld und Fähigkeit der deutschen Lehrer! Es scheint, als ob es endlich mit der Geduld ein wenig zur Reize geht. Und das ist gut so.

Daß die Unzufriedenheit zunächst und am kräftigsten bei den ungenügenden Befoldung der Lehrer einsetzt, ist durchaus begreiflich. Die Befoldung der Volksschullehrer ist durch die Jahrhunderte hindurch bis auf den heutigen Tag eine durchaus ungenügende und unwürdige gewesen. Es scheint beinahe, als ob der Staat an den dabeisenden Lehrern, besonders an den Landlehrern, ein Exempel hat statuieren wollen, bis zu welcher niedrigsten Grenze sich gewisse Schichten des Bürgertums ausbeuten und entwürdigen lassen, ohne „Geduld und Fähigkeit“ zu verlieren.

Erst seit dem 20. März 1897 existiert eine gesetzliche Regelung der preussischen Lehrerbefoldung. Die Vorgeschichte dazu dürfte noch bekannt sein. Ein etwas weitergehendes Gesetz war im Jahre vorher hohnlachend von dem preussischen Landtag in den Papierkorb geworfen worden. Das neue Gesetz trug den Agrariern noch mehr Rechnung, schäbigte die großen Städte und ließ der Willkür der lokalen „Autoritäten“, also den Magistraten, Stadtverordneten, Gemeindevertretern und Gutsbesitzern so viel Spielraum, daß durch das Gesetz die Befoldungsverhältnisse der preussischen Volksschullehrer nicht nur nicht gebessert, sondern in mancher Beziehung erheblich verschlechtert wurden. Nicht nur waren die Landlehrer von vornherein durch das Gesetz benachteiligt, auch das „Teuerungsprinzip“, das der Höhe des Grundgehaltes der lokalen oder provinziellen Zuschläge zu den Mindestgehältern, den Alterszulagen und der Weisenschildigung zu Grunde liegt, mußte naturnotwendig zu den denkbar größten Verschiedenheiten in der Befoldung und zu den kräftigsten Ungerechtigkeiten führen. Die Lehrer waren deshalb völlig im Recht, als sie trotz der gesetzlichen „Regelung“, die mit der Regierung und den herrschen-

den Parteien als Ruhehissen für das schlechte Gewissen von Ruhen war, sofort auf die zu Tage tretenden Unzulänglichkeiten hinwiesen und so viel als möglich auf deren Beseitigung drängten. Aber ihre Wünsche, Beschlwerden und Bitten begegneten tauben Ohren. Noch am 8. und am 17. Juni dieses Jahres berief sich im preussischen Abgeordnetenhaus ein Regierungskommissar gegenüber zahlreichen Massenpetitionen von Lehrern aus Posen, Ostpreußen, Pommern und Brandenburg auf die bezeichnende Bemerkung am Schluß der Ausführungsanweisung zum Befoldungsgesetz, daß die Neuregelung der Befoldungen für die Befoldungsbewegung auf abschließbare Zeit einen Abhluß bilden soll und ein ausreichender Anlaß für eine Revision der Ausführung des Lehrerbefoldungs-Gesetzes gegenwärtig nicht vorliegt.“

Die Lehrer haben sich damit aber nicht zufrieden gegeben. Da der Einzelkampf in den Orten und Provinzen keinen Erfolg brachte, so gewann der Plan immer fester Gestalt, durch eine einmütige, imposante Kundgebung der preussischen Lehrerschaft die Wünsche auf Revision des Befoldungsgesetzes vor das Ohr der Regierung, der sonstigen maßgebenden Instanzen und der Öffentlichkeit zu bringen. Der zweite preussische Lehrertag am Sonnabend war die Ausführung dieses Planes.

Er ist nur zum Teil gelungen. Die Führer der preussischen Lehrerbewegung, insbesondere der geschäftsführende Ausschuss des zweiten Lehrertages sind sehr vorsichtige Leute, die „staatsmännisch“ vorgehen und dadurch am meisten zu erhalten hoffen, daß sie möglichst wenig fordern und der Stimmung der Regierung und der andern einflussreichen Faktoren Rechnung tragen. So beschränkten sie sich in der Hauptsache darauf, dem Lehrertage als Forderungen nochmals dieselben Wünsche und Forderungen zur Beschlußfassung zu empfehlen, die schon der erste preussische Lehrertag im Jahre 1891 aufgestellt hatte, nämlich ein Grundgehalt von mindestens 1200 M. und Alterszulagen in Höhe von mindestens 150 M. Die Herren bemerkten zur Erklärung ihrer Bescheidenheit, daß sie den weitergehenden Wünschen nicht Rechnung tragen könnten, da sie nicht Zukunftsmusik treiben, sondern praktische Arbeit für die schlechtestgestellten preussischen Lehrer leisten wollten. Einige besonders Eingeweihte vertieften noch interessante Thatsachen. So erzählte ein älterer Lehrer aus Langfuhr bei Danzig, daß er als Vorsitzender bei höheren Forderungen von dem Regierungspräsidenten und von ähnlichen Beamten, mit denen er zunächst zu thun hätte, angefahren werden würde: „Was wollen Sie! Kommen Sie mir nicht mit solchen Forderungen!“ Dem alten Manne schien noch nie eine Erkenntnis davon aufgegangen zu sein, daß sich einen solchen Unteroffizierston nur derjenige gefallen läßt, der ihn verdient. Ein anderer, der langjährige erste Führer der preussischen Lehrerschaft, Schröder aus Magdeburg, prunkte selbstgefällig mit seinen Bekanntschaften mit den verstorbenen Ministern Vossie und Riquel. Wer schon Audienzen mitgemacht habe, wisse, wie notwendig bescheidene Forderungen seien; ein anderer verstände eben nicht viel davon. Die Lehrer dürften nur als Bittende kommen; wenn ihnen die Thür vor der Nase zugemacht würde, müßten sie schon warten.

Man begreift, daß bei solcher Führerschaft die Lehrer sich noch keine selbständige Stellung und noch nicht mehr Respekt haben verschaffen können. Um so erfreulicher waren die kräftigen und schlagfertigen Argumente der Opposition. Was sie verlangte, war so bescheiden, daß auf diese Forderungen noch reichlich das begeisterte Lob der Mäßigkeit seitens der „staatsmännischen“ Herren vom Ausschuss gepakt hätte. Sie wollten ein Grundgehalt von mindestens 1500 M. und Alterszulagen von mindestens 200 M., und zwar sollte dies gleichmäßig für alle preussischen Lehrer in der Stadt und auf dem Lande gelten.

Besonders die Forderung der „Gleichstellung aller Lehrer“ hatte schon in der Diskussion in der Tagespresse eine große Rolle gespielt, und um sie drehte sich auch am Sonnabend hauptsächlich die Debatte. Die Landlehrer empfinden die ihnen durch die weitaus geringere Befoldung zugefügte soziale Ungerechtigkeit sehr schwer und sie wenden sich an ihre besser situierten Kollegen in der Stadt um Hilfe. Diese weigern sich aber unter teils sehr nichtigen Gründen.

Charakteristisch ist die Erscheinung, daß die Landlehrer, die finanziell am wenigsten von dem sonstigen Proletariat zu unterscheiden sind, auch am meisten proletarisches Bewußtsein und proletarische Energie von ihren Leidensgenossen mit der schwierigen Faust angenommen zu haben scheinen. Allerdings: schwierige Hände giebt es auch in der Lehrertwohnung auf dem Lande. Ein schlichter Landlehrer rief seinen Kollegen zu, falls sie vielleicht nicht begreifen könnten, wie ein Landlehrer mit dem viel geringeren Gehalt auskomme und wenn sie dies etwa auf das Konto billiger Lebensverhältnisse auf dem Lande zu setzen geneigt sein sollten: „Sehen Sie sich einmal die harten schwierigen Hände unsrer Frauen an, die uns helfen mit 900 M. auszukommen!“ Ein städtischer Lehrer hatte den zweifelhaften Mut, darauf zu bemerken, daß auch die Lehrerfrauen in der Stadt schwierige Hände hätten, und daß für sie deshalb noch die Mehrausgabe für teure Glaschandschuhe hinzukomme.

Im allgemeinen war der moralische Sieg auf Seite der Opposition. Obwohl fast nur unbekannte Männer für sie eintraten, wußten diese ihren Standpunkt doch recht geschickt zu vertreten. Es wurde von ihnen hingewiesen auf die moralische, pädagogische und nationale Notwendigkeit der Gleichstellung. Ein anderer wies auf die mit der materiellen verbundene geistige Benachteiligung der Landlehrer hin, ferner mußte er für die geringere Willigkeit einiger Lebensmittel auch z. B. jeden ärztlichen Besuch mit 10 Mark honorieren. Ein anderer wies auf den demokratischen Zug hin, der heute durch die Gesellschaft gehe; er lenkte außerdem die Aufmerksamkeit auf die verteuerte Wirkung des Posttarifs, auch scheute er nicht, offen aus-

zusprechen, daß nur deshalb für die Schule kein Geld da sei, weil die Flotte und das Heer das meiste Geld verbrauchen.

Auch einige städtische Lehrer, besonders aus der Rheingegend, vertraten die Forderungen der Landlehrer. Es war recht erfreulich, daß ein so alter Führer innerhalb der deutschen Lehrerschaft wie P a d e s - Köln mit Nachdruck erklärte, daß ein Festhalten an den Forderungen von 1891 einen Rückschritt bedeute. Die Teuerungsbewegungen seien heutzutage nicht mehr erheblich; die Leistungsunfähigkeit der Gemeinde gehe die Lehrer nichts an. Der Staat habe in solchen Fällen einzugreifen. Das Wort Zukunftsmusik schreie ihn nicht. Auch von seinen eigenen Forderungen habe der Ausschuss zugegeben, daß sie so bald noch nicht verwirklicht werden würden, sie seien also auch Zukunftsmusik. Fordern die Lehrer wenig, so bekommen sie nichts. Wenn die Lehrer sich selbst so niedrig einschätzten, so dürften sie sich nicht wundern, wenn sie auch von andern niedrig eingeschätzt würden. Wenn die Forderungen der Landlehrer viel Geld kosten, ja, was geht das die Lehrer an. Wenn die Schule das einstige Kulturelement sei, als das sie hingestellt werde, so müsse der Staat die Gelder aufbringen. Ein stürmisches Bravo folgte diesen für einen Lehrertag immerhin entschiedenen Worten.

Nicht minder resolut äußerte sich ein Lehrer aus dem Berliner Vorort Nichtenberg. Wenn man 1200 M. beschließen wolle, so hätte man lieber zu Hause bleiben sollen. Solche Bescheidenheit möge wohl der „Tradition“ entsprechen, aber nicht genüge sie den Wünschen der Lehrer. Er sei gern bereit, mit dieser Tradition zu brechen. Es komme ihm so vor, als ob man hier in einer Versammlung von Regierungskommissaren sei. Die Theorie des Ausschusses spiegelte folgendes Beispiel wieder: Sagt ein Knabe: „Vater ich habe Hunger“, so bekomme er etwas; sagt aber der Knabe: „Vater ich habe großen Hunger“, so bekomme er nichts. Redner verlangte gerade aus tatsächlichen Gründen 1500 M. Wenn es schon ohne Kompromisse, ohne „Stuhhandel“ und „mittlere Linie“ nicht abgehe, so hätten die Lehrer keine Ursache, diese mittlere Linie zu ziehen. Das könnten sie ändern überlassen.

Wäre die ganze Kundgebung der preussischen Lehrerschaft am Sonnabend auf den Grundton abgestimmt gewesen, den dieser Redner ansetzte, so hätte sie einen größeren Wert gehabt. Hätte die Lehrerschaft einmütig und mit mannhafter Energie ihr gutes Recht verlangt unter Hinweis auf die beschämenden Gehaltsverhältnisse vieler Tausender von Lehrern, hätte sie auf Anerkennung der ebenso beschämenden wie berechtigten Forderungen der Landlehrer eine Begeisterung für ihre Bewegung bis in die entfernteste Schulhäute getragen, hätte sie vielleicht auch noch ein entschieden abgefaßtes Manifest im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen beschließen, so würde sie — ohne Zukunftsmusik zu treiben — ihrer Sache mehr genügt haben. Sie hätte der Regierung gezeigt, daß die „ewig“ geduldeten Lehrer endlich sich auf ihre Würde besinnen und verlangen, daß die Regierung sich auf ihre Würde besinne und derartig entschiedener Ton erheblich mehr Eindruck gemacht haben wie das vorsichtige Witzgehack des Ausschusses.

Bedauerlich ist es, daß gerade die Berliner Lehrer ein Kompromiß antraten, auf das sich schließlich die Mehrheit einigte. Der bekannte Teufel, der nie fehlt, wenn es Gegenseite zu verkleinern und einer klaren Stellungnahme anzuhängen gilt, war der Vater des Kompromißantrages. Statt der unzweideutigen Gleichstellung der Lehrer forderte Teufel in seinem Antrage mit vielem Wortgedrösel Selbstverständliches und statt der 1500 M. verlangte er 1350 M.

Hoffentlich gelingt es im Laufe der Zeit den radikalsten Elementen in der deutschen Lehrerbewegung, den „Staatsmännern“ und Kompromißlern das Heft aus der Hand zu winden.

Zur Rede Millerands.

Zu Erwiderung auf die Zuschrift des „jaureistischen Parteimitgliedes“ (Nr. 296) schreibt unser Pariser Korrespondent:

Ein französisches Sprichwort sagt: Man kann nicht alle Welt und zugleich seinen Vater zuriebstellen“. Es ist auch unmöglich, dem Allermittels-Socialismus Millerands und zugleich dem proletarischen Socialismus gerecht zu werden. Denn Millerand rückt immer und immer wieder von diesem Socialismus ab, bis schließlich in der letzten Pariser Rede das Wesen seines „Socialismus“ sich offenkundig als „Bourgeois-Socialismus“ gezeigt hat, der nur noch nach oben durch die sozialistische Phrase mit dem Socialismus (ohne Wünsche) verbunden bleibt. Wer auf dem Standpunkt des proletarischen Socialismus steht, wird daher das Wesen der Millerandschen Anschauungen von den „einschränkenden“ sozialistischen Phrasen unterscheiden müssen und den ausgiebigen Gebrauch, den Millerand trotz alledem von diesen Phrasen macht, nur bedauern können.

Dieses Verhältnis habe ich in meiner angeführten Korrespondenz (Nr. 289) in den Worten klar angedeutet: „Millerand hat wohl den inimitablen Inhalt seines „Socialismus“ mit erwidender Offenheit in der Sache, wenn auch nicht in der Form, dargelegt.“ Millerands Verteidiger, ein „jaureistisches Parteimitglied“, legt dagegen natürlich großen Wert auf die von mir nicht wieder-gegebenen „einschränkenden“ Phrasen, namentlich auf die Bezeichnung der sozialistischen Partei als der „Partei der ökonomischen Emanzipation der Arbeiter“.

Mag nun sein, daß Millerand subjektiv seine „Einschränkungen“ aufrichtig meint — auf Millerands persönlichen Charakter kommt es hier nicht an. Daran würde aber nur folgen, daß er objektiv den sozialistischen Kern von der sozialistischen Phrase eben so wenig zu unterscheiden weiß, wie der bürgerliche Uniradikale Frankreichs, die ja sich „radicaux-socialistes“ (sozialistische Radikale) nennen und ebenfalls gern und oft von sozialer Emanzipation der Arbeiter sprechen. Würde übrigens Millerand auf den Gebrauch der „einschränkenden“ sozialistischen Phrasen verzichten, so könnte man ihn nicht mehr als „Bourgeois-Socialisten“ ansprechen, sondern nur noch als bürgerlichen Radikalen.

Das „jaureistische Parteimitglied“ fragt überhaupt die Bedeutung meiner Kommentare zu Millerands Rede dadurch abzuwickeln, daß es den ganzen Zeitungstext derselben „nur“ für eine

„Zusammenfassung des Berichterstatters der Zeitung“ erklärt, die „daher nicht buchstäblich zu nehmen“ wäre. Das ist unklar. Mein Kritiker muß genau wissen, daß er kritisch die betreffende Zeitung die *„Petite République“* ist, die gerade daran interessiert ist, *„Mitterlands“* „Socialismus“ möglichst heraus-zureißen. Er muß zweitens genau wissen, daß der Bericht der *„Petite République“* nur teilweise „zusammenfassend“ ist, daß daneben mehrere längere Auszüge aus der Rede in den eigenen Worten des Redners wiedergegeben und als solche, wie üblich, durch kleinere Zitate gekennzeichnet sind. Er muß drittens genau wissen, daß die *„Petite République“* diese Pariser Rede *„Mitterlands“* eben nur auszugsweise in den eigenen Worten *„Mitterlands“* wiedergibt, während sie dessen *„Carmaur“-*Rede (vom 12. Oktober) vollinhaltlich veröffentlicht hat. Die Zeitung erscheint aber bekanntlich in Paris, nicht in Carmaur. Woher nun dieser auffällige Unterschied in der Behandlung der beiden Reden? Wenn mein Kritiker das nicht wissen sollte, so will ich ihn „parteilich“ mitteilen, daß die *„Petite République“* in ihrem Bericht unter anderem auch die folgende Stelle von der pflichtmäßigen „Fürsorge aller Franzosen“ einschließt, die Arbeiter für die „Allianzen, für die militärische und finanzielle Macht“ des Landes so geschildert „zusammenfaßt“, daß die kompromittierenden Worte glücklich wegbleiben. Ich aber habe diese schöne Stelle nach dem Bericht des „Temp“ citiert, der hier nicht „zusammenfaßt“, sondern die eigenen Worte des Redners wiedergibt. Und wohlgerne, der Bericht des „Temp“ ist weder von *„Mitterland“* noch von der *„Petite République“* noch von irgend einem „jaureßistischen Parteimitglied“ angefochten worden. Näheres über diesen Punkt weiter unten.

Jedoch selbst im Falle, wenn das „jaureßistische Parteimitglied“ die Rede bloß aus der *„Petite République“* kennen sollte, hätte er keinen Grund, den deutschen Lesern weis zu machen, als hätte ich zu Unrecht, und „Parteilichkeit“ *„Mitterlands“* Ausführungen gegen den „ursprünglichen“ socialistischen Standpunkt der ausschließlichen „beruflichen Sonderinteressen“ der Verleugnung des proletarischen Standpunktes gleichgesetzt.

Zunächst die Bemerkung, daß meine Korrespondenz die Worte *„Mitterlands“*: „besonders berufliche Interessen“ ausdrücklich citiert, und nicht, wie der Verfasser der Zuschrift zu verstehen geben möchte, einfach durch die Worte: „proletarische Klasseninteressen“ ersetzt. Erst nach der Wiedergabe jener Worte setze ich in Klammern hinzu: „will sagen: der proletarischen Klasseninteressen“. Und das mit vollem Recht.

Glaubt denn mein Kritiker wirklich, daß *„Mitterland“* unter den „beruflichen Sonderinteressen“ (corporatist), steht er zur Verklärung das französische Wort hinzu) etwa die — gewerkschaftlichen Interessen gemeint habe? Glaubt er wirklich, daß *„Mitterland“* die Rurgewerkschaftler zu Gunsten einer proletarischen Klassenpolitik bekämpft habe? Glaubt er wirklich, daß *„Mitterland“* unter der veralteten, ursprünglichen Erbsenz-berechtigung“ der socialistischen Partei den Standpunkt des nurgewerkschaftlichen Kampfes gemeint habe? ... Und doch kann sein Wortwerk gegen mich überhaupt einen Sinn nur dann haben, wenn er den *„Mitterlandschen“* Worten diese widerwärtige Bedeutung unterlegt. Aber freilich hilft er über den unglücklichen Punkt mit einer kurzen Bemerkung hinweg, die beim Leser eine vom Gegenstand ablenkende falsche Vorstellung über meine „parteiliche“ Citerungsweise erwecken soll.

Aber weiter. Weiß das „jaureßistische Parteimitglied“ wirklich nicht, daß *„Mitterland“* schon wiederholt den „ursprünglichen“ Klassenstandpunkt der socialistischen Partei — in seinen Reden wie in seinen Handlungen — zum alten Eisen gelegt hat? Wenn er aber den Ausdruck „berufliche Sonderinteressen“ anstatt „proletarische Klasseninteressen“ gebraucht, so erstens deshalb, weil er überhaupt eine strommännisch-verlaulichte Sprache zu führen liebt, und zweitens deshalb, weil die besonderen Klasseninteressen des Proletariats ihm wirklich nur noch in die „beruflichen Sonderinteressen“ ersähen. Zum Ueberflus sei noch folgende Stelle aus *„Mitterlands“* Pariser Rede wiedergegeben, und zwar nach dem als „holographisch“ bezeichneten Bericht des „Reveil du Nord“-Blatte, einer ministeriell-socialistischen Zeitung. Unter Verweisung auf die Schrift von J. Carraute: „Oppositions-Socialismus und Regierungs-Socialismus“ meinte *„Mitterland“*, daß der Begriff des Klassenkampfes, angewendet auf die gegenwärtige sociale Ordnung, ebenso falsch wie gefährlich ist, wenn man ihn von seiner Ergänzung, der Solidarität der Massen isoliert. ... („Rev. du Nord“, Nr. 339, 6. Dezember).

Das „jaureßistische Parteimitglied“ kann freilich auch hier einwenden, daß *„Mitterland“* ja nur eine „Ergänzung“ des Begriffes des Klassenkampfes verlangt. Ein Socialdemokrat aber wird schon „inobjektiv“, „parteilich“ genug sein müssen, um diese „Ergänzung“ eines Begriffes durch sein gerade Gegenteil als dessen Verleugnung aufzufassen — eine Verleugnung, die desto schädlicher wirkt, als sie sich in verlaulichtester Form gibt, und so wurde von jenen unschuldigen Humoristen die Republik durch den „Großherzog an der Spitze“ ergänzt.

Nun zum schlimmsten Vorwurf in Bezug auf die Revanche. Der *„Jaureßist“* erklärt sich meine Deutung der Worte von der Verwendung der Kraft „im Dienste des Rechts“ im Sinne der Revanche für ein „sehr gebärgiges, unter keinen Umständen zu billigendes Verfahren“. Sehen wir zu, was hinter dieser stillen Entrüstung steht.

Zunächst muß der vom *„Jaureßisten“* gegebene Text richtiggestellt werden. Er citiert nämlich nach dem gerade hier, wie oben bemerkt, bezeichnenderweise bloß „zusammenfassenden“ Bericht der *„Petite République“*:

„Die Arbeiter haben ein Interesse daran, daß Frankreich stark sei, daß es vor der Welt das Ansehen einer großen, entschiedenen friedfertigen Nation hat, die entschlossen ist, ihre Kraft niemals anders zu gebrauchen, als im Dienste des Rechts.“

Dagegen lautet der in meiner Korrespondenz angezogene vollständige Text, der die eigenen Worte *„Mitterlands“* wiedergibt, wie er in den wortwörtlich übereinstimmenden Berichten des „Temp“ und der linksradikalen „Ranterne“ zu finden ist:

„Zunächst, die Franzosen, alle Franzosen, haben ein gleiches Interesse (un même intérêt) daran, daß Frankreich reich sei, daß es stark sei, daß es nicht nur durch seine Allianzen, durch seine militärische und finanzielle Macht, sondern auch durch das Prestige, welches eine große Nation vor der ganzen Welt gewinnt, eine Nation, die entschlossen friedlich und entschlossen ist, ihre Kraft niemals anders zu gebrauchen als im Dienste des Rechts.“

Schon der Vergleich des verkürzten mit dem vollständigen Text zeigt, was *„Mitterland“* im Zusammenhang mit den „Allianzen“ und der „militärischen“ Macht unter dem „Dienste des Rechts“ wirklich gemeint haben muß, namentlich wenn man den patriotisch-diplomatischen oder diplomatisch-patriotischen Sprachgebrauch des französischen Bourgeois-Politikers kennt. Nur die *„Déroulède“* und Konfessionen sprechen von der Revanche in hahnhebenden Ausdrücken, französische regierungsfähige Männer niemals. Das „jaureßistische Parteimitglied“ sollte das wissen.

Ferner sollte dieses Mitglied wissen, daß *„Mitterland“* selbst wiederholt viel klarer als in seiner letzten Pariser Rede — nämlich so klar wie möglich — den Revanche-Gedanken verfochten hat. So in seiner *„Carmaur“-*Rede (auf dem Bankett zu Ehren *„Jaureßs“*, 12. Oktober 1902), worin er, ebenso wie in der Pariser Rede und wie es übrigens alle diplomatisch redenden Bourgeois-Politiker thun, den Frieden mit der Revanche verknüpft in den durchaus ein deutigen Worten über eine „Zukunft“, die den „Nationen, welche brutale Mißachtungen des Völkerrechts erlitten haben, die notwendigen Wiedervergeltungen der Gerechtigkeit und des Rechts vorbehält“ réparations nécessaires de la justice et du droit — „Petite République“, 14. Oktober 1902. — In meiner Korrespondenz über die *„Carmaur“-*Rede („Vorwärts“, Nr. 243) habe ich denn auch jenen Worten mit Zug und Recht hinzugefügt: „Res: Revanche-Hoffnungen!“

Noch mehr. In der Kammer Sitzung vom 7. Februar 1898 (Kabinett-Méline) sprach *„Mitterland“* für die Revanche am allerbedeutendsten. Es war in der Debatte über das Budget des Ministeriums des Aeußeren. An eine Kritik der Mängel der Jarenalliance anknüpfend, führte er an:

„Herr Minister, ich bestritte nicht die Resultate, von denen Sie soeben gesprochen haben; ich begreife mich einfach, zu bezweifeln, daß die partiellen Resultate ... auch nur aufzuwiegen könnten ... die Zurücksetzung (l'amoindrissement), welche für Frankreich, für das verbundene Frankreich von 1871, hervorgegangen wären aus der Rolle, die ihm in Kiel (bei der Einweihung des Nordsee-Kanals 1895) zugeteilt wurde, in diesem Stehdiehn. Wo seine Schiffe zugegen waren, um einer Macht eine Huldigung darzubringen, mit der wir gewiß internationale Höflichkeit-Beziehungen zu pflegen gehalten sind, der gegenüber jedoch unsere Regierung nicht das Recht hat, jemals den geheimen Gedanken des Landes zu verbergen (n'a lo droit, à aucun moment, d'oublier la pensée secrète du pays). (Ministrier stenographischer Kammerbericht im „Journal Officiel“, 8. Februar 1898, Seite 405, Spalte 1.)

„Der geheime Gedanke des Landes!“ Das ist ja die zuerst von Gambetta für die Revanche geprägte Formel: „Il faut y penser toujours et n'en parler jamais“ — „man soll daran stets denken und nie davon sprechen“.

So in der Rede vom 1898. Seitdem hat *„Mitterland“* lediglich seine Andeutungsweise geändert, nicht aber seine Revanchegedanken von 1898 und von immer. Beweis: Der „Temp“ (Nummer vom 4. Oktober 1902) brachte in einem Leitartikel die angeführte Stelle aus *„Mitterlands“* Kammerrede, und zwar im Anschluß an seine Polemik gegen *„Jaureßs“* jüngste Abrüstungs- und Anti-Revanche-Campagne und im Gegensatz zu dieser. Das war, wie gesagt, am 4. Oktober 1902. Aber *„Mitterland“* hat mit seinem Wort seinen Standpunkt von 1898 dem „Temp“-Citat gegenüber desavouiert.

Am 12. Oktober 1902 spricht dann *„Mitterland“* in Carmaur über die „notwendigen Wiedervergeltungen“. Der „Temp“ bespricht die Carmaur-Rede mit schmagendem Behagen in einem Artikel „Regierungsworte“ und schlägt sie wieder aus gegen *„Jaureßs“* Ansichten über die Revanche-Frage. Das leitende Bourgeois-Organ schreibt:

„Die Frage, die Herr *„Jaureßs“* neulich behandelt hat, kann Herrn *„Mitterland“* nicht in Verlegenheit setzen. Wir haben kürzlich Auszüge aus seinen Reden (in der Kammer 1898 und 1895) gebracht, die seinen Zweifel über seine Gefühle zulassen können. Er sprach damals von „geheimen Gedanken“ wifes Landes ... Seitdem ist Herr *„Mitterland“* Minister gewesen. Er gebraucht nun, wie gebührend, eine vorfichtiger Sprache; der „geheimen Gedanken“ ist so zu den „notwendigen Wiedervergeltungen“ geworden. Die Hauptsache ist, daß man einander versteht. Andererseits erwartet Herr *„Mitterland“* alles (oder fast alles) vom Frieden, von der Haager Konferenz, von der „engen Verflechtung von Verträgen“ zwischen den Völkern usw. usw. Das ist vortrefflich. Niemand hat ja vom Krieg gesprochen. Alle Welt vergöttert den Frieden — ganz gewiß! — Besonders aber diejenigen, die Minister waren und es wieder sein werden.“

Noch einmal: weder *„Mitterland“* noch die *„Petite République“* noch irgend ein jaureßistisches Parteimitglied hat mit einem Worte gegen das Kommentar des „Temp“ protestiert.

Endlich spricht der „Temp“ in einem Leitartikel über die Pariser Rede *„Mitterlands“* speziell in Bezug auf die oben citierte Stelle (Allianzen, Militarismus und „im Dienste des Rechts“):

„Wir haben kürzlich von den socialistischen Vätern her andre Worte gehört. Es freut uns, daß diese Worte (*„Mitterlands“*) den bedauerlichen Wiederhall jener endgültig verkommen machten.“ („Temp“, 5. Dezember.) Wiederum also eine Ausfälschung der Erklärungen *„Mitterlands“* in der Revanche-Frage gegen die von *„Jaureßs“*.

Und zum drittenmal: weder *„Mitterland“* noch die *„Petite République“* noch irgend ein „jaureßistisches Parteimitglied“ hat gegen diese Kommentare des „Temp“ protestiert, ebensowenig übrigens wie gegen die sonstigen Kommentare des leitenden Bourgeoisorgans zu *„Mitterlands“* Pariser Rede. — Kommentare, die *„Mitterland“* in den Grund lobten und ihm mit vollem Recht den „Verzicht auf den Socialismus“ nachweisen.

Und nun, trotz alledem giebt das „jaureßistische Parteimitglied“ im „Vorwärts“ seiner stillen Entrüstung freien Lauf, weil ich das sind beim wahren Namen genannt habe; und nun, trotz alledem schreibt es im „Vorwärts“, ohne mit der Wimper zu zucken: „Und es ist auch nichts bekannt geworden, daß auf eine Meinungsverschiedenheit zwischen *„Jaureßs“* und *„Mitterland“* in diesem Punkte schließen ließe! ... Nichts bekannt geworden?“ Seit wann eigentlich „hält sich das jaureßistische Parteimitglied in Deutschland auf“, daß es solche allgemein bekannte Dinge nicht kennt?

Mein stillig entrüsteter Kritiker wird mir schon zugeben müssen, daß er entweder leichtfertig über Dinge schreibt, die er nicht kennt, oder aber wider besseres Wissen falsche Verdächtigungen gegen meine Berichterstattung ausstreuen sucht.

Er lamentiert weiter: „Eine derartige Berichterstattung ist nicht nur bedauerlich, sie ist auch gefährlich, denn sie führt dazu, daß die großen socialistischen Parteien der verschiedensten Länder sich böllig mißverstehen.“ — Die Socialdemokraten aller Länder haben nie das „Ausprechen dessen was ist“ für gefährlich gehalten. Wohl aber ist es gefährlich, wenn eine socialistische Partei Mitglieder mit den Anschauungen *„Mitterlands“* gefattet, in leitender Rolle aufzutreten und in ihrem Namen das große Wort zu führen. Da ist allerdings noch etwas mehr als ein ganz gründliches „Mißverstehen“ unvermeidlich.

Die Redaktion des „Vorwärts“ fügte der jaureßistischen Zuschrift die Bemerkung hinzu, daß ich „jedenfalls Veranlassung nehmen“ werde, mich „gegen den Vorwurf der Inobjektivität zu verteidigen“. Dazu hatte ich, wie *„Siqua“* zeigt, gar keine Veranlassung, wohl aber war ich durch die jaureßistische Zuschrift gezwungen, meiner Kritik der *„Mitterlandschen“* Rede eine verschärfende Begründung zu geben. Daß freilich diese Kritik dem „jaureßistischen Parteimitglied“ „inobjektiv“ erscheinen wird, dessen war ich ebenso sicher, wie es mich nicht weiter beunruhigt.

Zum Schluß ein Wort über die die jaureßistische Fraktion „in ein falsches Licht stellende Parteilichkeit“ meiner Berichte über den Vergarbeiter-Streit. Will das „jaureßistische Parteimitglied“ seine vagen Verdächtigungen näher präzisieren, so bin ich gern bereit, sein Gedächtnis aufzufrischen. Es wird aber gut thun, sich vorher auch über die Vorgänge zu informieren.

Wäre es bei der Abfassung meiner Zuschrift besser informiert, so würde es übrigens wissen, daß meine ihm nicht behagende Berichterstattung über seine Partei nicht erst aus „neuerer Zeit“ datiert. Zutreffend ist nur, daß meine Berichterstattung ihm immer weniger behagend wurde, in dem Maße nämlich, wie seine Partei auf der tiefsten Ebene der bürgerlich-socialistischen Kartellpolitik immer tiefer herabdrückte.

Paris, 24. Dezember. V. Kritschewsky.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Dezember.

Fabrikgeheimnisse der Krupp-Adresse.

In der Weihnachts-Kammer behandelten wir den Fall, daß sich an den von dem Verein deutscher Ingenieure ausgehenden Krupp-Adressen — mit denen Arbeiter, Angestellte, Beamte, Offiziere drangsalirt werden — auch Hochschul-Professoren mit ihrer Unterschrift beteiligten. Aus einer uns aus Ingenieurkreisen zugehenden Zuschrift scheint nun die bemerkenswerte und auffällende Thatsache hervorzugehen, daß der Verein deutscher Ingenieure nur eine Coullisse ist, und daß die eigentlichen Urheber gewisse Professoren der Technischen Hochschule sind, deren Einfluß auf öffentliche Angelegenheiten und deren Beziehungen zum

Hofe seit geraumer Zeit bekannt sind. Sie gehören zu der eng verknüpften mächtigen Gruppe, die von der Industrie, den Großbankern, den Verlehrs-gesellschaften bis zu den Hof- und Regierungskreisen eine intime Verbindung herstellt; die Professoren stellen in diesem Kartell die „wissenschaftliche Unabhängigkeit“ dar. Man durchschaut nun erst den ganzen Zusammenhang der politischen Adressen-Intzigue; der Entrüstungsstrom entspringt in der Nähe der Wundung.

Die Professoren der Technischen Hochschule sind mehr oder minder Mitglieder des Vereins deutscher Ingenieure und üben dort neben den Vertretern der Großindustrie einen ihrer Stellung entsprechenden Einfluß aus. Der jetzige Rektor der Hochschule, Professor Kammerer zum Beispiel ist 1. Vorsitzender des Berliner Bezirksvereins für das nächste Jahr.

Weiter ist der Rektor des Jubiläumjahres, Professor Riedler, nicht nur im Lehrkörper der Hochschule, sondern auch im Verein deutscher Ingenieure eine sehr, sehr einflußreiche Persönlichkeit. Der Vorstand des Bezirksvereins würde wohl kaum die Adresse in der vorliegenden Form eingebracht haben, wenn er bei diesen Herren auf irgend welchen Widerstand gestoßen wäre.

Es ist gut, bei dieser Gelegenheit an das Wort zu erinnern, das vor many drei Jahren inmitten des Lehrkörpers der Technischen Hochschule gesprochen wurde: die Socialdemokratie ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Diese Anschauung wurde in der Luft jenes Instituts geboren; die Lehrtätigkeit stand Pate bei der Taufe. Noch mehr! Die Vaten wurden gleichzeitig zu Erziehern des Sprößlings bestimmt. Jetzt nach drei Jahren werden die Herren plötzlich gewahrt, daß die ihnen zur Pflege übergebene, vorübergehende Erscheinung ein jäherlicher Uthold sei und sie jähren nun jämmerlich nach einer Zwangsankast. Jährwahr! eine ganz respektable Leistung der Herrcn auf politischem und erzieherischem Gebiet, immerhalb drei Jahren dekarri anzukommen!

Die Zuschrift protestiert ferner dagegen, daß die Ingenieure allgemein Byzantiner seien und der Adresse zustimmten. Gewiß, so schreibt unser Gewährsmann, die vielberufene Adresse ist in einer Sitzung des Vereins deutscher Ingenieure widerspruchlos angenommen worden. Daraus folgt nun aber keineswegs, daß die Adresse auch allgemeine Zustimmung in Ingenieurkreisen gefunden hat. Man kann im Gegenteil sehr wohl behaupten, daß viele, wenn nicht gar die Mehrzahl der anwesenden Mitglieder, innerlich dem Wortlaut der Adresse nicht zustimmten.

Man braucht nicht so weit zu gehen, die Art und Weise, wie der Vorstand die Adresse der Versammlung präsentierte, eine Ueberrumpelung zu nennen, aber eine der Wichtigkeit des Gegenstandes angemessene Behandlung wäre wohl wünschenswert gewesen, zumal in diesem Falle der Verein mit seiner alten Tradition, seine Politik zu treiben, vollständig brach. Den Mitgliedern war mit der Einladung zur Vereins-sitzung bekannt gegeben worden, daß anlässlich des Ablebens des Herrn Krupp der Versammlung eine Resolution zur Beschlußnahme vorgelegt werden sollte. In der Vereins-sitzung wurde dann auch von dem Vorsitzenden der bekannte Text der Adresse verlesen, und da sich kein Widerspruch erhob, für angenommen erklärt. Das war alles. Selbst parlamentarisch gewandte Leute werden verlangen, daß ihnen ein Antrag, über den sie abstimmen sollen, längere Zeit vor der Beschlußfassung gedruckt vorliegt. Im wieviel mehr mußte hier, wo den meisten die parlamentarische Gewandtheit in der Behandlung politischer Gegenstände durchaus abgeht, ein gründlicheres Verfahren Platz greifen.

Der Wortlaut der Adresse hätte mindestens mit der Einladung zur Vereins-sitzung den Mitgliedern bekannt gemacht werden müssen. Die wahre Meinung des Ingenieurstandes über die politische Ausbeutung des Falles Krupp kann nicht einmal aus den Unterschriften der Adresse ersucht werden. Denn der Ingenieur als technischer Beamter oder Angestellter ist nicht wirtschaftlich unabhängig; in diesen Fällen ist die wirtschaftliche Abhängigkeit des Ingenieurs noch größer als die des Arbeiters. Wir sind überzeugt, daß dort, wo der Ingenieur keine Maßregelung zu fürchten hatte, die Adresse wenig Gegenliebe gefunden hat.

Haben doch in einem Berliner größeren industriellen Etablissement kaum ein Drittel der Angestellten ihre Unterschrift hergegeben. Und das war vor dem Rückzug der Staats-anwaltshaft. Einsichtige, hardtübende Ingenieure haben schon längst das Fehlen einer Interessen-Vereinigung der technischen Angestellten in der Privatindustrie beklagt, die ihnen bei solchen Gelegenheiten den Rücken steifen könnte.

Die die Sache nun einmal liegt, ist es ja leider nicht zu erwarten, daß in der nächsten Sitzung des Bezirksvereins aus der Mitte der Versammlung der Antrag auf Zurückziehung der Adresse gestellt wird. Erwarten dürfte man jedoch, daß in Anbetracht der überraschenden Wendung, welche der Fall Krupp genommen hat, der neue Vorsitzende Professor Kammerer die Adresse einer gründlichen Reduktion, will sagen Säuberung, unterzieht, ehe sie an den Ort ihrer Bestimmung abgeht!

So weit die Zuschrift. Wir teilen nicht die Hoffnungen des Einsenders. Die politische Theatermaße der Entrüstungsadresse ist ja durch irgend welche Rücksicht auf christliche Ueberzeugung nicht beeinflusst. Potentiaische Dörfer sollten geschaffen werden und sie wurden hergestellt, indem man Arbeiter, Beamte, Ingenieure usw. zwangsweise in die Livree empörter Byzantiner steckte. Die kapitalistische Gesellschaft beruht auf der körperlichen, intellektuellen und moralischen Leibeigenschaft, die in halbabsolutistischen Monarchien nicht einmal den Aufstandskönigen bürgerlicher Freiheit und Unabhängigkeit wahr! —

Die marokkanischen Wirren

haben mit einem Schläge einen äußerst ersten Charakter angenommen. Während es nach den letzten Meldungen aus Marokko dem Sultan gelingen sein sollte, die Rebellion niederzuwerfen, melden die neuesten Nachrichten eine schwere Niederlage des Sultans.

Die „Times“ meldet unter dem 27. d. M. aus Tanger: Die Truppen des Sultans haben im Kampfe gegen die Anhänger des Präsidenten bei Tesa eine vernichtende Niederlage erlitten. Die Ueberbleibsel des Sultansheeres flüchteten in wilder Verwirrung nach Fez zu und liehen alles im Stich. Ihre Artillerie, Reste, Gewehre, Munition und Geld fielen in die Hände des Feindes. Die Aufständischen marschieren, wie berichtet wird, auf Fez, dessen Stadtthore geschlossen sind. Fez ist infolge seiner Lage, des Mangels an Vorräten und des Zustandes seiner baufälligen Stadtmauern nicht im Stande, sich länger als einige Tage zu halten. Eine kurze Belagerung würde über die Stadt eine Hungersnot heraufbeschwören. Die Bevölkerung würde dem Sultan nur solange treu bleiben, wie er sie schützen und ernähren kann. Falls der Sultan den Versuch macht, sich durch die Flucht zu retten, wird Fez den Präsidenten anerkennen. Andererseits würde der Sultan, falls der Sultan entkommt, oder Fez halten kann, ihn unterjochen und in diesem Falle würde der Bürgerkrieg unvermeidlich sein. Die ganze Armee des Sultans ist so gut wie aufgerieben. In Fez waren verhältnismäßig wenig Truppen zurückgelassen.

Von der marokkanischen Regierung inspirierte Nachrichten bestreiten zwar die Größe der Niederlage, die die Armee des Sallan betroffen hat, sie gestehen aber immerhin ein, daß ein Teil der Truppen des Sultans zu den Truppen der Insurgenten übergegangen sei, wodurch der Rest der Truppen auf Fez, die Hauptstadt Marokkos, zurückgeworfen worden sei.

Die marokkanischen Wirren erhalten eine besondere Bedeutung, daß der Sieg des Prätexten oder auch nur der Ausbruch eines Bürgerkrieges eine Intervention der Mächte nach sich ziehen dürfte. Verschiedene Mächte, so Spanien und Italien, tragen sich seit langem mit der Hoffnung auf eine Annexion Marokkos. Diese Ansprüche müssen begreiflicherweise zu allerhand internationalen Verwicklungen führen. Wie sehr die dabei interessierten Mächte bereits durch die Niederlage des Sultans in Aufregung versetzt worden sind, beweisen folgende Meldungen:

Madrid, 20. Dezember. Infolge der Nachrichten aus Marokko haben die Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, des Krieges und der Marine eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Silveira gehabt über Maßnahmen, welche im Hinblick auf mögliche Ereignisse zu ergreifen seien; es werden Instruktionen an die Botschafter in London und in Paris abgesandt worden. Die Minister des Krieges und der Marine werden über die Verteilung der Land- und Seestreitkräfte, welche erforderlich sein könnten, sich schlüssig machen.

Rom, 20. Dezember. Die „Tribuna“ bringt zu der Nachricht von der Niederlage des Sultans von Marokko ein bemerkenswertes Kommentar. Das Blatt sagt, im Falle, daß der Sieger das europäische Element bedrohe, werde Italien wegen seiner Stellung im Mittelmeer der marokkanischen Frage ein größeres Interesse widmen müssen.

Die Ursache der marokkanischen Unruhen liegt in folgenden Vorgängen:

Nach dem am 6. Juni 1894 erfolgten Tode des Sultans Mulay Hassan bestieg ein jüngerer Sohn desselben, Mulay Abdul Aziz, der gegenwärtige Sultan, den scheinbaren Thron. Er verdankte dies einer geschickten Intrigue des Großkammerers Si Ahmed Ben Musa, welcher den Tod Mulay Hassans während zweimal vierundzwanzig Stunden geheim gehalten und währenddem die Proklamation des 16jährigen Abdul Aziz durchgesetzt hatte. Es geschah dies aus Haß gegen den nächstberechtigten Thronerben, den ältesten Sohn des Verstorbenen, Mulay Mohammed. Dieser erhob alsbald die Fahne des Aufstands, unterlag jedoch und schmachtet seitdem im Kerker zu Meknes. Der junge Sultan erwies sich im Laufe der folgenden Jahre als reformfreundlich im europäischen Sinne, was ihm die Gegnerschaft der Strenggläubigen zuzog. So kam es, daß die im Stillen fortglühende Rebellion, welche insbesondere bei den turbulenten Berberstämmen des Nordostens guten Boden fand, in dem Augenblicke wieder auflebte, als ein Führer entstand, welcher eine politische-religiöse Parole hinstellte. Dieser Führer fand sich in der Person eines schlaun Soldaten, Namens Omar Jarhuni, welcher, halb Fanatiker, halb Charlatan, sich als Verkörper des Mahdi ausgab und großen Anhang gewann. Er wurde, versprach er, die Rebellion siegreich nach Fez führen und dort in der Moschee den Mahdi heraufbeschwören, welcher das in einem Pfeiler der Moschee eingemauerte heilige Schwert herausholen werde, um das große Werk der Verjüngung des Glaubens zu vollbringen. Eine zufällige Bekanntschaft mit dem eingekerkerten berechtigten Thronerben Mulay Mohammed begünstigte sein Unternehmen. Nach Prophetenart gab er sich einen Weinamen und nannte sich nach seinem Lieblings-Reittier, einer weißen Eselin, „Bu Hamara“ („Vater der Eselin“). Anfangs schien ihm das Glück nicht lächeln zu wollen. Er wurde am 3. November geschlagen und flüchtete sich zum Stamme der Chiatas. Der Krieg dauerte dann mit wechselndem Erfolge fort, um nimmermehr mit dem glänzenden Siege des Prätexten den vorläufigen Abschluß zu finden.

Deutsches Reich.

Neue Spahn - Pläne?

Herr Spahn hat sich um die Geschäftsordnung des Reichstages so außerordentliche Dienste erworben, daß es keinerlei Tollheit mehr giebt, welche die Phantasie der Zeitungen ihm nicht zuzieht. Nach den „Münch. Neuest. Nachr.“ soll eine völlige Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstages sogleich nach Beendigung der Weihnachtsferien beim Wiederzusammentritt der Abgeordneten in die Wege geleitet werden. Mit dem Ersuchen um streng vertrauliche Behandlung der Angelegenheit sei den der Mehrheit angehörigen Fraktionen ein vom Centrum-Abgeordneten Spahn fertig gestellter Antrag bereits zugegangen. Unter andrem soll die Redeweise eines Abgeordneten künftig die Dauer einer Stunde nicht überschreiten dürfen. Jede Ueberschreitung dieser Zeit soll von der Erlaubnis des Präsidenten abhängig gemacht werden. Die konservativen Fraktionen und die Centrumsfraktion haben den Antrag dem Vernehmen nach bereits unterschrieben. Die nationalliberale Fraktion hatte sich zur Unterzeichnung des Antrags zwar noch nicht bereit finden lassen, doch soll die Mehrheit der Fraktion einer Beratung des Antrags nicht abgeneigt und mit der Einsetzung einer besonderen Kommission einverstanden sein.

Herr Spahn, der Häuptling aller Rechtsvergewaltigungen, wird sich nicht wundern, daß man es für möglich hält, er werde dem Reichstag vollends zur Schlußtafel herabsetzen wollen. Man würde nicht mehr erstaunt sein, wenn Herr Spahn dem Präsidenten die Entschädigung geben wollte, ob ein Abgeordneter überhaupt das Wort erhalten soll.

Woh! aber bezweifeln wir, ob das Centrum wirklich beabsichtigen kann, die parlamentarische Erbitterung neu zu erregen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnet die Meldung als „eine außerordentlich wohlgenährte Ente“. Sie wisse, daß die konservativen Fraktionen mit einem solchen Antrage noch nicht befaßt worden sind und ihn deswegen auch nicht unterschreiben könnten. „Wir glauben auch nicht“, sagt die „D. Z.“ weiter, „daß das Centrum jetzt damit umgehe, weitere Aenderungen der Geschäftsordnung zu beantragen. In einem führenden Centrumsblatte war erst kürzlich gesagt worden, daß solche Aenderungen zwar notwendig seien, daß man sie aber zweimäßigweise dem nächsten Reichstage überlassen müsse. Die Meldung der „Münch. Neuest. Nachr.“ scheint also von A bis Z aus den Fingern geflogen zu sein.“

Krüder-Schnur äußert die „Konserv. Korrespondenz“ in ihrem Jahres-Rückblick:

„Die Vorgänge im Reichstage aber, durch welche der brutale Terrorismus und das tiefe Bildungsniveau der Socialdemokraten so scharf beleuchtet worden sind, haben in weiten Volksschichten die Erkenntnis zum Reife gebracht, welche schwere Gefährdung das Vorhandensein einer solchen Partei für unser öffentliches Leben bildet. Ob man in der Wählerschaft, ob man in maßgebenden Kreisen die nötige Energie besitzen wird, die Stimmung im Lande für die Staatsraison nutzbar zu machen, muß abgewartet werden.“

Wären Dummheit und Spiegelfechtereie nicht der Diederich Sohn solch gewöhnlicher konservativer Freunde. Immerhin übersteigt es das Maß des gewöhnlichen Schwindels, daß das parteiamliche Organ vom „brutalen Terrorismus“ der Wühlerheit redet. Brutaler Terrorismus ist es für jückerliches Empfinden, wenn man sich gegen

nichtswürdige Rechtsbrüche und Gewaltthaten im Kampf ums Recht überhaupt zu wehren mag. Auch über das Bildungsniveau der Socialdemokraten beklagt sich die Partei des Herrn Krupp, welche die Fremde der Bildung so hübscher Ausdrücke wie: „Juden runter!“ und „Kamm man dem Kerl nicht ein paar runterhauen!“ —

Rad schlägt sich — Daß die Konservativen nach ihren lärmenden Protesten gegen den Zolltarif der Regierung jämmerlich ungeschlagen sind, das ist nicht zu leugnen. In dem Hervorheben dieser Unterwerfung liegt die Stärke der bündlerischen Schreier. Dabei begreift man es, daß zwischen den 5/2 Part. Negativen und den Unentwegten des 7/2 Part. Zolles gegenwärtig der Dreifachsel eifrig geschwungen wird.

So ereifert sich die „Konservative Korrespondenz“ über die „verleumderische“ Zuschrift eines „Konservativen“ in der Centrums-agrarischen „Rheinischen Volkstimme“:

„Die Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ hält die „Anlagen“ jenes sogenannten Konservativen für „vollkommen zutreffend“. Das ist wieder ein Beweis, in welchem Sinne von gewisser Stelle in der Bundesleitung gegen die konservative Partei gewühlt wird. Wieder erlaubt sich das offizielle Organ des Bundes zu schreiben, die konservative Fraktionsmehrheit habe sich durch die irreführende Parole (gegen die Obstruktion) verleiten lassen, den Schutz der Landwirtschaft preiszugeben. Gegen diese verdächtigen Entstellungen muß auf das Entschiedenste Verwahrung eingelegt werden. Diese Auslassungen des sogenannten „Konservativen“ machen den Eindruck bestellter Arbeit. Mag man in demokratischen Bauernbänden mit solchen niedrigen Mitteln kämpfen, so sollte man doch im Bunde der Landwirte sich der Anwendung von Entstellungen und Verdächtigungen enthalten. Die Bundes-Korrespondenz konnte darüber keinesfalls zweifelhaft sein, was Geistes Kind sie in dem rheinischen „Konservativen“ vor sich hatte.“

Bestellte Arbeit sind im Grunde diese ganzen Schlägereien zwischen Landwirtenbündlern und Konservativen. Im Reichstog nimmt man, was man kriegt, im Lande brüllt man um mehr. Bei der Wahlurne und bei den parlamentarischen Kuhhändeln werden sich die feindlichen Brüder schon wieder zusammen finden. Wichtig ist freilich, daß die Blamierten des Zollhandels die Konservativen sind. Das Centrum hat wenigstens den Ruppelbold des Draugerienzolls erhalten.

Die Loslösung Kardorffs und seiner Fraktion vom Bund der Landwirte wird von Schweinburg mit großem Jubel begrüßt. Er sieht in diesem Schritt die Wiederherstellung des alten Buhnerpartei zwischen Industrie und Landwirtschaft, da beide gleichermassen das Volk rufen.

Die Politik des Centralverbandes der Industriellen ist also augenblicklich wieder Trumpf. Das wird auch durch das Wiedererscheinen der scharfmacherischen Intriguen bewiesen. Der 12000 Mark-Beiß geht um!

Die Nationalliberalen und das Reichstagswahlrecht. Auch die Nationalliberalen bekennen jetzt, daß sie keine Freunde des Reichstagswahlrechts sind, wenn sie auch eine Aenderung für unmöglich halten. Die „Königliche Zeitung“ schreibt:

„Das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht wird ohne Not der schlimmste Reaktionsmittel nicht ansetzen, weil er dadurch dem Gegner eine Trunzwaffe in die Hand drücken würde, die ihm selbst den Garaus machen müßte. Aber darüber täusche man sich nicht: dieses Wahlrecht, für das unsere Väter mit Begeisterung gelitten haben, hat im liberalen Bürgerthum viel von seiner magnetischen Kraft verloren, seit wir in der Praxis seine Wirkungen erfahren haben, seit wir wissen, daß es den Parlamentarismus verrottet und in der Volksachtung herabsetzt, daß es nur die socialdemokratische Klassenherrschaft und die ultramontane Priestergegnung zu stärken geeignet ist. Wer für dieses Wahlrecht, vorausgesetzt immer, daß es nicht ernstlich bedroht ist, seine Lanze einlegt, kämpft gegen Windmühlen und endigt wie Don Quixote.“

Das allgemeine Wahlrecht ist damit auch für die Nationalliberalen zu einem Ding geworden, das besser nicht da wäre. Sobald es gegen die Klassenherrschaft des Kapitalismus wirkt, sobald es die wüste Jügellosigkeit der Interessenten des Besten einschränkt, pfeifen die Liberalen auf dies höchste Volkrecht. Es ist mit dem Wahlrecht wie mit der Verfassung im allgemeinen und der Geschäftsordnung des Reichstages. So lange das Proletariat seine Rechte nicht zu gebrauchen weiß, sind diese Rechte gut und heilig. Sobald das Volk aber den zweimächtigen Gebrauch lernt, schilt man über Mißbrauch und fordert ihre Beseitigung. Die Bourgeoisie gewährt dem Proletariat nur unter der Voraussetzung freiwirtschaftliche Rechte, daß es sie nicht benutzet.

Zwischen den Vorkammern, Kardorff und Krüder ist jetzt nur noch die Haarfrisur, nicht mehr der Schädel verschieden. Auch die Phrase von der „ultramontanen Priestergegnung“ ist nur noch ein alter werthloser liberaler Lappan. In Wirklichkeit trägt der Liberalismus der „ultramontanen Priestergegnung“ demüthigt und hilflos die Schleppe.

Die Antwort der Bestie. Gegen den Buhnerzoll und die Vergewaltigung der Minorität des Reichstages protestierte vor einigen Tagen auch eine gutbesuchte Volksversammlung in Landsberg a. d. W. Genosse Wienthal-Berlin hielt das einschneidende Referat. An der Disposition beteiligten sich u. a. auch mehrere Hirsch-Dunklerische Volkserdecker, von denen einer das Verhalten der freisinnigen Volkspartei mehr oder minder zu beschönigen suchte. Nachdem der Referent aber den Verrat der Eugen-Nichterschen Wasserstiefelgruppe nochmals treffend gekennzeichnet hatte, schienen die Gewerbetreibler doch eines Besseren belehrt zu sein. Sie stimmten mit der Versammlung für die eingebrachte Resolution, in welcher den Mehrheitsparteien wie auch der freisinnigen Volkspartei das entschiedenste Mißtrauen ausgesprochen wurde.

Unbefugte Protest-Versammlungen fanden während der Weihnachtsstage statt in Langensiefen, Reichenbach und Deumansdorf, Kreis Schweidnitz. In ersteren beiden war Kähn, in letzterer Feldmann Referent. Die Berliner Protest-Resolution fand unter lebhaftem Beifall einstimmige Annahme mit dem Zusatz:

„Endlich erklären die Versammelten: Sie sind nicht gewillt und nicht in der Lage, dem Bunde zu entsprechen, sich von der Socialdemokratie zu trennen; vielmehr sind die Anwesenden durch das Verhalten der Deutemacher im Zollkampf und durch die neuesten Angriffe erst recht auf neue davon überzeugt und durchdrungen, daß die socialdemokratische Partei die einzig ernsthafte und erfolgreiche Vertretung der Arbeiterklasse, der gesamten leidenden Menschheit ist und sein kann.“

Deshalb werden die Versammelten alles daran setzen, um dieser Partei am Tage des nächsten Volksgerichtes, der nächsten Reichstagswahl, den Sieg zu erringen und den schwarzen Volksverrätern die wohlverdiente Niederlage zu bereiten.“

Krupp-Katze. Der „Generalanzeiger“ für Essen und Umgegend“ folgt nicht dem Wunsche der verwitweten Frau Krupp, daß die Erörterungen über ihren verstorbenen Gatten nicht fortgeführt werden mögen. Das Blatt schreibt:

„Für Beschaffung von Material im Fall Krupp hatte der Berliner „Vorwärts“ einen Herrn Gradnauer nach Capri geschickt, der jedoch, wie zu erwarten war, nichts Belastendes gegen Herrn K. Krupp hat erfahren können. Nach vorläufigem Bericht des Herrn Gradnauer ist auf Grund des von ihm erhaltenen Berichtes ein Beschluß der socialdemokratischen Fraktion gefaßt worden, daß die ganze Angelegenheit als Privatfache des „Vorwärts“ zu betrachten und jede Verantwortung der Partei dafür abzugeben sei. Auch solle von einer Agitation gegen den § 175 des Str.-G.-B. aus Anlaß dieses Falles abgesehen werden. Ferner solle, falls die Partei im Reichstage oder in der Reichstagsverwaltung dazu provoziert werde, eine dahinschaltende Erklärung abgegeben werden. Ein hervorragender socialdemokratischer Abgeordneter hat in einer Unterhaltung über diese Angelegenheit des „Vorwärts“ die Aeußerung gethan: „Uns egal,

die Sache geht die Partei als solche nichts an“. Gradnauer wußte auch nach seiner Rückkehr von Capri keine Herrn Krupp belastenden Thatfachen zu berichten, die geeignet gewesen wären, eine Unterlage für die schändlichen Verleumdungen des „Vorwärts“ zu bieten, obwohl sich an ihn viele Personen zur Abgabe von Aussagen herandrängten, auf die er jedoch wegen ihrer Unwahrheit verzichtete.“

Als die Anklagebehörde das Strafverfahren gegen den „Vorwärts“ wegen Verleumdung Krupps einstellte, erklärten wir, daß damit der persönliche Fall Krupp auch für uns erledigt sei. Wir lassen uns in dieser Absicht auch jetzt nicht durch die wahrheitswidrigen Klatschgeschichten des „General-Anzeiger“ in Essen beirren. Nicht wir haben die Gerichtsverhandlung in der Krupp-Angelegenheit scheuen müssen!

Katzen-Verleumdung. Das Hauptverfahren gegen Professor Delbrück wegen Verleumdung des Vorsitzenden des Deutschen Dkmarken-Bereins ist nach der „National-Zeitung“ auf Beschwerde des Privatklägers durch Beschluß des Landgerichts I eröffnet worden.

Herr Delbrück vertritt in der Polenfrage eine vernünftige Anschauung und hat deshalb mit seiner Kritik der Polenexereise nicht zurückgehalten.

Eine militärische Maßregelung? Der Kommandant der „Wittelsbach“, Kapitän Ballmann ist, nach einer Laffan-Meldung aus Kiel, plötzlich seines Postens entbunden und zur Verfügung des Geschwaderchefs gestellt worden. Man vermutet, daß der Vorgang mit der Strandung der „Wittelsbach“ in Verbindung steht.

München, 27. Dezember. (Eig. Ber.) Der Landtags-Abgeordnete Realschul-Lehrer Sidenberger (C.) wurde zum Professor ernannt und muß deshalb sein Landtags-Mandat niederlegen. Die Nachwahl wird voraussichtlich erst kurz vor der nächsten Landtags-Session stattfinden. Herr Sidenberger verdrängt seinen Sitz im Landtage dem Münchener socialdemokratisch-ultramontanen Kompromiß bei den letzten Wahlen; die Frage, ob er wieder kandidieren wird, ist vorläufig noch nicht gelöst.

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Wien, 29. Dezember. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, hat die Regierung die deutsch-czechische Verständigungs-Konferenz auf den 3. Januar n. J. einberufen. — Heute vormittag findet zwischen den beiden Ministerpräsidenten v. Körber und v. Szell die entscheidende Schlußkonferenz über die Ausgleichsfragen statt.

Dem „Budapesti Hirlap“ zufolge hat Ministerpräsident v. Szell in dem am Sonnabendabend abgehaltenen Ministerrate von den Ministern die Ermächtigung erhalten, wenn notwendig, in Wien die Abhaltung des Gesamtministeriums zu überreichen.

Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Die Kündigung des italienischen Handelsvertrages ist erfolgt. Die Kündigung betrifft den ganzen Vertrag, nicht bloß die Weingolkklausel.

Schweiz.

Der Genfer „Attentäter“ ist bereits erwischt worden. Ein Telegramm meldet:

Der Urheber des Bombenanschlags gegen die Peters-Kathedrale ist in Saint-Blaise bei Neuenburg verhaftet worden. Es ist ein geisteskranker Italiener Namens Machetto. Er hat die That eingestanden und erklärt, keine Mitschuldigen gehabt zu haben.

Sonderbar, daß der geisteskranke „Attentäter“ sogleich Polizeiverhand hatte, den einen Dynamitartikel enthaltenden „Secolo“ am Thotort zurückzulassen. Dieser Wahnwitz verrät eine nur zu verdächtige Methode.

Freilich: für das Anarchistengesetz läßt sich aus diesem Attentat nun doch kein Kapital schlagen. Man muß schon einen zurechnungsfähigen Spigel dingen.

Frankreich.

Die Familie Humbert traf am Montag früh in Paris ein. Die Gefangenen verließen den Waggon, von je zwei Polizeikommissaren eskortiert, und wurden in zwei Wagen, Männer und Frauen getrennt, von den Leitern der Sicherheitspolizei Hamard und Maréchal nach der Conciergerie gebracht.

Belgien.

Der König und das Spiel. Am 23. Dezember hat der „Moniteur“ endlich das Gesetz betreffend die Aufhebung der Spielhäuser von Spa mit Ostende veröffentlicht. Zu gleicher Zeit aber auch ein königliches Dekret, wonach den Baderplätzen Ostende und Spa für den Verlust, den sie durch Aufhebung der Spielhäuser erleiden, eine Subvention von 7 Mill. Fr. zugewiesen wird. Die Herren Croupiers beginnen auszuwandern. Im vergangenen Sonntag reisten 25 von ihnen mit dem Expresszuge über Paris nach Marseille, wo sie sich nach Kairo einschiffen. Dort hat sich eine Gesellschaft gebildet, welche in allerhöchster Zeit ein Kasino zur Ausbeutung des Hazardspiels eröffnen wird.

Bulgarien.

Graf Lamdorff, der Hofmeister des Zaren und Nachfolger Murawjows, befindet sich zur Zeit auf einer Reise nach Wien, deren Route aber Belgrad und Sofia geht. Man ist allgemein der Ansicht, daß diese Reise im engsten Zusammenhang steht mit dem Com m u n i q u é der russischen Regierung über die macedonische Frage. Ueber die Mission Lamdorffs am bulgarischen Hofe wird aus Sofia vom 28. Dezember gemeldet:

Graf Lamdorff, welcher gestern eine mehrstündige Konferenz mit dem Fürsten und dem Ministerpräsidenten Danew hatte, soll, wie verlautet, sowohl dem Fürsten wie auch dem Ministerpräsidenten nicht sehr angenehme Worte gesagt haben. Diese Erklärung hat selbstverständlich in Regierungskreisen arg enttäuscht und es verlautet, daß die leitenden Staatsmänner Bulgariens und die Führer der Macedonier entschlossen sind, dem Grafen Lamdorff kurz und bündig zu erklären, daß nur feste, garantierte und durchgeführte Reformen eine Gewähr für Aufrechterhaltung der Ruhe in Macedonien bieten. Wloke Rathschläge oder gar Drohungen seitens Bulgariens würden die revolutionäre innere Organisation ganz kalt lassen, an ihren Befehlen nichts ändern und der Aufstand werde ohne Beihilfe Bulgariens im Frühjahr zum Ausbruch gelangen.

Die gestrige kurze Antwort des Grafen Lamdorff auf die anlässlich des Fadelzuges von dem Lehrer Raunov an den Grafen gerichtete Ansprache hat unter den Macedoniern eine unbeschreibliche Enttäuschung hervorgerufen. Die Sarafowisten hatten sich an der Demonstration nicht beteiligt und fällen ein verdammdes Urtheil über die Ovation.

Amerika.

Socialistische Wahlen. Einige Kommunalwahlen, die kürzlich im Staate Massachusetts stattgefunden haben, zeigen eine weitere Vermehrung der socialistischen Stimmen. In Brockton, einer Arbeiterstadt von Boston, wurde der Socialist Coulter mit 4367 gegen 3267 Stimmen, die der republikanische Kandidat, und gegen 553 Stimmen, die der demokratische Kandidat erhielt, zum Bürgermeister gewählt. In der Stadt Haleshill erhielt der socialistische Kandidat 2338 Stimmen, während der republikanische Kandidat 2352 Stimmen und der demokratische 1663 Stimmen erhielt. In Wirklichkeit sind die meisten Stimmen für den socialistischen Kandidaten abgegeben und ist gegen die Wahl wegen der vorgekommenen fälschlichen Proteste eingelegt.

Geächtet.

Es giebt keine Verschimpfung, die nun nicht der Kronprinzessin von Sachsen von denen zugeschleudert wird, deren Aufgabe es ist, stets die Nachhaber zu entschuldigen und zu ver-

treten, mögen sie begehen was es auch sei. Dieselben Gesellen, die gefiern noch dieselbe Frau byzantinisch feierten und jede Kritik niederschrien, sind jetzt tapfer genug, eine Wehlofe zu schmähnen. Der mildeste Vorwurf, den diese „wohlgesinnte“ Zännerlichkeit erhebt, ist die Behauptung, die Kronprinzessin habe sich „schwerer Pflichtvergessenheit“ schuldig gemacht, indem sie ihre eignen Kinder verließ. Es beweist aber nur die Verlehrung aller sittlichen Begriffe, wenn diese Leute es als „sittlich“ erklären, daß eine Ehe aufrecht erhalten werden muß, auch wenn sie nichts ist als Täuschung und Lüge vor den Beteiligten und vor der ganzen Welt.

Eine offiziöse Erklärung der sächsischen Regierung.

Leipzig, 29. Dezember. Die „Leipziger Zeitung“ meldet: „Der Grund der Kronprinzessin, die Beziehungen zu ihrem Gemahl und dem Königshause abzubrechen, ist, wie wir auf Grund zuverlässiger Information mitteilen können, in seiner Entschiedenheit ebenso, wie in seiner schließlichen Ausführung, was durch inzwischen aufgefundenen Belege u. untrüglich nachgewiesen ist, einzig und allein auf das unerlaubte Verhältnis zurückzuführen, das die Kronprinzessin mit dem seit Anfang dieses Jahres im Kronprinzlichen Hause angeheirateten, aus Belgien stammenden Lehrer unterhielt. Nachdem dieser Lehrer das Kronprinzliche Haus verlassen, aller Wahrscheinlichkeit nach auch schon vor seinem Ausscheiden aus dieser Stellung, sind vorbereitende Schritte zur gemeinsamen Flucht getroffen und bis zur Abreise der Kronprinzessin von Dresden nach Salzburg mit dem Erfolg fortgesetzt worden, daß schließlich die Flucht von Salzburg aus unternommen und das Zusammenreffen der Kronprinzessin mit dem Lehrer in Jülich verwirklicht werden konnte. Von da setzte die Kronprinzessin die Reise in Begleitung des Lehrers nach Genf fort, woselbst sie sich demalsten noch aufhalten soll. Angesichts dieses Herganges, wie er sich thatsächlich vollzogen hat, müßten von selbst alle Gerüchte und Mutmaßungen in sich zusammenfallen, die in einem Teile der Tagespresse anlässlich des bedauerlichen Ereignisses verlautbart sind, und stellen sich in Sonderheit die auf vollkommener Unkenntnis der Verhältnisse beruhenden Behauptungen als der Wahrheit zuwiderlaufend dar, wonach die Kronprinzessin, unter dem Druck eines sie beengenden Hofceremoniells leidend, dazu gezwungen worden sei, sich dieser Flucht zu entziehen, wie denn auch das weitere Anführen, daß ein inneres tiefes Herwühl mit dem Kronprinzen und von dieser Seite erfahrene Unbilden den Anlaß zur Flucht der Kronprinzessin geboten hätten, als ein durchaus unwahres zu bezeichnen ist.“

Diese Note der „Leipz. Ztg.“ ist die Keuschung einer Partei. Die sächsische Regierungspresse ist natürlich eifrig beflissen, alle Schuld auf die Kronprinzessin zu werfen.

Niemand, der fünf gesunde Sinne hat, kann diese Darstellung glauben. Um einer Liebchaft willen hat noch keine Fürstin ihren hohen Gemahl verlassen. Liebchaften werden bei Hofe anders behandelt, als daß man um ihrer willen auf die Königs-Krone verzichten müßte. Alle Vertuschungsversuche der offiziellen Blätter lassen die Frage nicht verstummen: Welche schweren Ereignisse sind vorhergegangen, um die Kronprinzessin zur Aufgabe ihrer bisherigen Stellung, zum Verzicht auf den Thron zu treiben?

Die Geiseltät.

Aus Dresden wird gemeldet: Das evangelisch-lutherische Landes-Konfistorium hat bereits eine Verordnung erlassen, nach welcher die Kronprinzessin Luise sofort vom Kirchengelübde auszuscheiden ist.

Wäre es auch wahr, was zweifelsohne nicht wahr ist, daß die Kronprinzessin nur aus heißer Liebe zu einem andern Manne die Ehe gelassen habe, — wie steht die Auslösung der Kronprinzessin aus dem Kirchengelübde zur Lehre Christi, der die Ehebrecherin schuldig aufnahm und drohend das Wort sprach: „Wer unter Euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie!“

Höfische Sittlichkeit.

Dem „Neuen Wiener Tageblatt“ geht aus Dresden von einer den dortigen Hofkreisen naheliegenden Persönlichkeit folgende Mitteilung zu:

„Es muß gesagt werden, daß gerade der Kronprinz von Sachsen die Vermeidung des Elats im Interesse der Kinder und des Ansehens mit den allergrößten Opfern erlaufen wollte, die nur ein Mann und Familienvater zu bringen vermochte. Es muß ferner gesagt werden, daß der Kronprinz von Sachsen den Schmerz, an der Seite der Gattin zu leben, die er aufrichtig geliebt hatte und welche die Mutter seiner Kinder war, und von welcher er die Lieberzeugung gewonnen hatte, daß sie ihr Herz einem andern zugewendet, seit nahezu acht Monaten in sich trug, ohne daß die Außenwelt eine Ahnung von den inneren Verhältnissen eines traurigen Ehelebens hatte. Nur die allerärmsten Verwandten kannten die Lage. Es ist daher eine Entschuldigung, daß von irgend einem Hofe Vertuschungsversuche zwischen dem Kronprinzen und der Kronprinzessin von Sachsen gemacht wurden. Eine Vertuschung war nach dem Geständnis der Kronprinzessin, daß das zu erwartende Kind nicht das des Kronprinzen sei, und der vorausgegangenen Korrespondenz ausgeschlossen. Es handelte sich nur, einen Notab zu finden, wie man vor der Außenwelt, um jeden Elat zu vermeiden, die künftige Scheinehe aufrecht erhalten solle. „Es ist ferner unklar, daß ein Duell zwischen dem Kronprinzen von Sachsen und dem Bruder der Kronprinzessin Großherzog Leopold Ferdinand in der Nähe von Salzburg als Folge der Behandlung, welche die Kronprinzessin von ihrem Gatten zu erfahren hatte, stattfand, und daß die Verwundung des Kronprinzen auf der Jagd die Folge des Duells sei. Wahr ist, daß der Jagdausflug des Kronprinzen ein Vorwand war, um auf Wunsch des Kaisers Franz Josef mit dem Vater der Kronprinzessin, dem Großherzog von Toscana, ohne Aufsehen die weiteren Maßnahmen zu beschreiben, nachdem der Kronprinz von Sachsen schon damals das Geständnis seiner Gattin in Händen hatte, daß er nicht der Vater des Kindes sei, das sie unter dem Herzen trug. ... Es war zwischen dem Großherzog, dem Kronprinzen und der Kronprinzessin im Einverständnis mit dem Kaiser von Oesterreich ausgemacht, daß nach der im Monat April zu erwartenden Entbindung der Kronprinzessin diese wegen ihrer angegriffenen Gesundheit sich nach der Riviera zurückziehen werde. Dies wäre nach der Entbindung dem großen Publikum gelaubhaft erschienen. Die Angelegenheit wäre später in dieser oder jener Form unaufrichtig ohne Elat geregelt worden. Aus dem Grunde, um jeden Elat zu vermeiden, wurde der Sprachlehrer Giron erst Anfang Dezember entlassen, denn man sagte sich, daß für den Fall, als die wahre Sachlage des Ehelebens des Kronprinzenpaars doch wider Erwarten in die Öffentlichkeit durchsickern würde, gerade dadurch, daß man Giron noch in Dienst behält, den Gerüchten die Spitze genommen sei — da doch niemand annehmen würde, daß der Kronprinz einen Mann wie Giron, der ihm seine Frau geraubt, noch in Dienst behalte, nachdem man schon öffentlich über die Sache spräche. Wenn die Kronprinzessin entgegen dem Abereinstimmen zwischen ihrem Gatten, dem König und ihrem Vater, dem Großherzog, floh, so geschah dies nur unter dem Drucke Giron, der der Kronprinzessin mitteilte, man wolle sie gleich der Prinzessin von Koburg irreführen lassen und in einer Herdenheilanstalt für die fernere Zeit ihres Lebens unterbringen. Aus Furcht vor diesem Schicksal floh, wie aus einem zurückgelassenen Briefe ersichtlich wurde, die Kronprinzessin.“

Eine Erklärung der Kronprinzessin.

Der Leiter der „Chemnitzer Allg. Zeitung“, Karl Richter, hatte in Genf eine Unterredung mit der Kronprinzessin Luise. Er berichtet darüber: Ich wurde zunächst von Monsieur Giron empfangen, dem ich auf seine Frage nach meinem Begehre offen und ohne Umschweife sagte: Die Wahrheit wünsche ich zu erfahren über die Flucht und ihre Ursachen. Ich wurde sodann von der Frau

Kronprinzessin empfangen, die mir freundlich die Hand reichte mit den Worten: „Seien Sie herzlich willkommen, Herr Richter, ich danke Ihnen, daß Sie aus Sachsen gekommen sind, um, wie Sie wünschen, die Wahrheit zu erfahren. Sie sollen sie erfahren, ohne Hehl! Ich weiß, daß ich Ihnen vertrauen darf. Niemanden habe ich bisher empfangen. Sie sind der Erste.“ In der fast einstündigen Unterredung legte die Frau Kronprinzessin die Gründe ihrer Handlungsweise dar, die vor allem in der Verschiedenheit der Charaktere und in der starken Liebe zu Mr. Giron zu suchen seien. Darauf erklärte sie die Art der Flucht, die von ihr und Giron vorbereitet war und von Salzburg über Hallein und Jülich führte. Sie wies mit Entschiedenheit den Vorwurf zurück, daß sie, wie gesagt worden sei, Kronschand mitgenommen habe, der von ihr in einer Depositionsbank niedergelegte Schmutz sei ihr Eigentum aus ihrer Minderzeit. Was die Zukunft betreffe, so hoffe sie, daß es doch noch gelingen werde, die Ehe zu lösen. Danach wolle sie Mr. Giron heiraten, denn ihre Liebe zu ihm sei, wie sie mit bezeichnendem Aufblick zu dem daneben stehenden Manne erklärte, zu tief und zu innig. Sie wollten sich dann irgendwo als schlichte Leute niederlassen. Ihre Kinder, deren die Frau Kronprinzessin mit rührender Wehmüt gedachte, könne man ihr nicht ganz rauben, sie werde doch wohl zuweilen mit ihnen zusammenkommen. Zur Zeit allerdings habe sie aus Dresden noch keine Nachrichten. — Mit freundlichem Händedruck entließ mich schließlich die Frau Kronprinzessin. Ich gewann, führt der Besucher fort, die Lieberzeugung, daß, wer einen Einblick in die seit Jahren ertragenen Seelenqualen, in die Verhältnisse, unter denen diese Frau gelebt hat, sowie in die sich ihr aufstauende Persönlichkeit (Kloster oder Irrenanstalt) gethan hat, ihre Handlungsweise nicht vollkommen verdammen wird.

Venezuela.

Das schämige Bögen der Mächte.

Die Exekutionsmächte, namentlich Deutschland, glauben erst eine Anstandsprobe beobachten zu müssen, bevor sie Roosevelts Vorschlag, das Haager Schiedsgericht über ihren Konflikt mit Venezuela entscheiden zu lassen, definitiv acceptieren. Ist doch die Annahme des Roosevelts-Castro'schen Vorschlages eine so vernichtende Niederlage der Exekutionsmächte, daß eine markierte Sprödigkeit das geringste ist, was die so gründlich blamierten Europäer zur Schau tragen müssen. Freilich ist diese Komödie denn doch zu kindlich, als daß sie selbst die harmlosesten Gemüter über den wahren Tatbestand zu täuschen vermöchte.

Daß auch Deutschland die Schlichtung des Konflikts durch das Haager Schiedsgericht acceptieren wird, wagt man auch heute schon nicht mehr zu leugnen. Das einzige, womit man das so thörichte auf Spiel gesetzte Prestige noch zu retten versucht, ist die Behauptung, daß Deutschland sich nur unter gewissen Bedingungen zur Annahme des Schiedsgerichts-Vorschlages bereit erklären werde. Diese Bedingungen beständen darin, daß Venezuela sofort eine kleine Abschlagszahlung der von Deutschland erhobenen Forderung zahle, nämlich 60 000 Pfund (England will sich mit 10 000 Pfund begnügen.) Aber auch diese Forderung erscheint als eitle Komödie, wenn sich der „Tag“ melden läßt, daß deutsche Geschäftsleute in Caracas sich bereits bereit erklärt hätten, Castro diese 60 000 Pfund zu pumpen, damit der venezolanische Präsident dann mit deutschem Gelde die deutschen Forderungen befriedige! Wer übernimmt denn unter diesen Umständen die Garantie für diese deutsche Anleihe?! Es handelt sich bei dem ganzen Exekutionsfeldzug doch gerade darum, die deutschen Gläubiger Venezuelas zu befriedigen. Geschicht das etwa dadurch, daß diese Gläubiger mit Venezuela eine neue, absolut ungarantierte Schuld kontrahieren?! Man sieht, zu welcher thörichten finanziellen Transaktionen der famose Bankierkrieg führt.

Doch weiter: Selbst die englische Regierungspresse, die den Rooseveltschen Vorschlag ohne weiteres als acceptabel bezeichnete, erklärte, daß das schiedsgerichtliche Verfahren keine Aufhebung der

Blockade

Bedeutung dürfe. In Deutschland ist man dagegen schon viel bescheidener geworden. Der zuweilen offiziös bediente „Tag“ erklärt: Während man in Washington... mit der baldigen Aufhebung der Kriegsblockade gegen Venezuela rechnet, ist an hiesigen gut unterrichteten Stellen von einer derartigen Absicht nichts bekannt. Zur Zeit wenigstens wird die Freigabe der venezolanischen Küste nicht erwogen. Von dem Fortgang der Verhandlungen über die Anrufung des Haager Tribunals wird es abhängen, ob die Mächte sich zu einer Nüchternung der Blockade verstehen werden.

Während also die englischen Offiziosen erklärten, daß die Annahme des Haager Schiedsgerichts-Verfahrens die Blockade heftentlich nicht aufheben werde, erklärt der deutsche Offiziosus, daß es „von dem Fortgang der Verhandlungen über die Anrufung des Haager Tribunals abhängen werde“, ob die Blockade aufgehoben werde! Das heißt mit andern Worten, daß mit der Annahme des Schiedsgerichts-Vorschlages auch die Blockade ihr Ende erreicht haben werde. Das versteht sich zwar, wie wir in unserer letzten Nummer dargelegt haben, eigentlich ganz von selbst, beweist aber nichtsdestoweniger, wie klar sich die deutschen Regierungskreise bereits über den kläglichen Ausgang der Affaire geworden sind, wie wenig Hoffnung sie noch hegen, ihre eskalante Niederlage noch länger verschleiern zu können!

Die Exekutionsmächte als Schrittmacher der Insurrektion.

Willems, 27. Dezember. Sechs Anhänger von Matos sind heute morgen in der Richtung nach Cunnare abgereist. Dies wird als ein Anzeichen dafür angesehen, daß der Aufstand gegen Castro noch immer in Gange ist.

Willems, 28. Dezember. Hier ist die Nachricht eingetroffen, daß gestern ein lebhaftes Gefecht zwischen 1300 Aufständischen unter Mico und Regierungstruppen bei Guaymas in der Nähe von Coro stattgefunden habe. Näheres ist noch nicht bekannt. Die Aufständischen verfügten über Artillerie und hielten ihre Stellung.

London, 28. Dezember. Eine Depesche des „Reuterschen Bureau“ aus Curacao vom 27. d. M. meldet, es verlaute in gut unterrichteten Kreisen in Caracas, daß ein gegen den Präsidenten Castro gerichteter Staatsstreich vom Vizepräsidenten der Republik vorbereitet werde.

Aus Industrie und Handel.

Neue Unterschlagungen. In den letzten Wochen und Monaten sind Defraudationen in Banken und andern großen Unternehmungen so häufige Erscheinungen geworden, daß sie kaum noch Aufsehen zu erregen vermögen. Nach der Darmstädter Bank hat wiederum die Nationalbank für Deutschland eine Unterschlagung zu verzeichnen.

Der 42jährige Bankebeamte Albert Heyde war als zweiter Depositionsvorsteher bei einer Filiale dieser Bank in Potsdam angestellt. Am 12. d. Mts. war er beurlaubt und sollte am letzten Sonntag seine Thätigkeit wieder aufnehmen. Er erschien jedoch nicht. Nachfragen in seiner Wohnung ergaben, daß er nicht nach Hause zurückgekehrt war. Eine sofort vorgenommene Revision erntete einen Reihbetrag von 95 000 M. Diese Summe hat Heyde angeblich in Coupons gestohlen. Der Defraudant lebte auf großem Fuße. Er war verheiratet, Vater von zwei Kindern und bewohnte in Schlachtensee eine eigne Villa.

Blode in Berlin. Fund u. Verlag: Sowalds Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Die Direktion erklärt natürlich wieder, die weitgehendsten Kontrollmaßregeln ausgeübt zu haben. Doch wie legitim bei den Unterschlagungen der Darmstädter Bank so muß auch hier gegen die Nationalbank der Vorwurf erhoben werden, daß sie eigentlich die Schuld für diese Unterschlagung zu tragen hat. Heyde war in seiner Stellung seit sieben Jahren thätig und erhielt, wie man uns versichert, ein festes Jahresgehalt von 2700 M. Er bezog mit seiner Weihnachtsgarantierung und Tantieme insgesamt ein Einkommen von höchstens 3500 M. Bei diesen Bezügen vermochte er, ohne daß die Bank daran Anstoß nahm, ein eigenes Haus zu erwerben und auf großem Fuße zu leben.

Heyde soll aber als zweiter Depositionsvorsteher auch zugleich die Kasse geführt haben. Nur durch die Vereinigung verschiedener Stellen in einer Person war es möglich, daß diese Unterschlagungen, die, wie aus hinterlassenen Briefen Heydes zu entnehmen ist, schon während langer Zeit verübt sind, erst nach seinem Verschwinden entdeckt wurden. Schlechte Verwaltung, verantwortungsvoller Kosten, weitgehendste Einschränkung des notwendigen Personals geben auch für diese Unterschlagung die Erklärung. Der frühere Oberbürgermeister Witting aus Posen, der am 1. Januar seine Direktorstelle bei dieser Bank antritt, wird nicht unangenehm berührt sein, daß diese Unterschlagung noch auf das Konto seines Vorgängers kommt. Er ist sicher nicht dazu gewöhnt worden, die innere Organisation zu reformieren, von der er sicherlich ebensowenig versteht wie die andern mit Hunderttausenden bezahlten Direktoren. Vielleicht aber gelingt es seinem Einfluß, mit dem herrschenden Sparsystem zu brechen, dessen einziger Erfolg für die Aktionäre in Verlusten durch Unterschlagungen besteht.

Eine weitere Unterschlagungsaffäre wird aus dem Betriebe der Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft vom als L. Schwarzlopp gemeldet. Angeblich hat ein Expeditions-Angestellter durch Fälschung von Frachtbriefen 30 000 M. unterschlagen. Der ungetreue Angestellte befindet sich in Haft.

Neue Berliner Omnibusgesellschaft. Die Gesellschaft befindet sich in recht prekärer Situation, die angeblich durch die Mißwirtschaft der vorigen Verwaltung und Durchführung des 5 Pfennigtarifes geschaffen wurde. Der Bericht des letzten Geschäftsjahres ergibt eine Besserung. In der Generalversammlung, die am Montag stattfand, erklärte ein Aktionär den vorliegenden Geschäftsbericht als nicht der Wahrheit entsprechend und wider besseres Wissen aufgestellt. Er verlas Stellen aus einem Bericht, den der Vorstand dem Aufsichtsrat erstattet hat, aus dem nichts weniger als eine Hoffnung auf Besserung der Geschäftslage spricht. Es heißt darin, daß die Omnibusse nicht mehr konkurrenzfähig seien, das Beste wäre die Liquidation. Das Aufsichtsratsmitglied Dr. Dechler erwiderte sich seiner Aufgabe der Verantwortung sehr leicht. Nach berühmtem Muster erklärte er, daß dieser Bericht nur durch einen Vertrauensmißbrauch in die Hände des Aktionärs gekommen sein könne und daher für die Verwaltung nicht existiere.

Dann sprach er gegen die Verrohung der Kritik, die zu derartigen Mitteln greife, und die ebenso belächelt werden müsse, wie die Kritik auf andern Gebieten.

In der weiteren Diskussion wurde vielfach die rosigte Schilderung des Berichts hervorgehoben. Trotz des Rückganges der Betriebs-einnahmen um 202 000 M. verzeichnet der Bericht einen Geschäftsüberschuß von 124 914 M. Der Betrieb wurde eingeschränkt, der Pferdebestand reduziert und nur 15 Pferde neu angekauft. Die Abschreibungen vom Pferdekonto sind zudem mit 10 Proz. sehr gering angelegt. Ein Antrag, diese Abschreibungen auf 20 Proz. zu erhöhen, wurde zwar gestellt, aber dann zurückgezogen. Die Hypothekenschuld ist stark erhöht worden. Zur Deckung verschiedener Forderungen wurde ein Guthaben von 200 000 M. aufgenommen. Zur Sicherheit wurde dem betreffenden Bankier, dem früheren Aufsichtsrats-Mitglied Karl Neuburger eine feste Hypothek in dieser Höhe eingetragen. Von dem Verlangen nach Einführung der Aktien an der Börse wurde durch Dr. Dechler mit der Motivierung abgeraten, daß dann gungünstigstenfalls die Aktionäre nach den Notierungen einen noch niedrigeren Wert als den jetzigen erhalten. Besonders in Rücksicht auf die angestrebte Fusion mit der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft müsse dieser Versuch unterbleiben.

Das Jourage-Konto übersteigt das Lohn- und Gehaltskonto um mehr als 100 000 M. Bei den verschiedenen Erklärungen, wie trotz allgemeinen Rückganges ein erhöhter Betriebsüberschuß herausgewirtschaftet worden sei, vergaß man zu erwähnen, daß das gesamte Arbeits- und Fahrpersonal trotz seiner ohnehin elenden Lage noch ungünstiger gestellt worden ist. Fehler unmenhliche Arbeitszeiten bei jämmerlichen Löhnen haben es zu stande gebracht, daß man aus den Arbeitern noch einen nicht unbeträchtlichen Teil der Ueberschüsse herausgepreßt hat. Bericht und Bilanz für 1901/02 wurden gegen drei Stimmen genehmigt. Dem früheren Vorstandsmitglied Ober-Bezirksrat Volz, der die Gesellschaft vom 1. Oktober bis 17. Dezember 1901 leitete, wurde die Entlastung verweigert.

Kelster-Kollegium. Zum ersten Präsidenten des Kollegiums wurden Stadtrat a. D. Kämpf, zum ersten Vizepräsidenten Stadtrat Weigert und zum zweiten Vizepräsidenten Geh. Kommerzienrat Geißler erwählt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Verschiebung des internationalen Kongresses.

Frankfurt a. M., 29. Dezember. (B. G.) Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Brüssel berichtet wird, verschob das internationale sozialistische Bureau den internationalen Kongress in Amsterdam bis August 1904.

(Die Verschiebung ist durch die Rücksicht auf die deutschen Wahlen veranlaßt.)

Der Genfer Bomben-Attentäter — geisteskrank!

Genf, 29. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Dießige Abendblätter bringen die telegraphische Nachricht aus Neuchâtel, daß heute vormittag der Italiener Carlo Raffetto, 35 Jahre alt, in Camanda, Provinz Navarra, geboren, verhaftet worden ist. Nach Angaben des Generalprokurators von Neuchâtel gestand er seine Teilnahme am Genfer Bombenattentat zu. Der Prokurator fügt hinzu, das Geständnis sei mit aller Reserve aufzunehmen. Man fand Explosivpatronen bei ihm. Der Attentäter soll sich durch einen anonymen Brief an den Genfer Polizeichef Didier betrauen haben und wurde dann durch Genfer Polizei-Agenten durch Photographie wiedererkannt. Raffetto hat schon vor drei Jahren in Genf ein umfangreiches Attentat versucht und gilt für geisteskrank. In der hiesigen anarchistischen Bewegung ist er gänzlich unbekannt. Die Anarchisten veranstalten heute abend ein Protestmeeting.

Venezuela.

Aus New York wird der „Frankfurter Ztg.“ telegraphisch: Die Lage in La Guayra und andern Hafenstädten wird bedrohlich, da es infolge des Aufhörens der Schifffahrt viele Arbeitslose gibt. Auch werden bald die deutsche und englische Bahnhöfe ihren Betrieb einstellen und die Lebensmittel werden viel teurer. Man befürchtet Exzesse, namentlich gegen das Eigentum der Ausländer. — Der Korrespondent des genannten Blattes gibt mit Vorbehalt ein in Washington kursierendes Gerücht wieder, wonach England Truppen in La Guayra landete und der Kommandeur des amerikanischen Kanonenbootes „Marietta“ dagegen protestierte.

Paris, 29. Dezember. (B. T. V.) Eva Humbert ist aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Kras, 29. Dezember. (B. T. V.) In der Nähe des Bahnhofs Saint-Pol ist heute ein Personenzug entgleist. Die Maschine und vier Wagen sprangen aus den Schienen und stürzten um. Der Lokomotivführer ist getötet, vier Reisende sind schwer, mehrere andre leicht verletzt worden.

Blode in Berlin. Fund u. Verlag: Sowalds Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Momentbilder

aus der Berliner Arbeiterbewegung des Jahres 1902.

Das Jahr 1902 ist besonders bemerkenswert durch die parlamentarischen Kämpfe, welche vornehmlich die Vertreter der sozialdemokratischen Partei gegenüber dem Umsturz der Wucherzollmehrheit im Reichstage hatten und die noch in frischer Erinnerung sind.

Das neue Jahr führte sich mit zwei bedeutungsvollen Ereignissen ein. Mit Beginn des Jahres trat erstmals das Ortsstatut betreffend Ausdehnung der Krankenversicherung auf die selbständigen Hausgewerbetreibenden in Kraft und zweitens wurde zu Beginn des Jahres das von den Filialen Berlins und der Umgegend des Verbandes aller in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten beschlossene Ortssekretariat eröffnet.

Januar

Am 1. die Stadtverordneten-Versammlung ihre erste Sitzung ab. In dieser Sitzung erfolgte die Einführung der am 6. November v. J. bei der Ergänzungswahl der dritten Abteilung neu gewählten Stadtverordneten. Durch das glänzende Resultat der Wahl war die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten auf 28 gestiegen.

Auf den 7. war eine Wahl von nicht unerheblichem lokalen Interesse angesetzt, nämlich die Wahl zur Gewerbesteuer-Einschätzungskommission, Unterabschnitt X, nachdem die vorige Wahl, nach welcher unsere Parteigenossen die Mehrheit erlangt hatten, für ungültig erklärt worden war. Die Wahl kam indessen nicht zu Stande, da der Wahlakt plötzlich kurzer Hand aufgehoben und vertagt wurde.

Am 8. nahm der Reichstag nach den Weihnachtstagen seine Tätigkeit wieder auf. Gleichzeitig nahm die Landtagsession ihren Anfang.

Die moderne Rechtspflege schloß sich am 13. ein neues charakteristisches Denkmal durch die erfolgte Verurteilung des Zimmerers Ruppert zu sechs Wochen Gefängnis wegen versuchter „Erpressung“. Dieses Delikt wurde in dem Umstande erblickt, daß Ruppert namens seiner mit ihm bei einem Zimmermeister beschäftigten Kameraden bei diesen dahin vorzüglich geworden war, einen unorganisierten Gefellen aus der Arbeit zu entlassen, widrigenfalls alle organisierten Zimmerleute die Arbeit einstellen würden.

Der 18. brachte zwei Arbeiterfeste: erstens das 8ste Stiftungsfest der von Wilhelm Liebknecht begründeten Arbeiter-Volkshochschule und zweitens das erste Stiftungsfest des sozialdemokratischen Wahlvereins für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis. Die erstere Feier fand statt im böhmischen Brauhaus, die letztere im Gewerkschaftshaus.

Ebenfalls fand am 19. eine Konferenz der Lagerhalter der Provinz Brandenburg. Die Gewerbegerichtsverfahren in Charlottenburg am 20. hatten für unsere Genossen einen guten Erfolg.

In Köpenick fand am 20./21. eine Ersatzwahl zur Stadtverordneten-Versammlung für unsere verstorbenen Genossen Friedricher statt. Das Mandat wurde von den Genossen beauptet.

Der Apothekenboykott forderte am 21. ein Opfer. An diesem Tage wurde Genosse Dr. Freudenberg wegen Verleumdung eines Apothekers zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

In Schöneberg fanden am 23. und am 25. Wahlen statt und zwar am 23. die Neuwahl eines Stadtverordneten an Stelle des Genossen Cöhl, dessen Wahl für ungültig erklärt worden war; am 25. wurden die Wahlen der Beisitzer zum Gewerbegericht vollzogen, die den Genossen einen guten Erfolg brachten.

Am 25. begann Genossin Frau Alara Jellin-Stuttgart einen Cyklus von Vorträgen. Den Anfang machte sie in Friedrichslagen und sprach dann an den nachfolgenden Tagen im dritten, vierten und sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreise.

Die von der Berliner Gewerkschaftskommission vorbereitete Fählung der Arbeitslosen war am 26. soweit geendet, daß an diesem Tage mit dem Austragen der Fählkarten begonnen werden konnte.

Der 28. endlich brachte die erste Arbeitslosen-Versammlung, einberufen nach dem Gewerkschaftshaus vom Deutschen Metallarbeiter-Verbande.

Februar

wurde eingeleitet mit der am 2. erfolgten Einfammlung der Fählkarten für die Arbeitslosen-Fählung der Berliner Gewerkschaftskommission. — An dem gleichen Tage wurde ein aus der Zeit des Sozialistengesetzes bekannter Genosse, der „alte Füllhorn“, in Friedrichslagen zur letzten Ruhe bestattet. Füllhorn, Mitglied des Wahlvereins für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis, war von Beruf Hammer, wurde wegen der Kaiserfeier im Jahre 1890 durch die Kaiserregierung hrolos gemacht und ergriff infolge dessen später den Beruf des Zeitungspediteurs.

Am 5. fand eine Arbeitslosen-Versammlung im Apollo-Theater zu Nirdorf statt.

Die Neuwahl eines Stadtverordneten wurde am 14. in Charlottenburg vollzogen. An Stelle des Genossen Nötiger wurde Maurer Richter gewählt.

Die Stadtverordneten-Ergänzungswahl in Schöneberg am 20. ergab die Wahl des Genossen Panzer.

Am 23. wurde der Provinzialtag der Maler, Lackierer und Anstreicher im Gewerkschaftshaus abgehalten und am 26. sprach Genossin Frau Rosa Buxemburg in einer Volksversammlung des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises über „Sozialdemokratie und Sozialreform“.

März

brachte neben sonstigen Ereignissen eine Fülle von Gemeindevahlen. Am 2. fanden in Adlershof, Steglitz und Lankwitz Gemeindevahlen statt. In Adlershof hatten die Genossen Erfolg, in Steglitz kam es zu einer Stichwahl, in Lankwitz unterlagen die Genossen, doch war ein Stimmengewinn zu verzeichnen.

Der 5. brachte Gemeindevahlen in Grünau, sowie Gewerbegerichtsverfahren in Tegel und Dalldorf. Diese waren erfolgreich für die sozialistische Arbeiterschaft.

Am 6. fand im Gewerkschaftshaus eine Versammlung arbeitsloser Holzarbeiter statt, welche Stellung nahm gegen den Arbeitsnachweis und die Entlassungscheine der Holzindustriellen und der Tischler-Zunngung, gegen welche auch weiterhin die organisierten Holzarbeiter einen heroischen Kampf führten.

Am 7. wurden in Ober-Schöneweide Gemeindevahlen vollzogen.

Am 9. tagte im Gewerkschaftshaus eine Provinzial-Konferenz der Maurer der Provinz Brandenburg.

Bei den Gemeindevahlen in Wilmersdorf am 10. und 11. wurden 3 Genossen gewählt, die Wahl eines von diesen jedoch für ungültig erklärt; in Mariendorf kam es zu einer Stichwahl.

Die Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung in Britz am 11. hatten eine glänzenden Erfolg. Zwei Genossen wurden erwählt.

In Zehlendorf beteiligten sich die Genossen zum erstenmal an den Wahlen zur Gemeindevertretung und erzielten einen Achtungserfolg. In Nummersburg hatten die Wahlen einen glänzenden Erfolg. Ein Genosse wurde erwählt.

Der 12. brachte Gemeindevahlen in Hermsdorf und eine Stichwahl in Steglitz.

Am 12. und 13. war Gemeindevahl in Pankow. Hier wurde der Arbeiterkandidat zweimal gewählt, wodurch eine Nachwahl erforderlich wurde.

Am 13. wurde in Schmargendorf gewählt, desgleichen in Groß-Lichterfelde und Tempelhof. Während in Schmargendorf und Groß-Lichterfelde-Ost unsere Kandidaten unterlagen, wurde in Groß-Lichterfelde-West eine Stichwahl erforderlich. Gegen die Wahlen in Tempelhof wurde Protest eingelegt. Auch gegen die an demselben Tage in Neuwandorf stattgehabte Stichwahl wurde seitens unserer zum erstenmal an der Wahl beteiligten Genossen Protest eingelegt. Außerdem fanden am 13. noch Gemeindevahlen in Nieder-Schöneweide statt, die jedoch für die Arbeiter ohne Erfolg waren.

Am 16. ging der Reichstag in die Osterferien.

Der 14. ist der Todestag des wackeren Genossen Felix Witt-Lewski, Expedient am „Vorwärts“, Mitglied des Wahlvereins für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten). Die Beerdigung fand am 17. unter großer Beteiligung auf dem städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde statt.

Am 16. und 17. hielt im Gewerkschaftshaus der Verband der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands seine 7. ordentliche Generalversammlung ab.

Bei der am 17. in Friedrichshagen stattgehabten Gemeindevahl wurde der vierte Sozialdemokrat in die Gemeindevertretung erwählt.

Am 18. war die übliche imposante Märzfeier des Proletariats, gleichzeitig Gemeindevahl in Herzfelde, Belten und Dremvit. In den beiden letzteren Orten wurde der Arbeiterkandidat erwählt.

Die am 19. in Treptow-Baumschulweg stattgehabte Wahl zur Gemeindevertretung brachte den Arbeiterkandidaten in die Stichwahl.

Diesen Gemeindevahlen schlossen sich am 20. solche in einer Reihe weiterer Nachbarorte an. In Dalldorf wurden die ersten zwei Sozialdemokraten erwählt, in Johannisthal einer, in Klein-Schönebed und Pichtenau kam es zur Stichwahl, in Vorfigwalde wurde kein Erfolg erzielt.

Es folgte am 21. die Gemeindevahl in Neu-Weihensee.

Am 21. fand eine Nachwahl in Pankow statt, bei der Stichwahl in Mariendorf unterlagen unsere Freunde.

Derselbe Fall trat ein bei der am 25. in Groß-Lichterfelde stattgehabten Stichwahl. Dagegen wurden bei der Hauptwahl in Reinickendorf (Ost und West) beide Arbeiterkandidaten erwählt.

Der 26. brachte wiederum Stichwahlen in Friedrichsfelde.

Am 28. tagte im Gewerkschaftshaus der 2. Verbandstag des Verbandes der Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Am 29. fand auf dem Centrafriedhofe in Friedrichsfelde die Enthüllung des dem Andenken Wilhelm Liebknechts gewidmeten Denkmals statt.

Auf den Schluß des Monats, 30. und 31., fiel das Osterfest. Den 31. benutzten die Fleischergesellen zur Abhaltung eines Kongresses in den „Armitz-Hallen“.

April

wurde eingeleitet mit der Stichwahl zur Gemeindevertretung in Klein-Schönebed und Pichtenau am 2. Aus derselben ging der Arbeiterkandidat als Sieger hervor.

Am 9. wurde wieder eine Versammlung arbeitsloser Holzarbeiter im Gewerkschaftshaus abgehalten.

Den „Schutz der Arbeitswilligen“ bekam der Arbeiter Parteienheime am 11. recht empfindlich zu spüren. Er wurde, einer Ausfertigung gegen einen Arbeitswilligen beschuldigt, von der ersten Strafkammer des Landgerichts II zu 3 Monate Gefängnis verurteilt.

Eine Ersatzwahl zur Gemeindevertretung in Adlershof am 14. sicherte einem Genossen das streitige Mandat.

Bei der Stichwahl in Treptow-Baumschulweg am 15. unterlag der Arbeiterkandidat.

Die „Arbeitswilligen“ wurden auch dem Tischler Weidner verhängnisvoll. Wegen „Nötigung“ solcher wurde er am 16. zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt.

Am 20. tagte in der Rosenthalerstraße 11/12 die zweite Konferenz der Gesellen-Anschüsse der Bäcker-Zunngungen Berlins und der Umgegend.

Die Gewerbegerichtsverfahren für die Gemeindebezirke Lichtenberg, Friedrichsberg und Wilhelmshagen wurden am 21. mit großem Erfolge für die sozialdemokratischen Kandidaten vollzogen.

Der 23. brachte eine große Haupt- und Staatsaktion vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Als Redakteur und Verleger der beschlagnahmten „Arbeitslosen-Zeitung“ war Genosse Theodor Glöckler der Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten angeklagt. Das Ende vom Liede war die Freisprechung des vermeintlichen Verbrechens.

Am 27. und 28. sprach Genossin Frau Alara Jellin-Stuttgart im Palais-Theater (Burgstraße) und bei Keller (Koppenstraße) über die revolutionären Kämpfe in Belgien und in Rußland.

Mai

schloß mit der Arbeiter-Kaiserfeier ein. An demselben Tage verlor der sozialdemokratische Wahlverein Weihensee ein eifriges Mitglied, die Partei einen treuen Genossen, den Steinarbeiter Emil Gerkenberger, durch den Tod. Am 4. wurde er zur Ruhe bestattet.

Am 2. fanden in Lichtenberg Ersatzwahlen zur Gemeindevertretung an. Am gleichen Tage erfolgte auch die Freigabe bezgl. Zurückgabe der beschlagnahmten „Arbeitslosen-Zeitung“ durch die Polizei.

Die Charlottenburger Genossen feierten am 4. ein Vollerfest, nämlich die Einweihung des dortigen Volkshauses.

Die Ersatzwahl eines Gemeindevorordneten in Schmargendorf am 5. hatte ein dem Arbeiterkandidaten ungünstiges Resultat.

Als verurteilt Erpressung wurde den Tischlergesellen Rattienstein, Jänede, Reimann, Lemisz, Vannad und Wlod deren Weigerung, mit einem unorganisierten Tischlergesellen zusammen zu arbeiten, angeklagt. Die zweite Strafkammer des Landgerichts II verurteilte am 14. Reimann und Rattienstein zu je 4 Wochen, die übrigen Rittshäler zu je 3 Wochen Gefängnis.

Ein Opfer des Sozialistengesetzes, der Sattler Emil Dattig, wurde am 17. auf dem städtischen Friedhofe zu Friedrichsfelde bestattet.

Das Pfingstfest am 18. und 19. bot dem Verbands der Porzellanarbeiter die erwünschte Gelegenheit, am 18. im Gewerkschaftshaus seine Generalversammlung abzuhalten.

Der Paragraph 183 der Gewerbe-Ordnung forderte am 20. wieder einmal ein Opfer. Wegen Vergehens gegen diese Gesetzesbestimmung verurteilte die erste Strafkammer des Landgerichts II den Bauarbeiter Hermann Schulz zu 3 Wochen Gefängnis. — Am selben Tage fand in Ober-Schöneweide eine Ersatzwahl zur Gemeindevertretung statt, bei welcher dem Arbeiterkandidaten das Mandat zufiel.

Bei der Stichwahl zur Gemeindevertretung in Kottbus am 28. ging das streitige Mandat verloren.

Mit dem Monat

Juni

begann die sommerliche stille Zeit, die lediglich durch die Gewerkschaftskämpfe ein lebhaftes Kolorit erhielt.

Am 3. trat der Reichstag wieder zusammen, um bereits am 11. die Session zu schließen. Die Ersatzwahlen zur Gemeindevertretung in Neu-Weihensee am 6. hatten einen guten Erfolg, indem die dortigen Genossen zwei Mandate erfochten.

Ein heifer Wahlkampf entbrannte am 17. in Schöneberg gelegentlich der Neuwahl eines Stadtverordneten. Der Sieg des Genossen Cöhl war ein schwerer.

Am 20. begannen die Ferien der Berliner Stadtverordneten-Versammlung.

Der 27. brachte nochmals eine Gemeindevahl in Grünau. Auch aus dem Monat

Juli

ist nicht viel zu berichten.

Am 11. schloß ein alter Parteigenosse, der Schlossermeister Otto Siegerist, Mitglied des sozialdemokratischen Wahlvereins Charlottenburg, die Augen für immer.

Die zweite Auflage der Hummerbrief-Prozesse gelangte am 10. gegen den Redakteur Wilhelm Schröder vom „Vorwärts“ vor der hiesigen Ferien-Strassammer Landgerichts I zur Verhandlung. Das Urteil lautete diesmal auf vier Monate Gefängnis.

In einer Parteiversammlung des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises errieten am 27. die Vertrauensleute Bericht und fand die Neuwahl derselben statt.

Am 27. endlich trat die Parteikonferenz für den Reichstags-Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland in Spandau zu ihren Beratungen zusammen.

August

war vornehmlich ein Monat der Konferenzen und Kongresse. Zunächst fand am 12. in Lichtenberg infolge der Ungültigkeitserklärung zweier sozialdemokratischer Mandate eine Ersatzwahl zur Gemeindevertretung statt. Beide Mandate fielen indessen wiederum Sozialdemokraten zu.

Am 14. fand sodann eine Konferenz der Mitglieder Berliner Innungen im Gewerkschaftshaus statt.

Vom 16. bis 19. tagte der vierte internationale Kongreß der Tischler, Steinbrüder und Verlagsgenossen ebenfalls im Gewerkschaftshaus.

Am 20. endete ein Herzschlag das arbeitsreiche Proletarierleben des 72jährigen Stadtverordneten Theodor Rehner.

Am 21. fanden in allen sechs Berliner Reichstags-Wahlkreisen Parteiversammlungen statt zwecks Wahl der Delegierten zur Brandenburger Parteikonferenz und zum Parteitag in München sowie Stellung von Anträgen zu beiden.

In Reinickendorf wurde am 24. die Kreisversammlung für den Reichstags-Wahlkreis Nieder-Barnim abgehalten.

Das Begräbnis Theodor Rehners fand am 24. auf dem Friedhofe der Freireligiösen Gemeinde statt.

Am 31. tagte die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg im Gewerkschaftshaus, gleichzeitig ebenfalls die erste Generalversammlung des Zentralvereins der Bureau-Angestellten.

(Schluß folgt.)

Partei-Nachrichten.

Die fünfte Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei im Großherzogtum Sachsen-Weimar fand Sonntag, den 28. Dezember, im „Liwoli“, dem neuen Parteilokal in Weimar statt. Außer dem Landesausführer und zahlreich erschienenen Gästen aus Weimar und Apolda waren aus 25 Orten 85 Delegierte erschienen, desgleichen war je ein Vertreter der „Tribüne“ und der Thüringer Agitationskommission anwesend. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß trotz der beschiedenen Mittel der Ausbau in agitatorischer Beziehung sein möglichstes gethan habe. Der Kassenbestand betrug 189,08 M.

Ueber die bevorstehenden Reichs- und Landtagswahlen berichtete Genosse Leuteri-Apolda. Beschlossen wurde, in zwölf Landtagswahlkreisen selbständig, ohne Auffstellung von Doppelkandidaturen, in den Wahlkampf einzutreten. Vesgl. eines Kompromisses mit der freisinnigen Volkspartei, wie dies bei der letzten Wahl beschlossen war, stellte sich die Konferenz einstimmig auf den Standpunkt, daß der damalige Kompromiß den Erwartungen nicht entsprochen habe und vor allem die neuerdings beobachtete Haltung der Freisinnigen unter keinen Umständen zu einem ähnlichen Kompromiß ermittle.

Vor Eintritt in die Nachmittagsverhandlungen wurde als Protest gegen das am gleichen Tage in Reusstadt-Orla erfolgte Verbot einer Versammlung, in welcher über die letzten Vorgänge im Reichstage und das Verhalten des Abgeordneten des Kreises, Herrn Wassermann, gesprochen werden sollte, eine Resolution angenommen, in welcher das in Sachsen-Weimar übliche Verfahren scharf verurteilt wird. — Ueber den Ausbau der Landesorganisation referierte Genosse Waudert; er schlug eine der im Großherzogtum Hessen bestehenden ähnliche Form der Organisation vor. Es wurde beschlossen, im Prinzip der Vorlage beizutreten, jedoch soll eine Kommission aus den drei Wahlkreisen in Verbindung mit dem Landesausführer die speziellen Bestimmungen des Statuts einer Redaktion unterziehen und der nächsten Konferenz zur definitiven Beschlußfassung vorzulegen. Dagegen wurde beschlossen, daß die drei weimarschen Reichstags-Wahlkreise am 1. Juli d. J. aus dem Bezirk der Thüringer Agitationskommission austreten. Von der Beschaffung des internationalen Kongresses in Amsterdam wurde wegen Mangels an Mitteln, da die Wahlen große Opfer erfordern, abgesehen. Der Sitz des Landesausführers verbleibt in Apolda; er besicht wieder aus den Genossen Waudert, Leuteri und Petermann. Die Adresse des Landesausführers ist A. Waudert, Apolda. Hiermit waren die Arbeiten der Konferenz beendet. Genosse Fischer schloß mit einem lebhaft aufgenommenen dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und einigen anfeuernden Worten die Konferenz.

Zum nächsten internationalen Kongresse äußert sich Jean Jaurès in der „Pétite République“. Er sei von seiner Partei beauftragt, in der zur Zeit in Brüssel stattfindenden Sitzung des Internationalen Komitees den Standpunkt zu vertreten, daß die Tagesordnung der internationalen Kongresse, die schon allein durch die Sprachunterschiede mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, nicht so überlastet werden dürfe. Bisher habe man sich darauf beschränkt, in großen allgemein gehaltenen Resolutionen die einzelnen Fragen vielfach ohne Debatte zu erledigen. In der Regel habe eine besonders aktuelle Streitfrage eine größere Rolle gespielt, wodurch die übrigen Punkte nur noch mehr zusammengedrängt worden seien. Auf dem letzten Kongreß sei dies der „Fall Millerand“ gewesen.

Es genüge, so fährt Jaurès weiter fort, in Zukunft nicht mehr, nur die allgemeinen Gesichtspunkte festzustellen, sondern es müsse in die Details der Fragen eingetreten werden. Man beginne jedesmal von neuem, eine allgemeine, aber ohnmächtige Demonstration gegen Kapitalismus, Militarismus, Marinismus, gegen das Kolonialsystem ins Werk zu setzen und nichts werde gründlich diskutiert.

Eine Frage sei sehr brennend und es sei notwendig, daß der Sozialismus Partei ergreife, nämlich die Frage der Kräftigung und der internationalen Schiedsgerichte. Man dürfe sich nicht genügen lassen, eine Resolution anzunehmen, die in halb fatalistischer und resignierter Weise den Krieg als eine „notwendige Folge des Kapitalismus“ beurteilt. Es komme darauf an, den chauvinistischen Tendenzen nachzuspüren, welche die einzelnen nationalen Fraktionen des Sozialismus zu überwachen und zu bekämpfen haben. „Was

ist in Wirklichkeit die pangermanistische Bewegung? Welches sind die wirklichen Empfindungen und Anschauungen der italienischen, österrösischen und deutschen Sozialisten gegenüber dem Dreibunde? Welche Möglichkeiten sehen die französischen und deutschen Sozialisten, die eisenbahnerische Frage friedlich zu regeln?

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Schanzkonzession und Arbeiterkassino.

Wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung und gegen das Gewerbesteuer-Gesetz waren die drei Vorstandsmitglieder des Vereins „Arbeiterkassino“ in Straßburg angeklagt worden, weil der Verein ohne Konzession und ohne Anmeldung zur Steuer das Schankgewerbe in eignen Räumen betrieben habe. Das Landgericht als Berufungsinstanz sprach die Angeklagten frei, indem es einen Gewerbebetrieb des Vereins nicht für vorliegend erachtete, weil der Verein den Zweck verfolgte, die Geselligkeit unter seinen Mitgliedern zu pflegen und das Gefühl der Zusammengehörigkeit in Arbeiterkreisen zu fördern, z. B. durch Darbietung geeigneter eigener Räume u., und weil der vom Verein angestellte und besoldete Oekonom geistige Getränke nur an Mitglieder abgegeben habe, ohne daß die Erzielung eines Gewinnes bezweckt worden sei. Der Ankauf der Getränke im großen und ihre Abgabe an die Mitglieder sei nur eine Nebenwirkung des eigentlichen Zweckes.

Das Kammergericht gab der Revision der Staatsanwaltschaft zum Teil statt und verwies die Sache insoweit an das Landgericht zurück, als es sich um das Fehlen einer Konzession handelte. Insoweit nämlich, führte der Senat aus, das Landgericht einer *Verfälschung* näher treten. Denn das preussische Ministerium habe von der durch die Gewerbe-Ordnung gegebenen Befugnis Gebrauch gemacht und dem Konzessionszwang alle geistigen Getränke an ihre Mitglieder abgebenden Vereine unterstellt, selbst die, wo der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt werde. Ausgenommen seien nur militärische Kasinos und Kantinen. — Die Freisprechung von der Anklage des *Steuer* vergebens sei dagegen mit Recht erfolgt, da ein Gewerbebetrieb hier thatsächlich nicht vorliege und somit die Anzeige zur Steuer überflüssig wäre.

Sociales.

Die Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter, die von den Genossen Ulrich-Offenbach, Dr. Quard-Frankfurt a. M. und Dresden-Rammheim zum Sonntag, den 28. Dezember, in das Frankfurter Gewerkschaftshaus einberufen war, war von 36 Vertretern aus 15 Orten des Rhein- und Mainlandes besucht. Von bekannten Genossen waren außer den Einberufern noch die Genossen Ehrhart-Ludwigshafen und Dr. Lindemann-Stuttgart-Degerloch erschienen. Die Aussprache drehte sich ausschließlich um die Stellungnahme der sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu der kommunalen Arbeitslosen-Verschärfung. Im allgemeinen gingen die Ansichten übereinstimmend dahin, die Arbeitslosen-Verschärfung nicht als Anfangsel der Armenunterstützung zu betrachten und dieselbe nach Möglichkeit auszuweichen. Von Offenbacher Vertretern wurde die Gewährung von Arbeitslosen-Verschärfung nicht nur für die Wintermonate, sondern für das ganze Jahr für diejenigen gefordert, welche den Unterhaltungsbedarf erworben hätten, wie dies in Offenbach schon gehandhabt werde. Von verschiedenen Seiten, so unter andern vom Genossen Ehrhart und Mannheimer Vertretern, wurden dagegen Bedenken laut über die Art der Arbeitslosen-Verschärfung und über die Bedingungen, unter welchen dieselbe gewährt werden soll wegen der finanziellen Tragweite dieser Frage. Schließlich einigte man sich nach teilweise recht lebhafter Debatte in der Annahme folgender Resolution:

„Die Einberufern der heutigen Konferenz werden beauftragt, zur Gewinnung weiterer Material eine Umfrage bei den Arbeitervertretern der umliegenden Gemeinden zu veranstalten und das Ergebnis derselben einer weiteren Konferenz vorzulegen. Die nachfolgenden Punkte 1—7 werden den Genossen als Material zur Vorbereitung und Stellungnahme für die nächste Konferenz überwiesen: Die Arbeitervertreter in den Gemeinden haben im Sinne nachstehender Grundzüge zu wirken:

1. Die Gemeinde hat die Pflicht, für die in den letzten sechs Monaten innerhalb ihres Bezirkes ständig beschäftigt gewesen und arbeitslos gewordenen Personen Arbeit bereit zu stellen.
2. Arbeitslosen-Zählungen nach der Methode der Volkszählungen haben mindestens zweimal jährlich auf Kosten der Gemeinde stattzufinden.
3. Es sind ständige Kommissionen (Deputationen u.) einzuführen, denen die Vor- und Mitberatung wie die Ueberwachung der Kostensarbeiten zu übertragen ist, und in denen Vertreter der Arbeitslosen und Gewerkschaften Sitz und Stimme haben.
4. Als Beschäftigungsgelegenheiten für Arbeitslose sind in erster Linie alle laufenden Arbeiten der Gemeindeverwaltung für die stille Zeit zurückzustellen, welche diesen Aufschwung zulassen; in zweiter Linie sind besondere Arbeiten zu veranstalten.
5. Alle diese Arbeiten sollen möglichst in eigener Regie ausgeführt werden. Bei Vergebung an Unternehmer sind denselben Bestimmungen über die Beschäftigung der Arbeiter im Sinne des nachfolgenden Punktes vorzuschreiben.
6. Für die Beschäftigung der Arbeiter ist zu berücksichtigen: a) Verwendung nur zu Arbeiten, zu denen sie geeignet sind; b) mindestens ortsüblicher Tagelohn für Nichtgelernte, für Gelehrte die tariflich oder branchenüblich festgestellten Arbeitsbedingungen; c) zureichende Sorge für Arbeiterhygiene; d) Beschwerderecht an die unter 2. erwähnten Kommissionen.
7. Im Interesse der Beschäftigungslosen namentlich in den kleinen Gemeinden ist auf Kreise, Bezirksverbände und Staat zur Veranstaltung eigener Kostensarbeiten hinzuwirken.“

Diese Grundzüge waren meistens von einer aus den Genossen Ulrich, Lindemann und Quard gebildeten Kommission aufgestellt und zur Annahme empfohlen worden.

Bildung erster und zweiter Klasse.

In Dresden ist am Sonnabend eine große öffentliche Lesehalle eröffnet worden, die unter Beihilfe der Stadt vom Kommerzienrat Lingner, dem seine Tochterwitwe Eddol und Lanolin bis jetzt schon 12 Millionen eingebracht haben sollen, ins Leben gerufen worden ist. Die Einrichtung hat dem Stifter rund 100 000 M. gekostet. Die Lesehalle umfaßt zwei Stockwerke. Im Erdgeschoß liegt die unentgeltliche Volkslesehalle, die erst am 1. Februar der freien Benutzung überlassen wird. Im ersten Stock befinden sich die gegen Entgelt zugänglichen Leseräume. Sie sind mit geradezu raffiniertem Luxus ausgestattet. Im ganzen liegen in der Lesehalle 600 Zeitungen und Zeitschriften aus. Auch beherbergt das Institut zahlreiche Nachschlagewerke, unter andern 160 Adressbücher. Die Wände sind mit berühmten Gemälden geschmückt, die alle Monate gewechselt werden. Auf diese Weise kommt eine Art dauernder Gemälde-Ausstellung zu stande.

Die Stadt hat zu der Einrichtung beigetragen und sich verpflichtet, jährlich 10 000 M. zu den Betriebskosten, die auf 30 000 M. veranschlagt sind, zu zahlen. Im ersten Stock kostet das Eintrittsgeld monatlich 1 Mark, jährlich 10 Mark. Der 100 Mark jährlich zahlt, erwirbt das Patronatsherrenrecht, das im wesentlichen in der Benutzung referierter Räume besteht. Die Patronatsherren, lauter hohe Regierungsbeamte und schwerreiche Leute haben bereits gegen die Zulassung sozialdemokratischer Zeitungen im ersten Geschoß protestiert. Dagegen werden im Erdgeschoß sozialdemokratische Zeitungen ausgelegt.

Dem Geiste des Unternehmens entspräche es eigentlich weit mehr, wenn man die sozialdemokratischen Blätter aus dem Proletariats-Stockwerk verbannte (das hoffentlich nicht zu nobel eingerichtet ist), sie dagegen im Herrenstübchen zuließe, wo sie doch jedenfalls keinen Schaden anrichten können.

Abzüge für die Unfallversicherung dürfen die Unternehmer den Arbeitern bekanntlich nicht machen. Trotzdem das Gesetz samt dem Verbot nun schon bald 20 Jahre besteht, gibt es immer noch Unter-

nehmer, die das nicht zu wissen scheinen. In einem Rundschreiben der Berufsgenossenschaft für Feinmechanik an die Mitglieder, das der „Vollstrecker“ in Karlsruhe mitteilt, heißt es:

„Wie aus der eingereichten Lohnnachweise ersichtlich, haben einzelne Betriebsunternehmer zur gänzlichen oder teilweisen Deduktion der Beiträge für unsere Berufsgenossenschaft ihren Arbeitern Lohnabzüge gemacht.“

Das Befahren dieser Unternehmer ist mit Geldstrafe bis zu 300 Mark bedroht.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Von angeblichen Gewaltthaten freikender Forme weiß die „Arbeiter-Zeitung“ in ihrer neuesten Nummer vom 28. Dezember zu berichten. Sie schreibt:

„Zum Formertreik der Firma Rudolf Wolter, Eisenwerkerei und Maschinenfabrik, Berlin N., wird uns von der Geschäftsleitung mitgeteilt, daß in der Nacht vom 20. bis 21. Dezember gewaltsam in die Werkerei eingedrungen ist. Die Eindringlinge haben sich nicht damit begnügt, die gußfertigen und angefangenen Formen zu zerstören, sondern auch verschiedene, den Stunden gehörige Modelle zerbrochen und das den arbeitswilligen Formern gehörige Werkzeug im Gesamtwerte von circa 120 M. gestohlen. Was nicht mitnehmerswert war, wurde zerbrochen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Einbruch von den bei der Firma Wolter streikenden Formern verübt ist. Die sofort eingeleiteten polizeilichen Ermittlungen werden jedenfalls in Kürze den Beweis erbringen.“

Wenn alle Anzeichen darauf hindeuten, daß Streikende den Einbruch verübt haben, dann hätte doch die „Arbeiter-Zeitung“, wenn sie nicht für ein ganz urteilsloses Publikum berechnet ist, wenigstens einige dieser Anzeichen bekannt geben sollen. Aber nicht ein einziges Anzeichen, welches die schände und schäbige Beschuldigung der Streikenden stützen könnte, führt das Organ der Unternehmer-Verbände an. Nicht den geringsten Versuch eines Beweises bringt die „Arbeiter-Zeitung“ für die von ihr gegen die streikenden Arbeiter ausgeführte elende Verächtlichmachung bei. Sie kann das auch nicht, denn sie hat ja keine Beweise für ihre Behauptungen, sie erwartet vielmehr, daß die polizeilichen Ermittlungen diesen Beweis erst erbringen werden. Also Beweise für die Behauptung, Streikende hätten Einbruch, Diebstahl und Sachbeschädigung verübt, liegen nicht vor, trotzdem sie sich die „Arbeiter-Zeitung“ nicht, die bezeichneten Verächtlichmachungen öffentlich auszusprechen und dadurch die Ehre der in Frage kommenden Arbeiter aufs schwerste zu verletzen. Aber das ist die Kampfesart der „Arbeiter-Zeitung“ und anderer Unternehmerorgane. Gegenüber den organisierten Arbeitern sind ihnen alle Mittel recht, auch solche, welche anständige Leute im Kampf mit dem Gegner nicht anwenden.

Bezüglich des vorliegenden Falles wird uns aus dem Bureau des Metallarbeiter-Verbandes mitgeteilt, daß man dort von der Unschuld der Streikenden an dem angeblichen Einbruch vollkommen überzeugt sei und daß man der Unterjochung und dem weiteren Verlauf der Angelegenheit mit Ruhe entgegenstehe.

Uns scheint es, als könnte die Untersuchung, wenn sie ohne Voreingenommenheit betrieben wird, ein für die „Arbeiter-Zeitung“ sehr unerwünschtes Resultat zeitigen. Die Berliner Fabriken sind schon am Tage derart bewacht, daß kein Außenstehender die Stätte, wo der Unternehmer „Herr im Hause ist, betreten kann. Nun sollen gar bei Nacht ausgerechnet Streikende in den Betrieb eingedrungen sein, und daselbst ein Versteckversteck verrichtet haben, bei dem es doch sicher nicht ohne erhebliches Geräusch abgegangen sein kann. Außerdem sollen die Eindringlinge auch noch sichere Anzeichen (vielleicht ihre Legitimationspapiere?) hinterlassen haben, die auf Streikende als Thäter hindeuten. Es gehört ein starker Glaube dazu, um solche Erzählungen für wahr zu halten.

Achtung, Metallarbeiter! Die Minlin-Werke in Reinickendorf sind gesperrt! Die Sperre bei Eimer besteht weiter! Der Streik bei Joachimmann dauert fort. Desgleichen der Streik bei Wolter, Müllerstraße. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Zum Streik bei Erich u. Gräß wird uns aus dem Bureau des Metallarbeiter-Verbandes geschrieben:

Herr Hasse scheint die „Arbeiter-Zeitung“ — ob mit oder ohne Absicht lassen wir dahingestellt — immer falsch zu informieren, zum Schaden der „Arbeiter-Zeitung“, die nur objektive Unwahrheiten berichtet. Bei Erich u. Gräß ist dieses augenfällig, wahrscheinlich weil Herr Hasse bedeutet wurde, daß seine Anwesenheit überflüssig ist, weil der Unternehmer keine Organisation duldet, auch die draven Männer nicht. Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben die Arbeit nicht niedergelegt, sondern waren entlassen worden; die Firma konnte deshalb auch nicht ablehnen Arbeiter einzustellen, die die Arbeit niedergelegt haben. Es wurden dann auch sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen bis auf drei, die auf ihre Wiedereinstellung verzichteten, eingestellt.

Deutsches Reich.

Agitation bei den Steinsevern. Die Nummer 1 des nächsten Jahrganges der „Allgemeinen Steinsever-Zeitung“ (Organ des Verbandes der Steinsever und Berufsgelehrten Deutschlands) soll als Agitationsnummer herausgegeben werden. Damit sie ihren Zweck, besonders in den Kreisen der noch nicht organisierten Steinsever, Nummer 2. ausfüllend zu wirken, gerecht werden kann, ersucht der Centralvorstand nicht nur die Funktionäre des Verbandes, sondern auch alle Freunde desselben, sich die Verbreitung der Agitationsnummer anzuwenden sein zu lassen, namentlich auch in solchen Orten, wo der Verband noch keine Filialen hat. Wer in solchen Orten Adressen unorganisierten Steinsever weiß oder selber Agitationsnummern verbreiten will, der möge dies bis zum 5. Januar 1903 dem Centralvorstand (H. Knoll, Berlin N., Waldenstraße 18) mitteilen.

Schuhmacherstreik. In Gesslich-Oldendorf befinden sich 30 Fabrik-Schuhmacher im Auslande. Das Streikkomitee ersucht den Zuzug von Schuhmachern und Schuhfabrikarbeitern fernzuhalten.

Ausland.

Die Seelente von Marseille sind sehr erregt über das provokatorische Verhalten der Reeder. Diese verweigern den Seelenten den aus der Zeit vor dem Streik rückständigen Sold mit der Motivierung, daß sie (die Streikenden) als Deserteur zu behandeln seien. Die Seelente haben sich an den Präfecten gewandt, der in dieser Angelegenheit vermitteln soll.

Der Streik der Typographen von Verona, von dem wir seiner Zeit berichteten, geht, nachdem eine Verständigung zwischen beiden Parteien herbeigeführt ist, nach einer zweimonatigen Dauer seinem Ende entgegen.

Aus der Frauenbewegung.

Eine tapfere Kämpferin, die Genossin Johanne Schadow, ist am 3. Feiertag in Neu-Weißensee nach längerem Leiden verstorben.

Sie war eine der ersten Vorläuferinnen und wurde als Schriftführerin des ersten Frauenvereins in den 70er Jahren mit den übrigen Vorstandsmitgliedern wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz bestraft, weil nicht zu bezweifeln gewesen wäre, daß der Verein die Tendenz habe, durch die Frauen auf die Männer und auf die Kinderziehung sozialistischen Einfluß auszuüben.

Genossin Schadow wurde mit ihrem Namen unter dem Sozialistengesetz ausgewiesen und lebte dann in Hamburg und Magdeburg, überall am Kampf teilnehmend, trotz immerwährender Sorge ums tägliche Brot. Alt und krank kehrte sie nach Aufhebung des Schandgesetzes wieder nach Weißensee zurück, dem ersten Ort ihrer Thätigkeit, wo sie früher mit ihrem Namen die ersten sozialdemokratischen Zeitungen unter größten Schwierigkeiten verbreitet hatte.

Die sozialistischen Frauen werden ihr Andenken ehren durch rastlose Aufklärungsarbeit unter ihren Mitbewertern.

Soziale Rechtspflege.

Kompensation infolge füllschweigenden Einverständnisses? Der Buchbindermeister Schüler hatte dem Buchbinder H., nachdem dieser verheißentlich eine eiserne Platte getrimmet hatte, angekündigt, daß er ihm zum Lohn des Werks der Platte 9 Mark in wöchentlichen Raten vom Lohn abzählen würde. Die Abzüge wurden auch gemacht, ohne daß H. dagegen protestierte. Nur gegen den Abzug der letzten Rate erhob H. Einspruch und klagte dann gegen Schüler beim Gewerbegericht auf Auszahlung des gesamten einbehaltenen Betrages von 9 Mark. Der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Gewerbeberichters Dr. Meier riet aus folgenden Erwägungen zu einem Vergleich: Nach § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs könne ein derartiger Schaden an sich nicht gegen den verdienten Lohn aufgerechnet werden. Nun lämen aber Abweichungen infolge von Verabredungen vor. Es komme vor, und das sei hier der Fall, daß der Arbeitgeber sage: „Willst Du bei mir weiter arbeiten, dann mußt Du Dir entsprechende Abzüge gefallen lassen“, und daß dann der Arbeiter darauf eingehe. So sei auch der Kläger wochenlang damit einverstanden gewesen, indem er geschwiegen habe, wenn die Abzüge erfolgten. Auch das füllschweigende Einverständnis genüge, die Abzüge rechtsgültig zu machen. Nun habe aber der Kläger das letzte Mal protestiert, und dazu sei er berechtigt gewesen, da er die Aufrechnung des Schadens gegen den verdienten Lohn sich nicht gefallen lassen brauchte. Dieser Protest sicherte ihm aber nur den Anspruch auf den zuletzt abgezogenen Teilbetrag, da, wie gesagt, die andern Abzüge durch sein füllschweigendes Einverständnis rechtsgültig geworden seien. Die letzte Rate müsse deshalb herausgegeben, wegen seines Schadens könnte der Kläger nur wiederklagen. — Die Parteien verglichen sich. Der Kläger zahlte an H. 1 Mark und beide Parteien verzichteten auf irgendwelche Ansprüche an einander.

Gerichts-Zeitung.

Einem literarischen Hintergrund hatte die Privatklage, die gestern das Schöffengericht gegen den Chefredakteur der „Post“, Herrn Dr. Kronsbain, zu verhandeln hatte. Privatkläger war der Schriftsteller Dr. Max Hirschfeld, Vorsitzender des Allgemeinen Schriftstellervereins. Eine Abteilung dieses Vereins ist der Nachdruckskontrolle gewidmet und macht es sich zur Aufgabe, für diejenigen Schriftsteller, die sich der Hilfe des Vereins bedienen und eine bestimmte Provision gewähren, die Wäcker, insbesondere auch die Provingblätter auf etwaigen Nachdruck zu kontrollieren und da, wo ein Verstoß gegen § 18 ad 2 des neuen Urheberrechts vorliegt, gegen die betreffenden Zeitungen vorzugehen. Gegen diese Methode hatte seiner Zeit das Organ des Zeitungsverleger-Vereins, das von Dr. Kronsbain geschäftlich geleitet wird, ferner eine Anzahl von Zeitungen Stellung genommen und die „Post“ hatte unter Wiedergabe mehrerer derartigen Zeitungsstimmen das als rigoros bezeichnete Vorgehen des Privatklägers gleichfalls geheißen und kritisiert. Dr. Max Hirschfeld füllte sich durch mehrere Nebenwendungen, die in vier Artikeln der „Post“ enthalten waren, beleidigt und strengte die Klage an. Dr. Kronsbain und sein Verteidiger, Rechtsanwalt Hercher, stellten sich auf den Standpunkt, daß die vom Privatkläger verfolgte Methode der Verfolgung angeblicher Rechte der Tageschriftsteller eine arge Verletzung der Zeitungsverleger darstelle und von den Journalisten selbst schon zu weitgehend erachtet sei. Die dagegen veröffentlichten Artikel hätten den Zweck, den Verleger auf eine im Nachdruckgesetz vorhandene Lücke aufmerksam zu machen und deshalb siehe dem Angeklagten, der gleichzeitig die Interessen der Zeitungsverleger im allgemeinen wahrzunehmen habe, der Schutz des § 193 zur Seite. Es wurde auch die Passiv-Legitimation des Dr. Kronsbain bestritten, da für die Rubriken, in denen die inkriminierten Artikel gestanden, besondere verantwortliche Redakteure bestellt seien. Schließlich wurde auch Widerklage erhoben, die sich auf einen Brief des Privatklägers und einen Artikel in dem von ihm redigierten Nachorgan „Die Feder“ stützte. — Der Privatkläger und Rechtsanwalt Edmund Ballien führten dagegen aus, daß es sich um recht erhebliche Beleidigungen handle. Es sei keineswegs unerhört, wenn die Tageschriftsteller ein ihnen nach § 18 des Gesetzes über das Urheberrecht zustehendes Recht geltend machen und eine Selbsthilfe organisieren. — Der Gerichtshof hielt nur bei zwei Artikeln eine Verantwortlichkeit des Angeklagten für vorliegend. Er billigte dem letzteren den Schutz des § 193 an sich zu, meinte aber, daß die Form die beleidigende Absicht erkennen lasse. Wenn der Privatkläger „Präferentur“ genannt und von ihm gefagt werde, er organisiere systematisch einen Hisschug der Reporter zc., so sei dies beleidigend. Der Gerichtshof erkannte auf 50 Mark Geldstrafe event. 10 Tage Haft und sprach dem Privatkläger die Publikationsbefugnis zu. Die Widerklage hatte keinen Erfolg, da nach Ansicht des Gerichts die geringsten Ausdrücke in dem Brief und dem Artikel der „Feder“ nicht notwendig auf die „Post“ zu beziehen seien.

Was einer anständigen Frau passieren kann. Ein Herr Kapiza hatte in der Gegend der Friedrichstraße zu Berlin die Frau V. angeprochen und eine energig abwehrende Antwort erhalten. Er veranlaßte dann die Eistierung der Frau durch einen Schuhmann, indem er behauptete, er habe einmal mit ihr intim verkehrt und bei der Gelegenheit habe sie ihm 100 M. gestohlen. Die Frau bestritt dies sofort, Kapiza bestand aber auf ihre Eistierung. Auf der Wache legitimierte sich Frau V., die verheiratet und Mutter zweier Kinder ist. Gegen Frau V. wurde nichts veranlaßt, dagegen wurde Kapiza wegen Verleumdung der Frau angeklagt und in zweiter Instanz zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Das Gericht sprach ihm den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) ab. — Auf seine Revision hat jedoch jetzt das Kammergericht dies Urteil aufgehoben und die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückverwiesen. Es läge allerdings eine Verleumdung vor. Indessen habe das Landgericht dem Angeklagten den Schutz des § 193 ohne genügende Begründung verweigert. Maßgebend wäre lediglich, welchen Zweck V. verfolgte, als er auf die Verhaftung der Frau bestand. Habe er dabei nur bezweckt, den Schuldigen, der ihn beschloß, festsetzen zu lassen, dann siehe ihm der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs zur Seite, denn dann habe er zur Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Anders wäre es dagegen, wenn er sich durch die Verleumdung dieser Frau wegen der Abweisung durch sie habe rächen wollen. Nach dieser Richtung habe das Landgericht noch nähere Feststellungen zu treffen.

Von einer grenzenlos gemeinen Gesinnung zeugte nach dem Aussprache des Vorsitzenden der dritten Strafkammer des Landgerichts I die Handlungsweise des Beckmeisters Robert Schulze, welcher beschuldigt war, seinen Mitangeklagten, den Schlosser Friedrich Röbes zur Abgabe einer wesentlich falschen eidesstattlichen Versicherung angehetzt zu haben. Es wurde durch die Verhandlung folgender Thatbestand festgestellt: Schulze, ein wegen Rotzucht und anderer schlimmer Thaten mehrfach verurteilter Mann, hatte vor einigen Jahren Stellung bei einer Goldschmied-Fabrik gefunden. Im verflorenen Frühjahr verließ ihn seine Ehefrau, weil sie von ihm schlecht behandelt wurde. Der Angeklagte nahm sich nun eine Witwensfrau an, zu der er bald in intime Beziehungen trat. Die Folgen dieses Verhältnisses blieben nicht aus. Die Witwensfrau mußte den Angeklagten zur Anerkennung der Vaterpflicht gerichtlich zwingen und erzwirkte einen Gerichtsbeschuß, wonach Schulze einen Kostenvorschuß von 150 M. zu hinterlegen hatte. Am Tage nach der Zustellung nahm Schulze den Mitangeklagten Röbes, der ihm unterstellt und von ihm abhängig war, mit in eine Schankwirtschaft und spendete ihm Schnaps und Bier. Sodann erzählte er ihm, in welcher Rolle er sich befände, und schloß mit der Bemerkung: „Wenn ich nur jemand hätte, der mir eine eidesstattliche Erklärung ausstelle, daß er auch mit meiner Witwensfrau Umgang gepflogen, dann wäre mir geholfen.“ Röbes erwiderte ihm darauf, daß er bereit sei, ihm diesen Freundschaftsdiens-

In leisten. Durch weiteres Zureden Schulze ließ Möbes sich dann herbei, das Schriftstück anzusehen, welches Schulze dann an das Gericht einschickte. Die Folge war, daß die Wirtshausbesitzerin mit ihrer Klage abgewiesen wurde. Aber die Nachsicht seiner Ehefrau spielte dem Angeklagten Schulze einen bösen Streich. Sie legte sich mit der Wirtshausbesitzerin in Verbindung und erfuhr, daß die eidesstattliche Versicherung des Möbes falsch sei. Der letztere gab dies schon bei seiner ersten Vernehmung zu und ebenso, daß er die Strafbarkeit seiner Handlungsweise gekannt habe. Aber er habe dem Schulze, der ihn sonst wohl entlassen haben würde, gern gefällig sein wollen. Schulze habe ihm vorgehalten, daß die Sache ja gar nicht so schlimm wäre, würde die eidesstattliche Versicherung angezweifelt, so habe Möbes einfach den Beweis der Wahrheit anzutreten und zu schwören. Der Angeklagte Schulze behauptete, daß Möbes sich aus eigenem Antriebe zur Ausstellung der Urkunde erboten habe, er selbst habe auch annehmen müssen, daß der Inhalt der Urkunde der Wahrheit entsprach. Für die letztere Behauptung ergab die Beweisaufnahme auch nicht die geringste Grundlage. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten Schulze zu anderthalb Jahren Gefängnis, wovon drei Monate durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden, Möbes zu 6 Monaten Gefängnis.

Ein Niddorfer Messerstecher, der 22jährige Artill Paul Wogan, wurde gestern von der I. Strafkammer des Landgerichts II zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte in der Nacht zum 2. November d. J. zwei junge Leute, mit denen er in Streit geraten war, arg durch Messerstiche zugerichtet.

In der humanistischen Gemeinde, Niederwallstr. 12, in der Aula der Friedrich-Werderischen Ober- u. Realschule hält am ersten Neujahrstage, vormittags 10 1/2 Uhr, Herr Dr. Rudolf Kersch einen Vortrag über: „Etwas im Heilichen.“ Damen und Herren haben freien Zutritt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

H. K. Das läßt sich von hier aus nicht beurteilen. Es kommt auf das Alter und die Art an. Näheres könnten Sie vielleicht durch einen Händler oder Spezialliebhaber in Erfahrung bringen.

V. S. Die Namen der Betroffenen sind nur in Reichstagskreisen bekannt.

C. S. Ein Weiterleben wäre für Sie völlig zwecklos, da Ihnen nicht neben der Invalidenrente eine Altersrente bewilligt werden kann. — **H. 7. 99.** 1. Nach streitiger Ansicht: ja. 2. Ja. — **H. 6. 66.** Der Abzug für die Forderung ist unzulässig, berechtigt der Abzug für Invaliditäts- und Krankentafeln. — **H. Jacinthe.** Sie sind im Irrtum. Ihre Veranlassung zur Berufsgenossenschaft scheint den gesetzlichen Vorschriften zu entsprechen. Sie können sich mit dem Erzeugen um Entschädigung an das Reichs-Versicherungsamte in Berlin wenden. — **J. M. 61.** Weiber ja. — **E. 2.** Sie sind zur Zahlung nach Maßgabe des Urteils verpflichtet. — **H. 2. 1000.** Nach Ihrer Schilderung des Sachverhalts wäre die Bewandlung ausfindig. Sie hätten die Rente hinterlegen sollen. — **P. 6. 1.** Rein. 2. Sie müssen zum Termin erscheinen. — **H. 196.** Sie sind im Irrtum. Da im Mietvertrag unterlassen ist festzusetzen, um welche Zeit die Mietezeit verlängert sein soll, so gilt er als auf unbestimmte Zeit, also auf je ein Vierteljahr verlängert. Mit Ihnen nicht bis am 29. Dezember gefällig, so gilt der Vertrag also, falls Sie nicht etwas anderes vereinbaren, bis zum 1. Juli. Die bloße Steigerung ist keine Kündigung und kann nicht mit Rechtswirkung einseitig durch den Vorkauf erfolgen. — **G. 5. 50.** Rein. — **Grol.** Ein solches Recht stünde, falls der Sohn die Erbschaft ausschlägt, der Vorkauf nicht zu. — **H. M. 30.** Strafantrag wegen Beleidigung ist innerhalb drei Monaten nach Kenntnis der Beleidigung zu stellen. Die Antragsfrist beträgt also drei Monate, die Beleidigung selbst verjährt in fünf Jahren. — **P. 21. 33.** Ja. — **M. 2. 3. 1.** In der Regel: nein. 2. Eine Ehefrau wird von dem Ehemann und ihren Kindern herab. 3. Ja. 4. Rein. 5. Rein. — **Z. 23. 2.** Eine Verpflichtung, an jedweden Speisen oder Getränken zu partizipieren, besteht für einen Gast nicht. In der Art der Miete, das zu thun,

kann eine Beleidigung liegen. — **D. S. C.** Bezug liegt in dem vom Ihnen geschiedenen Verhalten nicht. Gegen die Errichtung einer Erbbedingung kann in der aus der amtlichen Bekanntmachung ersichtlichen Weise Einspruch erhoben werden, gegen die Beilegung nicht. — **Z. 20.** Rein. — **P. 2. 5.** 1. Ja. 2. In den Regalrat, Bureau für Versicherungsfragen, Verletr. 24. — **P. 7. 100.** 1. In einer angemessenen Zeit muß man die Wohnung befristet lassen. Als angemessen gilt die im Vertrage vereinbarte Zeit und falls es an einer solchen fehlt, die vom Mieter als angemessen erachtete Zeit. Für Berlin pfeilt 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags als angemessen zu gelten. 2. Rein. — **C. 2. 39.** Wenn Sie Anlaß zu einem Verdacht haben, daß die Ihnen gemachten Mitteilungen nicht zutreffen, so können Sie bei der Staatsanwaltschaft Ihre Verdachtsgründe mitteilen und amtliche Untersuchung beantragen. Soweit ersichtlich, liegt zu einem Verdacht kein Grund vor. — **H. M. 1-3.** Ein Ehemann kann — ohne eine Bartezeit bedingungslos zu müssen — sofort nach rechtskräftig geschiedener Ehe abermals heiraten. Die rechtskräftige Scheidung hat er dem Standesbeamten nachzuweisen. In diesem Bezug hat er das mit Rechtskraft-Wert verlebene Urteil (das er durch seinen Anwalt erwirken lassen kann) vorzulegen. 4. Nur über Streitigkeiten zwischen geschiedenen Eheleuten, insbesondere hinsichtlich des Vermögens mit dem Kinde, entscheidet das Amtsgericht, an das sich der Ehemann wendet, wenn eine gültige Einigung unzulässig ist. 5. Die Bewilligung des Vermögens in einem Prozess ist keine Armenunterstützung und bleibt auf das Recht ohne Einfluß. — **H. 2. 24.** In der Regel: ja. — **C. 2. 100.** Kündigung ist an jedem Tage zulässig. — **G. 2. 101.** Ja. — **H. 2. 88.** Der Handlungsgehilfe behält nach § 63 des Handelsgesetzbuchs seinen Anspruch auf Gehalt auf die Dauer bis sechs Wochen, wenn er durch unverschuldetes Unglück an der Leistung seiner Dienste verhindert ist. In Ihrem Fall würde die Pension Unverschuldetheit nicht anerkennen: Ihnen hand dem Tage der Kündigung auf kein Gehalt zu. — **Möhlen 32.** Die Altersrente und die Invalidenrente werden nach bestimmten Grundlagen festgesetzt, können demnach auch nicht erhöht werden. Da Sie wegen Invalidität rentenbezugsberechtigt sind, so sind Sie nicht mehr rückpflichtig. Während des Bezuges von Invalidenrente ruht der Anspruch auf Altersrente. — **H. 2.** Eine Klage wäre leider völlig ausgeschlossen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 30. Dezember.
Anfang 7 Uhr:
Cyberhaus. Der Ring des Nibelungen. Zweiter Abend: Die Walküre. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schanzplatz. Die Jungfrau von Orleans.
Deutsches. Der arme Heinrich. Berliner. Maria und Magdalena. Lesing. Der blinde Passagier. Central. Madame Sherry. Neues. Pastor Hansen. Heidenz. Die beiden Schützen. Westen. Die Nibin. Thalia. Die bösen Mädchen.
Anfang 8 Uhr:
Schiller. O. (Wallner-Theater.) Renaissance.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Jugendfreunde.
Belle Alliance-Theater. Cupido u. Co. Am Telefon.
Carl Weiss. Die letzten Tage der Antillen.
Luisen. Der richtige Schwiegersohn. Casino. Moderne Frauen.
Metropol. Die zwölf Frauen des Japhet.
Apollo. Rakris Hochzeit.
Bunte Theater. Epidemie. — Liebesold.
Kleines. Erdgeist.
Walst. Der Dorfbarbier.
Trianon. Die Liebeskugel.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Stiehl. Spezialitäten.
Passage Theater. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubensir. 48/49.
Das Land Tirol.
Invalidenstrasse 57/62. Täglich geöffnet von 7—11 Uhr.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
Nachm. 4 Uhr zu kleinen Preisen:
Die deutsche Ostseeküste.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstrasse 165.
Weihnachts-Ausstellung
in reizenden Überraschungen für die Kinderwelt wie für Erwachsene!
Kasperle-Theater. Lebende Bilder. Grosses Konzert.

Passage-Theater.
Anfang: Sonntags 3 Uhr. Wochent. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Dienstag:
Vorletzter Tag
des Elite-Fest-Programms.
Am Mittwoch: Letzter Tag.
Liane Leischner
in ihrem Repertoire.
Bajerri als Beethoven
Kinematograph.
Krupps Leichenzug.
14 erstklassige Nummern.

Belle Alliance-Theater.
Heute u. folgende Tage: Anf. 7 1/2 Uhr.
Cupido & Co.
Schwan mit Gel. u. Tanz in 3 Akten.
Dienstag:
Am Telephon.
Drama in zwei Aufzügen.

Apollo-Theater.
Von 8—9 Uhr: Spezialitäten.
Um 9 Uhr: **Nakiris Hochzeit.**
Ausstattung: Operette u. Paul Linde. Reffen-Eröffnung 7 Uhr.
Am 1. Januar nachmittags 3 Uhr:
Frau Luna. Ermöglichte Preise.
Vorher: Erstklassige Spezialitäten.

Metropol-Theater.
Heute und die folgenden Tage:
Die 12 Frauen des Japhet.
Vaudeville in 3 Akten von Mars u. Desvallières. Lieder und Text von Julius Freund. Musik von Victor Holländer.
Zwei grosse Balletts.
Emil Thomas u. G. Josef Josephi, Henry Bender, Hermann Haak.
Mittwoch, 31. Dezember:
Grosse Silvester-Feier
verbunden mit **Tanz-Kränzchen.**
Alles andre besagen die Plakate an den Anschlag-säulen.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Sonnabend, den 2. Januar:
Zum erstenmal!
Neuestes! Allerneuestes!
Dramat. Revue v. Jul. Freund. Musik v. Victor Holländer.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Dienstagabend 8 Uhr:
Renaissance.
Lustspiel in 3 Akten von Franz v. Schönthan u. Franz Stoppel-Feld.
Mittwochabend 7 1/2 Uhr:
Jugendfreunde.
Donnerstagnachmittag 3 Uhr:
Jugendfreunde.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Doktor Klaus.

Kleines Theater
(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Erdgeist.
Morgen: **Silvester-Abend.**
Don Carlos auf der Schmiere. Kollegen. Bauernkomödie.

Buntes Theater
Königsplatz 68. Anfang 8 Uhr.
Liebesold. Komödie in 3 Akten von Oskar Métérier. Deutsch von Max Schönan. Vorher: **Aborgläubisch v. Marius.**

Trianon-Theater.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebeskugel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay. Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater.
Lothringer Straße 37.
Das glänzende Special-Programm.
Noch einige Tage: **Corradini.**
9 Uhr: Mit glanz. neuer Ausstattung
Moderne Frauen.
Reue Comedie! Neuer Walzer u. Wochentags 8, Sonntag 7 1/2 Uhr. Sonntagnachm. 4 Uhr: Ehrliche Arbeit.

W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Othello, der Mohr von Venedig.
Mittwoch, den 31. Dezember 1902:
Großer Silvester-Ball. Um 12 Uhr: Punsch-Polonaese mit Ueberraschungen.

Steidl-Theater
an der Friedrichstr.
Täglich 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.
Steidl-Sänger.
(Fritz Steidl, Schouert, Müller, Lipart, Reising, Wehling, Corvius, Haas und Munkel.)
Neu: **Am Weihnachtsabend.**
Lebensbild von Fritz Steidl.
Entrée 50 Pf. (Korperl. 40 Pf.) bei Röhle, Friedrichstr. 115.

Wintergärten
Kolossaler Erfolg:
Geschwister Andersen, Fuss-Equilibriumbristinnen. Mizi-Gizi, Vortrags-Soubrette. Die 3 Harveys, Drahtseilkünstler. Stanley und Wilson, Amerikanisch. Gesangs- u. Instrumental-Akt.
Eine Bojaren-Hochzeit. Russische Gesangs- und Tanz-Szenen. Die Barowskys, Humoristisch-Gymnastische Produktion. Perzina's dressierte Affen. Die 7 Allison, Akrobaten.
Udel-Quartett.
Steig's Motor- und Bicycle-Rennen. franz. Excentric-Tänzerin.
Eugenie Fougere. Catherine Barthe.
Pariser Luft. Ballett-Divertissement.
„Biograph“.

Cirkus Schumann

Dienstag, den 30. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Grosser Parade-Gala-Abend.
12 Nummern. Phänomen. Programm. Um 9 1/2 Uhr:
Das Tagesgespräch von Berlin Looping the Loop.
Die grösste Sensation des XX. Jahrhunderts. Um 9 1/2 Uhr:
Die glänzende Pantomime **Die lustigen Heidelberger.**
Am Mittwoch:
Gr. Silvester-Vorstellung
mit überraschendem Programm. Anfang 7 1/2 Uhr. — Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, 1. Januar 1903:
2 Vorstellungen 2.
Nachmittags: Die reizende Kinder-Pantomime: **Pierrots Weihnachten und Looping the Loop.**

Cirkus Busch.

Dienstag, den 30. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Dahomey.
Elefanten im Urwald-See und auf der Flucht.
Seelöwen.
Etablissement **Buggenhagen** am Moritzplatz.
Heute Dienstag:
Militär-Konzert
Elisabeth G.-Gr.-Reg. No. 3 (Herr Brinkmann).

Albert Marquard

Berlin, Neanderstrasse 26
Weingrosshandlung u. Likörfabrik
empfiehlt zum 101L:
Silvester
Bordeaux-, Rhein- u. Moselweine
feinst. Rum per Ltr. 1,50-5,50
„ Arrak „ 1,50-3,50
„ Cognac „ 1,50-6,00
Burgunder-, Rum- u. Arrak-Punsch per Ltr. 3,00 u. 3,50,
feinen Punsch, Grog- und Glühwein-Extrakt per Ltr. 1,00-2,50.

Café, Restaurant

Sub. **J. Heinisch,**
Dresdenerstr. 128/29.
Ausgabe vieler in- und ausländischer Zeitungen. 2 Billards, Stunde 40 Pf.

Rum

ehr kräftig und von feinstem Aroma per 1/2 Ltr.-Fl. 1,00 bis 5,00.
Punsch und Glühwein, Fl. 75 Pf. bis 4,00.
F. Willumeit,
Alexanderstr. 62. 155322*
Potsdamerstr. 48 (eing. Kurfürstentor).
Skalitzerstr. 135. — Reichensbergerstrasse 87 u. Löwenstr. 12.

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf. Backware

6 Stück für 10 Pf. **Abrechts Bäckereien:**
Wrangeilstraße 9, Strausberger 19, Potsdamerstr. 28, Sauerstr. 2, Warthaller Wälderstr. 2, Stand 222/23, Warthaller Wälderstr., Stand 16/18.

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchhandagen, Leibbinden, Geradschnitten, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Votterstr. 1, Dets- u. Dill-Strantenstrassen Berlin C., 52302*

30. Finen-Strasse 30.

NB. Alle Bruchbänder mit einseitigen Belag, angenehm und weich am Körper.
Kraus- und Blumenbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Strasse 2.

Karpfen-Verkauf.

Silvester den ganzen Tag:
Prima Lausitzer Karpfen
zu billigsten Tages-Preisen.
Um gültigen Jahreschluss bitten (16635) **Frau Radecke,**
Hügenerstraße 22. Hof.
Frische Eis-Karpfen 50 Pf.
Lebende Karpfen 80 Pf.
Hafen 3,00, gepickelt 3,50 M.
Hirschkfleisch 30, 40, 50 Pf.
Gänse, Enten, Gähner.
A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.

Gänsefedern 60 Pf.

er. 2 Pfund (grösere zum Waschen).
Schlafkissen, wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Daunen M. 1,50, küstliche Federkissen M. 2,00, bessere Schafschafdaunen M. 2,50, 3,00, beste Schafschafdaunen M. 3,50, russische Daunen M. 3,50, weiße böhm. Daunen M. 5,00, ge-reinigte Federn M. 1,50, 2,00, 2,50. Prima gefüllene M. 3,00, 3,50. Versandt gegen Nachnahme. Berlin S., Pringelstr. 46a.
Erst- u. Zweitklassige Federkissen.
Vertrieb, Dils Anstaltsausführung.

Dr. Schünemann,

Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/3, 1/6-1/8, Sont. 9-11.

Für 20 Mark

fertige, wer selbst Stoff hat, Angut nach Maß mit Futter. **Weyer, Rosenhallerstr. 67.** Amt III 8024.

Dr. Simmel, Str. 41.

Spezialarzt für 150/11* **Haut- und Harnleiden.**
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Achtung!

Besten Stoff- u. Lederhosen a 3 Paar 56002*
nur Pallasadenstrasse, Hofensfabrik zur roten 7.

Cotillon de Paris.

Silvester-Scherze.
Vereins-Artikel.
Kommandantenstr. 62.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten
bleibt die traurige Nachricht, daß
unser lieb. Sohn, Bruder, Schwager,
Onkel und Neffe, der Schlosser
Karl Rollnke
am 27. d. M., abends 10 Uhr, im
Alter von 22 Jahren nach kurzem,
aber schwerem Krankenlager ver-
storben ist. Die Beerdigung findet
am 1. Januar 1903, nachm. 3 Uhr,
von der Leichenhalle der Damm-
fahrts-Gemeinde (Nieder-Schön-
hausen) aus statt. 16826
Um stille Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Hiermit zur traurigen Nachricht,
daß mein lieber Mann, unser
guter Vater, Bruder und Schwager,
der Cigarrenfabrikant
Hermann Steinicke
heute morgen 4 1/2 Uhr an Gehirn-
schlag und Herzlähmung plötzlich
verstorben ist. Um stille Teilnahme
bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 1. Januar, nach-
mittags 9 Uhr, vom Trauer-
hause Vorfigstr. 28 nach dem
Golgsackerhof in der Varjus-
straße statt. 12705

**Arbeiter-Gesang-Verein
„Nord“.**
Der Mitglieder bleibt zur
traurigen Nachricht, daß unser
langjähriges Mitglied und Mit-
glied des Vereins
Hermann Steinicke
plötzlich verstorben ist.
12715 Der Vorstand.
Die Mitglieder werden ersucht,
zur Beerdigung pünktlich zu er-
scheinen.

Centralverband d. Töpfer.
Todes-Anzeige.
Am 28. d. M. verstarb plötzlich
unser Mitglied
August Eichstädt.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 30. d. M., nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des Elisabeth-Kirchhofes in
der Prinzen-Allee aus statt.
Hochzeitliche Beteiligung erachtet
206/18 Der Vorstand.

Eage dem Personal der Firma Max
Lichtwitz bei der Beerdigung meines
Vaters noch herzlichsten Dank.
12995 **Richard Kuhlke.**
Für die vielen Beweise der Teil-
nahme und die reichen Kranzpenden
am Grabe meines unvergesslichen
Vaters sage allen Teilnehmern
meinen herzlichsten Dank.
12805 **Karl Melcher.**

**Allgem. Familien-Sterbekasse
zu Berlin.**
Sonntag, den 4. Januar 1903,
vormittags 9 Uhr,
im Lokal des Herrn Dieke,
Hofstr. 123:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Halbjähriger Kassendbericht. 2. Be-
schlußfassung und Annahme der neuen
Satzung. 3. Verschiedenes.
Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung
des Quittungsbuches gestattet.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
12965 **Der Vorstand.**
V. V.: Aug. Acker, Vorsitzender,
Schulzenhofstr. 6, IV.

**Verein zur Wahrung d. Interessen
der Maurer Berlins u. Umg.**
Am 25. d. M. starb unser
Mitglied
Emil Petermann.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 31. d. M., nach-
mittags 4 Uhr von der Leichen-
halle des Nikolai-Kirchhofes, vor
dem Prenzlauer Thor, statt.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

**Verein zur Wahrung d. Interessen
der Maurer Berlins u. Umg.**
Am 10. November schied unser
Kollege
Hermann Böttcher
freiwillig aus dem Leben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
den 30. Dezember, nachmittags
3 Uhr, von der Leichenhalle des
Gethsemane-Kirchhofes Nordend-
Nieder-Schönhausen, statt.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

**Punsch-Extrakte
Rum - Arrak - Cognac
Weine etc.**
Leo Blau,
Prinzenstr. 74. [165L]

**Gefahren für
Müllersche
Kraft-Rotwein**
Für 500 Mark werden alle
Bottle Rotwein
die im Jahre 1902
aus dem Fabrikat
ausgeführt sind
zurückgenommen
und die Käufer
werden ersucht,
ihre Flaschen
mit dem
Kaufpreis
zu den
Fabrikanten
zurückzugeben.
Werthvolles
Ingenieur-
Schriftchen.



Professor: „Für Kräftigung Ihrer
Gesundheit empfehle ich Ihnen den
feurig süßen
**Santa Lucia
Kraft-Rotwein,**
derselbe schmeckt ausgezeichnet und
ist der häufigsten Kontrolle des
Laboratoriums des Gerichtsmedizins
Dr. G. Bisschhoff unterstellt.“
Fl. 1.50 u. 2.00 M.
Ausschlag in Apotheken, Droguen- und
Deifatehgeschäften.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Sonntag, den 4. Januar 1903:
Kammermusik - Abend
im Gewerkschaftshause (großer Saal).
Moderne Kompositionen. - Gesang. - Recitationen.
Anfang präc. 6 Uhr. Entree 50 Pf. Tanz frei.
Billets im Cigarrengeschäft, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 und
Zimmer No. 11. 99/1

**Pfannkuchen
Gratis!**
Am 30. und 31. Dezember geben
wir bei einem Gesamt-Einkauf von
3⁰⁰ 4⁵⁰ 6⁰⁰
1 1 1/2 2 Dtzd.
Pfannkuchen gratis!
Beim Bezahlen bitten an der Kasse
einen Bon zu verlangen. [168L]
Lachmann & Scholz
Turmstrasse 76.

**Das Kleine
Berliner Adreßbuch**
nebst großem Plan ist erschienen.
Bis 31. Dezember 1902 noch Mk. 1.—
Expedition:
Anhaltstrasse 14 (im Laden).
Vom 1. Januar 1903 Mk. 1.50
ebenda und in allen Buchhandlungen und sonst kenntlich
gemachten Verkaufsstellen. [164L]

Partei-Expeditionen:
Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Berger, Willenwalder-
straße 30, a. part. - Dritter Wahlkreis: St. Fröh, Brünnstr. 31,
Dof rechts part. - Vierter Wahlkreis O.: Robert Engels, Or.
Kantfurterstr. 133, Hof part. - SO.: Paul Böhm, Kautzbergstr. 14/15
(Laden). - Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Hübner,
Salzweberstr. 8, im Laden. - Wedding und Oranienburger
Vorstadt: Emil Stolzenburg, Hohenstr. 41/42. - Rosen-
thaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost
und West), Wilhelmsruh und Schönholz: Hermann Rastke,
Brannenstr. 33, Hof part. I. - Schönhauser Vorstadt: Karl
Rars, Kautzbergstr. 13/14. - Charlottenburg: Gustav Schorn-
berg, Felsenstr. 133, Hof part. I. - Deutscher-
Wilmersdorf: W. Widel, Ullrichstr. 108, part. - Friedrichs-
berg-Friedrichsfelde-Wilhelmsb.-Hohenschönhausen:
Oswald Grauer, Berlin O., Frankfurter Allee 197. - Grünau:
Gustav Meyer, Adenauerstr. 21. - Rixdorf: O. Hermann, Göt-
terstr. 6. - Schöneberg: W. Bäumler, Martin-Lutherstr. 51, Laden.
- Ober-Schöneberg: Richard Juri, Edl. Hofstr. 4, vorn 2 Tr.
- Nieder-Schöneberg: Bonafossin, Berlinstr. 8. -
Johannisthal: Paul Rann, Bismarckstr. 7. - Adlershof:
Gustav Gibe, Gadenbergstr. 8. - Köpenick: Friedrich Woid-
schütz, 29. - Friedenau-Steglitz: H. Bernice, Kirchstr. 15
in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: H. Mohr,
Doppelstr. 8, und Fr. Schellhase, Hornstr. 15a. - Baumschulen-
weg: St. d. Gr. II. - Neu-Weissensee: Joseph Klein,
Friedrichstr. 38, Gde. Straßstr. - Rummelsburg: Forstner,
Prinz-Albertstr. 5a. - Pankow: S. Rummert, Rosastr. 43.
Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen
Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für
den „Vorwärts“ entgegengenommen.
Bitte ausschneiden.

Rum No. 3 Façon
ca. 50 Proz. stark, a Literflasche 1,10 M., 10 Literfl. 10 M. inkl.
Jamaica-Rum
echt und echt Verschnitt
a Literfl. 1,60, 2,10, 2,50, 3,10, 4,50. 10 Fl. 10 Pf. billiger.
Glühwein-Extrakt
hochfein im Geschmack
a Literfl. M. 1,30. 10 Fl. M. 12,- inkl.
Deutscher Cognac
angenehm, mild im Geschmack
a Literfl. M. 2,10, 2,50, 3,-
Eugen Neumann & Co.
Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV No. 9676. Genthinerstrasse 29.
Wilsnackerstr. 25. Schöneberg, Hauptstr. 129. Stralauerstr. 56.
Steglitz, Albrechtstrasse 18.
Niederlagen:
Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 45.
Grüner Weg 60. Elsasserstr. 71. Putzuserstr. 35.
5884L*

Silvester-Punsch
von Rum, Arac, Glühwein, a Fl. 2,- und 1,- Mk.
Sherry u. Schlummer-Punsch a Fl. 2,50 und 1,25 Mk.
Ananas, Burgunder-Punsch a Fl. 3,- u. 1/2 Fl. 1,50 Mk.
Bowlen-Mosel, Bowlen-Extrakte, Tischweine
empfehlen und versendet in bekannt ausgezeichneter Qualität
Georg Andree, Berlin C., Prenzlauerstr. 1-2.
Man verlange Preisliste!
**Herren-
Wochen, elegante Ausfertigung,
geringe Teilzahlung.**
J. Kurzberg,
Neue Königstr. 47 II.,
am Alexanderplatz.
Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
**Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.**
Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1.4-7.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Nur das erste Wort frei. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt. **Kleine Anzeigen.** Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, part. 437*
Tiefjährige elegante Herren-
Anzüge und Paletots aus den modernsten
Stoffen in guter Verarbeitung und
Zufaben von 18 bis 45 Mark.
Julius Lindenbaum, Große Frank-
furterstraße 141, Gde. Friedrichstr.
Vorjährige elegante Herren-
Winterpaletots und Anzüge aus
leinsten Stoffen 25 bis 40 Mark.
Verkauf Sonnabend und Sonntag.
Berlindhaus Germania, Unter den
Eichen 21. 13078*
**Winterpaletots, Anzüge, Cappen,
Hosen, fertige und nach Maß.** Große
Frankfurterstraße 16, August Wälsch.
**Winterpaletots, Anzüge, Re-
monteurarbeiten** Spottbillig Leihhaus,
Reanderstraße 6. 53/10*
(20.) - Gardinenhaus Bernhard
Sawatzki: Nur Wallstraße!
Steggeden Spottbillig, Fabrik
Hainstraße 20. 492*
Garder Samarienvoller 4,00 an,
Baldvogel, Bogelbauer, Gländer,
größte Auswahl, Schnelle, Große
Frankfurterstraße 13. 10585
Kanarienvogel verkauft Geldler,
Hofstraße 87, vorn II. 497*
Kanarienvogel, prima Incht-
weibchen, große Auswahl, Groß-
händler verkauft Krebs, Adenauer-
straße 154a. 12445
Verantwortlicher Redakteur:

**Mingischäden, Bobbin, Schnei-
näher, ohne Anzählung, Höhe 1,00,
gebrauchte labellos, Spottbillig Ad-
m. Hofstraße 60/61, Landsberger-
straße 82. 498***

Teppiche! (selberhalte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes im
Teppichlager Bräun, Gadenhof
Markt 4, Bahnhof Böse. 119/5*

**Teppiche, Betten, Steppdecken,
Gardinen, Spiegel, Regulatoren,
Rostmöbel, Stühle** Spottbillig Leih-
haus Reanderstraße 6. Teilzahlungen
gestattet. 53/10*

Teppiche mit Gardinen Fabrik-
niederlage Große Frankfurterstraße 9,
part. 437*

**Goldwaren, Spottbillig, Rantuffel-
straße 76, part. 10905***

**Goldene Repetieruhren, Ketten,
Spottbillig Leihhaus Reanderstraße 6.**

**Strickmaschinen, auch Teil-
zahlungen, Seebred, Engel-Ufer 20.**

**Dringmaschinen auf Absatzung,
ohne Anzählung, Beckmann, Gollnow-
straße 26, nahe der Landsberger-
straße. 13888***

**Nähmaschinen, Langschläger,
12 Mark, Wheeler-Wilson 8 Mark,
Beckmann, Gollnowstraße 26 nahe der
Landsbergerstraße. 13868***

Nähmaschinen kaufen Sie nur
beim Kaufmann am zweckmäßigsten.
Passende Geschenke von 25 Mark an.
Labellos: Mingischäden, Bobbin-Schnei-
näher, bequeme Teilzahlung mögert-
lich und monatlich, Reparaturen billig,
adgemäss. Diese, Kaufmann, Näh-
maschinen - Specialgeschäft, Brunnen-
straße 119. 14484*

Kretschmanns geruchloser Pe-
troleumleucht „Vetra“ ohne Docht,
transportable geruchlose Petroleum-
leuchten, Lindenstraße 37. 11015*

Händler! Neujahrskarten Spott-
billig Centrallager Kollentierstraße 21.

Steggeden Spottbillig Fabrik Große
Frankfurterstraße 9, part. 437*

**Nähmaschine, Nähle bis 10 Mark,
wer auf Teilzahlung Nähmaschinen
kauft oder nachweist Karte erheben.
Deutscher, Warshauerstraße 64. 744***

**Kleiderpinsel, Seife, Aft, Billig
Rantuffelstraße 77, Hof. 1278***

Edelifikation, Restauration so-
fort verlässlich, Altes Geschäft, Aus-
kunft Beustelstraße 24, Restaurant. *

**Kartenhändler! Neujahrskarten,
Papier in Klappen** Spottbillig Central-
lager Kollentierstraße 21. 11505*

Veitjährige Herrmann, Winter-
paletots, hochvernehme, aus leinsten
Rahstoffen heranziehend, 18-38, Wein-
felder 7-11 Mark, Deutsches Ver-
sandshaus, Hagerstraße 63 I. 12615*

**Mischelsofa oder Plüschsofa, noch
neu, unbeschädigt, Spinde, Bett-
stellen** bringen verlässlich, Fried-
straße 131 a, vorn 4. Etage links.

Wittschulte Stadlerstraße 116a,
monatlich 4,00. 11625

Kostenfreie zahnrückliche Behand-
lung, Zahnziehen, Zahnärztliche Poli-
klinik, Gausstraße 1a. 11328*

Kunstoperier von Jean Kolodis,
Steinwegstraße 48, Quergebäude
hochpart. 437*

Metallbruch aller Art kaufst Pro-
deria, Oppenheimerstraße 16. 419*

Kanarienvogel, Weißchen kaufst
jeden Posten, Preisangabe, Schnelle,
Große Frankfurterstraße 13. 14448*

Dissektion! Wer sich über die
verlorenen Gewissheit unserer Zeit
unterricht will, verlange die Flug-
blätter des Weltbundes gegen Dis-
sektion, welche unentgeltlich versendet
werden vom Berliner Ärzteverein,
Königsgrünerstraße 108. Um gütigen
Widerspruch gebeten. 1615*

Vereinszimmer neu, alle Holz-
straße 69. 12788*

**Vereinszimmer, vier, alle Holz-
straße 119. 13908***

Vereinszimmer zu vergeben,
Kochhammer Stangenbier, Franke,
Boulevardstraße 8. 440*

**Rechtbureau, Prozessbeilagen,
Eingabengutsche, Verteilung, Haft,
Gemeindefälle** vierzig. 12775*

Genossen, Masken verleiht, auch
außerhalb, von 1 Mark an Bekleid.,
Kleine Andreasstraße 12. 444*

Rechtbureau Grüner Weg vier-
undneunzig (Andreasplatz), Gerichts-
bestand, Eingabengutsche, Ver-
teilung. 12695*

Fahrradgesch. Kapfaff, Schön-
hauser Allee 163a. 12673*

Vermietungen.
Wohnungen.
Rummelsburg, Rantuffelstraße 38,
sodort 1, 2, 3 Zimmern mit Küche
und Zubehör billig zu vermieten. *

Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle bei Fr. Hinz,
Campdenstraße 3, Quergebäude I.
Möblierte Schlafstelle, Herren,
vermietet Waldemarstraße 26, vorn II,
Schüler. 12765
Schlafstelle, separat, Hüllerstraße
Nr. 124, Hof III rechts. 13045
**Schlafstelle, separat, Hüller-
straße 18, Hof III rechts. 12665**
Ungevierte feuchtmäßig möblierte
Schlafstelle für 1 oder 2 Herren,
Gernie, Naumnitzstraße 90, III vorn.
**Prendliche Schlafstelle, allein, bei
Ulrich, Zimmernstraße 36. 470**

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Zuvalder Buchdrucker, 41 Jahre,
welcher nur Zuvaldentreue bezieht,
bietet um Verwendung schriftlicher Be-
weisen. Seher, Adalbertstraße 40, bei
Schmidt.
Buchdrucker und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Stellenangebote.
Tüchtige Schlosser für Schaufenster-
Ausbauten und Schaufelisen, nur
solche, sofort verlangt N, Tramm-
straße 16. 12745
Tüchtige Messingformier für Gas-
und Wasserleitungsarbeiten sofort
verlangt, Gladenbeds Bronzegießerei,
Friedrichshagen, Seelstraße 126. 112625
Goldputzer erhalten gegen
20 Pfennige Muster eines leicht abzu-
gebenden 50 Pfennig-Schriftchens vom
Berliner Julius Thienhäger,
Berlin S 14. 14016
Gebüder Säulenanmaher ver-
langt, Feder, Brinckenstraße 32.
Tascher und Modarbeiterinnen ver-
langt Kaufherrstraße 23 I. 12765
Wollhütterin, Rinderröde ver-
langt Galdenpfennig, Galden Ufer 21.
**Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.**
Achtung, Holzarbeiter!
Geldwert sind folgende Werkstätten
für Tischler, Einleger, Wäschin-
arbeiter und Polierer:
Gimmetz, Diefenbacherstr. 33.
Luz u. Engelbrecht, Galden Ufer.
Doge, Rantuffelstr. 8.
Barnier, Rantuffelstr. 52 (Gemeindehof).
Schubert, Kautzbergstr. 10.
Bauschler, K. Walter, Hofsteiner-
Ufer 15/16.
Die Erbsenverwaltung.

Lokales.

Die städtischen Heimstätten für Genußende

sind in diesem Jahre um eine fünfte vermehrt worden und werden in absehbarer Zeit eine weitere Vermehrung um eine sechste erfahren. Im Sommer ist Schloß Gütergog als Heimstätte für brustkranke Männer eingerichtet worden, sodas die bisher für Männer benutzte Heimstätte Malchow mit brustkranken Frauen belegt werden konnte, und in Ruch geht eine neue Heimstätte für brustkranke Männer ihrer Vollendung entgegen. Wie notwendig diese Vermehrung der Heimstätten war, das haben wir seit Jahren wiederholt gezeigt, und es wird auch durch den jetzt vom Magistrat veröffentlichten Bericht über die Verwaltung der Heimstätten im Staatsjahr 1901/02 aufs neue erwiesen. In dem genannten Staatsjahr, das mit 31. März 1902 abschloß, mußte man sich noch mit den bisherigen vier Heimstätten begnügen. Zur Verfügung standen in Heinersdorf für gesunde Männer 72 Betten, in Blankenburg für gesunde Frauen 54, in Malchow für brustkranke Männer 88, in Blankenseide für brustkranke Frauen 63, ferner in Blankenburg, Malchow, Blankenseide im Sommer noch eine Parade mit je 16 Betten, überhaupt 277 + 48 = 325 Betten. Verpflegt wurden in Heinersdorf 478 Personen, in Blankenburg 586, in Malchow 753, in Blankenseide 527, überhaupt 2399 Personen. Heinersdorf und Blankenburg waren nur in den Sommermonaten stark besucht, in Malchow und Blankenseide war selbst im Winter selten ein Bett frei. Am schmerzhaftesten war das Mißverhältnis zwischen der Zahl der Aufnahmesuchenden und der Zahl der vorhandenen Plätze früher immer in der Malchower Anstalt für brustkranke Männer gewesen, seit einigen Jahren aber wird Malchow in dieser Beziehung noch von der Blankenseider Anstalt für brustkranke Frauen übertroffen. Die Wartzeit vom Eingang des ärztlichen Attestes bis zur Aufnahme in die Anstalt betrug — wenn abgesehen wird von den Fällen, in denen erst die Kostenübernahme geregelt werden mußte usw. — im Höchstfall für Heinersdorf acht Tage, für Blankenburg 60 Tage, für Malchow 56 Tage, für Blankenseide 100 Tage. Die Zahl der Wartenden stieg im Sommer für Blankenburg bis auf 136, für Malchow bis auf 183, für Blankenseide bis auf 188. (Für Heinersdorf fehlt eine Angabe im Bericht.) In den Sommermonaten hätten ununterbrochen voll belegt sein können noch eine zweite Anstalt wie Blankenburg, eine zweite wie Malchow, eine zweite und dritte wie Blankenseide.

Der „Neue Welt-Kalender“ für das Jahr 1903 ist sowohl in der Buchhandlung Vorwärts sowie auch beim Verleger vergriffen und wird auch nicht mehr nachgedruckt. Dagegen ist in der Buchhandlung Vorwärts noch ein kleiner Rest „Arbeiter-Notizkalender“ zu haben.

Eine städtische Konzeption an die Hausbesitzer? Vor mehreren Wochen hatten wir Veranlassung darauf hinzuweisen, daß seitens der Berliner Hausagrarier von neuem eine Hege gegen diejenigen städtischen Beamten eröffnet ist, die in den Vororten ihren Wohnsitz genommen haben. In einem Organ der Hausbesitzer-Vereine wurden diese Beamten nach Kategorien geordnet aufgeführt, und unter Wechslagen war berechnet, daß die Berliner Hausbesitzer durch das Auswärtswohnen dieser Beamten einen Mietsverlust von circa 650 000 Mark jährlich erleiden. In der neuesten Nummer des „Gemeinde-Blattes“ findet sich nun folgende Belamntmachung des Magistrats:

Es sind wiederholt Gesuche eingegangen, in welchen städtische Beamte die Erlaubnis zum Wohnen außerhalb Berlins beantragt haben, ohne ihren Antrag zu begründen. Mit Rücksicht hierauf weisen wir darauf hin, daß den städtischen Beamten und Lehrern das Wohnen außerhalb Berlins nur gestattet werden kann, wenn die besonderen Verhältnisse des einzelnen Falles eine Ausnahme von der Regel, daß der Beamte an dem Orte seines Amtes zu wohnen hat, gerechtfertigt erscheinen lassen. Es können daher derartige Gesuche nur berücksichtigt werden, wenn sie eingehend begründet sind. Die Gründe sind glaubhaft zu machen. Die Vermutung liegt nahe, daß diese Belamntmachung schon ein Erfolg der hausagrarischen Wählerarbeit ist. Um wie viel empfänglicher zeigt der Magistrat sich doch für solche Eingiftungen als für die zahlreichen Anregungen unserer Genossen im Noten Hause, durch welche die Interessen der breiten Masse der Bevölkerung besser als bisher gewahrt werden sollten! Jedenfalls hat der Magistrat durch diese Belamntmachung sich den lebhaften Dank der Hausbesitzer-Vereine gesichert.

Der Bevölkerungszuwachs Berlins ist im letzten Drittel dieses Jahres, unter dem Einfluß der zahlreichen Herbstzüge, wieder recht beträchtlich gewesen. Das erste und zweite Drittel hatten nur geringen Zuwachs gebracht. Von Januar 1902 bis Ende August war die Bevölkerungszahl unter mehrfachen Schwankungen von 1 901 567 schließlich nur auf 1 904 982 gestiegen, wiewohl diesmal in den Sommermonaten die den Bevölkerungszuwachs sonst stark schmälernde Sterberückfälle ungewöhnlich gering gewesen war. Bis Ende Oktober dagegen stieg die Bevölkerungszahl rasch auf 1 919 927. September und Oktober brachten einen Zugzuwachs von 11 000 Personen, wovon allein auf den Oktober reichlich 9000 kamen, und auch der Geburtenüberschuß war in diesen beiden Monaten recht bedeutend (über 3300). Im November und Dezember war der Zuwachs, wie alljährlich um diese Zeit, wieder weniger groß, aber bis Mitte Dezember erhöhte sich diese Bevölkerungszahl noch den vorläufigen Berechnungen des Berliner Statistischen Amtes doch noch auf 1 926 940, also um volle 7000.

Die Influenza ist uns von dem diesjährigen Winter als unerwünschtes Weihnachtsgeschenk beschieden worden. Zwar hatte sie sich bereits im Oktober und November bemerkbar gemacht und auch vereinzelt schon Todesfälle verursacht, aber sie war doch bis in den Dezember hinein immer noch verhältnismäßig milde aufgetreten. Noch aus den beiden ersten Wochen des Dezember war nur fünfmal bezw. viermal Influenza als Todesursache gemeldet worden. Eine plötzliche und sehr erhebliche Zunahme der Sterblichkeit an Influenza ist erst seit Mitte Dezember eingetreten. Für die Woche vom 14. bis 20. Dezember ergeben die bisher vorliegenden Meldungen, verglichen mit den Meldungen aus der zweiten Dezemberwoche, schon eine Verdoppelung der Zahl der Influenza-Sterbefälle.

Abermals hat die Strafschutz sich mit einem ruhelosen Armenkommissions-Vorhörer beschäftigen müssen. Die Fälle stehen im großen Berlin ja nicht vereinzelt, daß ein zum Mitgliede der Armenkommission ernannter Spielhänger die ihm verliehene Nacht bemißbraucht, um seinen Sinnestrümpfen zu fröhnen. Er hat es ja dazu. Ihm ist es gegeben, ob eine Witwe mit ihren Kindern weiter den Qualen des Hungers ausgeliefert sein soll oder ob ihr ein warmes und nützliches Almosen zu teil werde. Unter solchen Umständen geht eine Arme in jüngeren Jahren nur kopfenden Herzens und noch schwerem inneren Kampf zu dem Mann, der ihr um eines nicht einmal aus seiner Tasche bezahlten Stüd Brotes willen das letzte nehmen kann, was sie besitzt, die Ehre.

Gestern befand sich der Volkserzieher Julius Götting wegen vollendeter und veränderter Mützung auf der Anklagebank. Der Angeklagte ist im Frühjahr dieses Jahres zum Mitglied der

Armenkommission 158 B erwähnt und verurteilt worden und galt somit als mittelbarer Staatsbeamter. Im April wurde ihm vom Armenkommissions-Vorhörer der Auftrag, sich nach den Verhältnissen einer Witwe V. zu erkundigen, welche um eine Unterstützung in Höhe von 10 M. eingekommen war. Götting stattete der Frau, die er allein in der Wohnung antraf, einen Besuch ab. Nach Erledigung der dienstlichen Angelegenheiten drückte er der Frau ein Marktstück in die Hand und wurde jubelnd begrüßt. Die Frau will es sich lediglich haben gefallen lassen, weil sie befürchtete, sonst die nachgesuchte Unterstützung nicht zu erhalten. Diese wurde ihr dann auch zu teil. Nach kurzer Zeit wiederholte sie ihr Gesuch und wiederum sollte Götting die ausföhlgebenden Ermittlungen vornehmen. Er stattete der Witwe V. zweimal einen Besuch ab, konnte seine unfläuternden Annäherungsversuche aber nicht zur Ausführung bringen, da die Frau ihren zehnjährigen Knaben nicht von ihrer Seite ließ. Nun wurde das Unterstützungsgesuch der Frau abgelehnt, worauf sie gegen Götting Anzeige erstattete. Durch die Verhandlung, die bei verschlossenen Türen stattfand, wurde die Schuld des Angeklagten erwiesen und sein Verhalten vom Staatsanwalt scharf gegetelt. Er beantragte gegen ihn sechs Monate Gefängnis. Der Verteidiger Rechtsanwalt Leopold Reher suchte auszuführen, daß die erste Verurteilung des Angeklagten nicht in amtlicher Eigenschaft begangen und jedenfalls eine mildere Strafe am Plage sei. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen.

Eine milde Sühne, wenn man bedenkt, wie wenig es deutschen Richtern darauf ankommt, in Preßprozessen gegen socialdemokratische Redakteure auf viele Monate Gefängnis zu erkennen, wenn diese Männer im Kampfe für Wahrheit, Freiheit und Ehre sich den Preßprozeß an den Hals geholt haben.

In den städtischen Hebungswerkstätten für Präzisions-Mechaniker, Maschinenbauer und Kunstschlosser (Gewerbestaß, Abteilung V) Strafmannstraße 6 wird Geschäften genannter Berufsarten Gelegenheit gegeben, sich in ihren praktischen Kenntnissen und Fertigkeiten zu vervollkommen und sich müßtergiltige Werkzeuge für den eignen Besitz und Gebrauch, sowie andre Nachgegenstände (Maschinenteile, Apparate, Gesellenstücke etc.) herzustellen. Die Unterrichtsmittel und Werkzeuge werden sämtlich von der Anstalt gestellt. Die Kurse dauern zehn Wochen (circa 450 Arbeitsstunden). Die tägliche Arbeitszeit beginnt früh 7 1/2 Uhr und dauert bis 4 Uhr nachmittags. Beginn der nächsten Unterrichtskurse am 6. Januar. (Spätere Kurse beginnen im April, August und Oktober 1903.) Das Eintrittsgeld beträgt 10 bzw. 20 M. pro Kursus. Näheres ergeben die im Bureau der Anstalt, Strafmannstr. 6, erhältlichen Programme.

Glend im Weihnachten. Der Besuch im städtischen nächtlichen Toback während der Weihnachts-Feiertage war außergewöhnlich groß. An den beiden Feiertagen wurden nicht weniger als 6400 Personen und am letzten Sonntagabend sogar 3354 Personen beiderlei Geschlechts aufgenommen und an diese rund 6500 Stollen, Kaffee usw. verteilt. Inzwischen ist die Frequenz wieder bedeutend gefallen.

Neujahrskarten. Postoffizien wird gefächelt: Die bevorstehende Neujahrzeit stellt eine Hochflut von Glückwünschen und Ansichtskarten in Sicht. Die Schanzen der Papierhandlungen zeigen nach Form und Inhalt die verschiedensten Typen Muster. Manche von ihnen können vor einer Prüfung auf Grund der Bestimmungen der Postordnung bestehen, andre lassen Zweifel über ihre Zulässigkeit zu, eine große Zahl aber wird, wie alljährlich mit dem „Anzulässig“ des Abfertigungsbeamten ihren Zweck verfehlen oder aber, mit Nachsicht versehen, der Freude über den Empfang den bitteren Tropfen der Verzögerung beifügen. Es wird daher zur Zeit allgemeines Interesse haben, wenn wir im Anschluß an die Bestimmungen der Postordnung eine Anzahl Entscheidungen mitteilen, die sich auf wiederholte vorgekommene Fragen von Glückwünschen- und Ansichtskarten beziehen und die daher bei der Prüfung der Sendungen in Bezug auf ihre Zuverlässigkeit von Nutzen sein können.

Nach der Postordnung dürfen die von der Privatindustrie hergestellten Formulare zu Postkarten in Größe, Papierstärke und Form nicht wesentlich von den durch die Post ausgegebenen Formularen abweichen. So sind beispielsweise Postkarten mit erheblich abgerundeten Ecken zur Beförderung gegen die Postartentaxe nicht zugelassen. Dasselbe gilt von Karten mit kleinen ausgestanzten Oeffnungen oder Durchsätzen, die mittels Durchlöcherung hergestellt und darauf mit Fäden ausgefüllt sind, weiter von solchen mit überlebten Schwundlöchern usw. Da Postkarten aus Papier hergestellt sein müssen, sind solche aus Metall und Holz oder anderem Material unzulässig. Unzulässig gegen die Postartentaxe sind auch Karten in Kastenform mit Einschloßvorrichtung, sogenannte Einschloßkarten; ihnen fehlt der Charakter als offener Verbindungsgesegenstand. Auch Wilderdruck und Aufklebungen auf der Rückseite der Formulare sind nur insoweit zulässig, als diese ihre Eigenschaft als offene Karte nicht verlieren. Die ausgelebten Petteil müssen der ganzen Fläche nach aufgelöst sein. Postkarten, die diesen Bestimmungen nicht entsprechen, werden zwar offen befördert, unterliegen aber dem Briefporto.

Gänzlich ungeeignet zur offenen Verwendung sind dagegen Postkarten mit aufgeschlepptem Mineralstaub, Glimmer, Glasplitterchen, Sand, Metallteilchen usw., sowie Postkarten mit Aufschritten, wodurch die Festigkeit der Karte leidet, solche mit angehängten Siegeln aus Stanniol, Karten in Horn von Pierseideln, Flundern und ähnliche. Diese Gegenstände können nur unter Aufsicht gegen Briefporto versendet werden.

Somit Neujahrskarten gegen das Drucksachen-Porto befördert werden sollen, ist es zulässig, handschriftlich eine Widmung hinzuzufügen. Unter Widmung sind jedoch nur solche Neujahrskarten zu verstehen, aus denen klar und deutlich hervorgeht, daß sie lediglich eine Erinnerung bedeuten sollen; z. B.: „Herrn R. R. zur freundschaftlichen Erinnerung“. Handschriftliche Zusätze wie „Mit herzlichem Grusse“, „Mit verbindlichem Danke“ und dergleichen sind für sich allein oder neben der eigentlichen Widmung unzulässig.

Wichtig ist die Ansicht verbreitet, daß auf Ansichtskarten usw., die als Drucksachen frankiert sind, gute Wünsche, Glückwünsche, Dank-sagungen oder andre Höflichkeitserformen mit höchstens fünf beschriebenen Worten oder den üblichen Anfangsbuchstaben wie „v. f. u. G. z. u.“ usw. hinzugefügt werden dürfen. Diese Ansicht ist unzutreffend. Die angeführten schriftlichen Zusätze sind nur bei gedruckten Wunschkarten, nicht auch bei Ansichtskarten zulässig. Die Worte und Buchstaben müssen aber in allgemein verständlichen Schriftzeichen, wozu z. B. stenographische Zeichen nicht gehören, niedergeschrieben sein.

Stadtrat Strauß, der seit längerer Zeit leidend ist, hat dem Magistrat angezeigt, daß er krankheitshalber sein Amt niederlegen müsse. Es ist also schon wieder ein unbeförderter Stadtrat zu wählen.

Ein vierundzwanzigstündiger ununterbrochener Betrieb wird anlässlich der Silvesternacht für die elektrische Ringbahn eingerichtet werden. Nach Beendigung des Tagesdienstes am 31. Dezember wird der Nachtbetrieb dertart erweitert, daß sich die Züge in 15 Minuten-Abständen bis zur Aufnahme des Frühbetriebes am Neujahrstage 5³⁰ morgens folgen. Außerdem wird aus Anlaß der Silvesterfeier auf allen Hauptlinien der Großen Berliner Straßenbahn, auf den die Vororte verbindenden Strecken, so Gesundbrunnen—Strenzberg, Danzigerstraße—Hermannplatz, Danzigerstraße—Schöneberg, Alexanderplatz—Schöneberg und andren Linien ein erweiterter Nachtbetrieb Platz greifen, der nicht vor vier Uhr morgens beendet ist. Auf den in Betracht kommenden Strecken wird die Betriebstrasse demnach etwa eine bis anderthalb Stunden dauern. — Auch

auf der Westlichen und Südlichen Vorortbahn, im Betriebe der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn und der beiden städtischen Straßenbahn-Linien wird für die Silvesternacht durch einen erweiterten Nachtverkehr Rechnung getragen werden. — Im Stadtbahn- und westlichen Vorortsbetrieb werden ebenfalls Sonderzüge über die fahrplanmäßige Zeit hinaus kursieren. Vom Wannsee-Bahnhof wird 1³⁰ nachts ein Zug bis Zehlendorf abgelassen, der um 2³⁰ auf letzter Station eintrifft. Um 2³⁰ früh fährt ein außer-fahrplanmäßiger Zug nach Berlin, Ankunft Wannsee-Bahnhof 2⁴⁵ morgens. Zwischen Berlin und Groß-Lichterfelde-Ost werden zwei Silvester-Sonderzüge nach jeder Richtung verkehren. Abfahrt Potsdamer Bahnhof (Ringbahn) 1³⁰ und 1³⁰ morgens, Abfahrt von Groß-Lichterfelde-Ost 1³⁰ und 2³⁰ morgens, Ankunft in Berlin 1⁴⁰ und 2³⁰ früh.

Der hoffnungsvolle Mörder. Lescauski, der Mörder seiner Tante Frau Widwig, scheint nach den letzten hier eingegangenen Nachrichten durchaus nicht verzweifelt zu sein. Bei seiner letzten Vernehmung vor dem Procurator zu Stalisch sprach er seine Ueberzeugung aus, daß er nach den in Ausland bestehenden Gesetzesbestimmungen nicht ausgeliefert werden könne. In einem Geständnis ist er nicht zu bewegen, jedoch sagt er, daß er erwarte, wenn er vor einem russischen Gerichtshof erscheinen müsse, nicht zum Tode, sondern zur Verbannung nach Sibirien verurteilt zu werden. Die vorliegenden bestehenden Indizien sind aber so schwerwiegend, daß nach Ansicht der hiesigen Behörden eine Verurteilung erfolgen muß. Erst nach Abschluß der Voruntersuchung und Erhebung der Anklage wird die Frage der Auslieferung definitiv durch das Auswärtige Amt zur Entscheidung gebracht werden können.

Für den Bau der dritten und vierten Geleise auf der Bahnstrecke Göttinger Bahnhof—Nieder-Schöneweide sind die Vorarbeiten nunmehr in Angriff genommen worden. Der ständig steigenden Entwicklung der südöstlichen Vororte soll dadurch Rechnung getragen werden, daß ein hoher Bahndamm angelegt wird, durch welchen eine Verbindung der durch den Bahnlörper zerstückelten Ortsteile durch Straßenunterführungen ermöglicht wird. Es werden jetzt die erforderlichen Brücken innerhalb der zukünftigen Bahntrasse hergestellt. Mit der Aufschüttung des Bahndammes wird im nächsten Frühjahr begonnen. Nach Fertigstellung und Inbetriebnahme der neuen Strecke wird auch die alte Bahnlinie in gleicher Weise erhöht werden.

In der Ballschleife am Grabowsee ist der Weihnachtsabend in würdiger Weise begangen worden. Ein Parteinoffizier aus dem sechsten Berliner Bataillon, der als Gruppenleiter sich zur Zeit dort aufhält, schreibt uns: Die Damengruppe vom Noten Kreuz hat ihre mitten im Nieserwalde belegene Anstalt, in der Hunderte von Menschen der Genuß harrten, in ihrer Art lieblich zum Feste hergerichtet. Im großen Speisesaal waren lange weisse Tafeln gedeckt und zur festgelegten Zeit nahmen die Patienten daran Platz. Vor jedem war ein Teller mit Kaffee, Nüssen und Pfefferkuchen aufgestellt und daneben lagen andre nützliche Geschenke, als Hemden, Strümpfe, Unterhosen, Schuhe usw. Mitten im Saal aber stand hellerleuchtet ein prächtig aufgebauhter Christbaum. Sowohl der Chefarzt als seiner Familie als auch die andern Verzte der Anstalt, ebenso die vier Schwestern und das gesamte übrige Personal nahmen an der Feier teil, über der selbstverständlich wenigstens für den Anfang nur der Geist weichenvoller Behmut ausgebreitet sein konnte. Wohl keiner, der nicht an seine Lieben daheim dachte, und dem Auge mehr als eines kranken Proletariats mochten verstofften eiflige Tränen entquellen sein. In kurzer, feuriger Rede wachte der Chefarzt die rechten Worte zu finden: „Ja, weiß wohl“, sagte er, „daß Ihr Herz, Ihre Gedanken bei Frau und Kindern verweilen; um Ihnen aber einen kleinen Ertrag zu schaffen“, hat die große Familie vom Grabowsee sich hier am Weihnachtsabend zusammengelassen.“ Ein hübscher Prolog beschloß den „offiziellen“ Teil der Feier, worauf die Patienten mit Vorträgen crasser und humorvoller Art, ja sogar mit dramatischen Ausführungen kamen. Ein von den Patienten gelungenes Lied hatte folgende hübsche Strophen: Und ist verlobt der Richterlang — Verlobt des Festes Spur — Dann widmen wir uns wieder ganz — Der schönen Liegeur — Damit sie gute Früchte trage — Die Krankheit ganz vergeh — Und bald die Heilungshunde schlage — Am schönen Grabowsee!

Wegen des Fleisch-Konservierungs-Verfahrens des Dr. Dosquet-Manasse, das in der Hauptsache auf der aseptischen Behandlung des Fleisches unter Verwendung von Salzsäure beruht, macht in der „Allg. Fleisch-Ing.“ Weh. Redigalrat Prof. Viebreich, obgleich er sich mit dem Prinzip einverstanden erklärt, einige nicht unerhebliche Bedenken geltend. Für größere Stücke Fleisch sei das Kochen unzulässig; die Hitze dränge nur sehr langsam in das Fleisch ein und verleihe sich darin nicht gleichmäßig; in großen Stücken Fleisch erreiche trotz mehrstündiger Einwirkung beim Eraten oder Sieden die Temperatur im Innern nie 100 Grad Celsius; selbst in den oberflächlichsten Schichten werde diese Temperatur selten erreicht. Bezüglich der Salzsäure führt Prof. Viebreich aus, eslinge sehr verführerisch, wenn Dr. Dosquet-Manasse anführe, daß die Salzsäure auch im Magen des Menschen gebildet werde; aber die künstliche Salzsäure habe verschiedene Konzentrationen und sei oft sehr unrein; das Manipulieren damit könne bei ungeeigneter Handhabung leicht zu Vergiftungen führen und die Neutralisation sei nicht leicht. Die Anwendung der aseptischen Methode setze jahrelange Schulung voraus und verteuere die Konservierung. Prof. Viebreich wendet sich dann gegen die Angriffe Dr. Dosquets auf die Vorläufer als Fleisch-Konservierungsmittel. Dieser behauptet offenbar die pharmakologische Seite der Frage nicht. Wenn Dr. Dosquet das Ergebnis der Versuche des Prof. Hofmann kritisch innehat, der daraus, daß Fische in 1/2-prozentige Vorläufer gesetzt, nach 1—2 Tagen zu Grunde gingen, den Schluß zieht, Vorläufer sei ein Zellgift, so würden Fische, die man in eine 1/2-prozentige Essigsäure, die kaum nach Essig schmeckt, setze, schon in 3—4 Stunden zu Grunde gehen; man müßte also nach denselben Schlussfolgerungen auch Essigsäure verbieten. Prof. Viebreich erklärt es dann für selbstverständlich, daß man die Neujahrskarten des Dr. Dosquet-Manasse für die Vorläufer nicht weiter in die Wagschale werfen dürfe.

Bahnpolizeibeamte. Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die sämtlichen, im äußeren Dienst der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn befindlichen Bediensteten, welche durch ihre Uniform kenntlich sind, als Bahnpolizeibeamte vereidigt und als solche mit bahnpolizeilichen Befugnissen ausgerüstet sind.

Polizeipräsident v. Windheim hat sich gestern mittag von seinen Beamten verabschiedet. Bekanntlich geht Herr v. Windheim als Regierungspräsident nach Frankfurt a. O.

Eine Kugel in die Schläfe gejagt hat sich gestern Abend ein aus Potsdam gebürtiger 23jähriger junger Mann namens Toni in der Toilette eines Restaurants mit weiblicher Bedienung in der Kronenstr. 12/13. Der schwer Verletzte wurde noch lebend nach der Charité gebracht.

Die dunkle Geschichte, über die wir vorgestern berichteten, ist immer noch nicht ganz aufgeklärt. Der Buchhalter Georg Belger, der am Weidendam aus der Spree gelandet wurde, liegt noch im Krankenhaus, während die Leiche seines angeblichen Begleiters Karl Neubauer noch nicht gefunden ist. Auf Anfrage der hiesigen Polizei befragte die Dresdener die Aussagen Belgers insofern, als in der That ein gewisser Karl Neubauer von dort wegen Meineides und Urkundenfälschung hiedortlich verfolgt wird. Was der Belger mit dieser Angelegenheit zu thun hat, weiß man auch jetzt hier noch nicht; er wird daher auch im Krankenhaus nicht als Polizeigefangener gehalten.

Die bürgermeisterlose Zeit ist zu Ende. Herr Regierungsrat Dr. Reide ist gestern vom Kaiser als zweiter Bürgermeister bestätigt worden.

Beim Billardspielen ist gestern abend der 17 Jahre alte Formerlehrling Albert Haase schwer verunglückt, der in der Triftstraße 1 bei seinen Eltern wohnt. Der junge Mann spielte in einer Wirtshaus unter der Stadt- und Ringbahn in der Lindowerstraße, stolperte, fiel rücklings durch die Fensterscheibe und verletzte sich an den Schenkel, am Gesäß und an den Oberschenkeln so schwer, daß man ihn von der nächsten Unfallstation in ein Krankenhaus bringen mußte.

Schauspieler wollten in der vergangenen Nacht den Ausschlag des Uhrmachers Jael an dem Hause Wilmsdorferstr. 153 zu Charlottenburg plündern. Sie sprengten das Schloß, brachen den Deckel ab, trugen diesen nach der gegenüberliegenden Straßenseite und begnügten sich zunächst mit einer Kleinigkeit, um später das andre zu holen. Straßengänger machten jedoch einen Schutzmännchen auf die Männer aufmerksam. Der Beamte traf zwar die Eindringlinge nicht, er rettete aber den größten Teil vom Inhalt des Schaufensters, indem er ihn in Sicherheit nach der Wache brachte. So fielen den Spitzbuben nur für etwa 20 M. Sachen in die Hände.

Feuerbericht. Eine ganze Reihe von Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Montagabend gegen 6 Uhr wurde sie nach der Friedrichstr. 79a gerufen, wo in einer Wohnung Betten und Körbe Feuer gefangen hatten. Früh 8 Uhr erfolgte in Habels Brauerei, Am Tempelhofer Berg 7/8, eine kleine Explosion, die indes wesentlichen Schaden nicht verursachte. Aus gleichem Grunde wurde vorher die vierte Compagnie nach der Friedrichstr. 97 gerufen, ohne daß sie hier in Thätigkeit zu treten brauchte. Gardinen, Kleidungsstücke u. gingen in der Nacht zum Montag in der Culmstr. 7/8 in einer Schlafstube in Flammen auf, während in der Lüderstr. 7 Möbel durch Feuer beschädigt wurden. In der Köpplerstr. 126 war abends in einer Wattenfabrik Feuer ausgebrochen, dessen Ablösung aber von der zweiten Compagnie in kurzer Zeit erfolgen konnte. Nach dem Grünen Weg 47 wurde die Wehr kurz darauf gerufen, weil hier in einem Cigarrengeschäft ein Brand entstanden war. Außerdem liefen in der Zwischenzeit noch Alarmierungen von der Prinzen-Allee 82, Schönbergerstr. 2, Sophienstr. 6, Vossstr. 23 und von verschiedenen andren Stellen ein. In allen Fällen handelte es sich aber nur um ganz unbedeutende Brände, die ein Eingreifen der Wehr nicht erforderten.

Eine eigenartige Weihnachtsfeier, ein Ueber-über-Dramatiker und Drüber-Brett, veranstaltete am Sonntag die Freireligiöse Gemeinde in Kellers Festsaal. Sämtliche Kammern des sehr reichhaltigen Programms wurden von etwa 80 Kindern der Gemeinde unter persönlicher Leitung des Direktors v. Ungejogen, der als Konferenzleiter fungierte, ausgeführt. Der Stoff der Vorträge war teils aus dem Reiche der Märchen und Fabeln entnommen, teils war er freigeistiger und humoristischer Natur. Der Weihnachts-Parabel, eine Dichtung von Aug. Geib, wurde von einem neunjährigen Knaben recht wirkungsvoll gesprochen. Es folgten dann die einzelnen Vorträge, unter denen auch einige kleine Theaterstücke nicht fehlen durften, so „das Wibelst“, „Die Haune und Nante das Tannenbaum“ und „Die letzten Rekruten“. Auch der Konzert-Schneeliedner war vertreten. Fünfjährige Mädchen brachten das Goldfischchen und das pessimistische Naschenkind zur Darstellung. Gespannt konnte man sein, ob die beiden Leiter der ganzen Veranstaltung, Ad. Hoffmann und E. Schröder nicht zu viel übernommen hatten, indem sie eine Pantomime, „Hans und Gretel's Weihnachtsstraum“, auf das Programm setzten; hatten doch nicht weniger als 50 Kinder hierbei mitzuwirken. Die Erwartung wurde aber durch gelungene Darstellung reichlich belohnt. Mit sichtlichem Eifer hatten sich die Kinder in ihre Rollen hineingelebt. Den Beschluß des Ganzen bildeten in Verbindung mit einer tiefempfundenen Dichtung von Breegang drei lebende Bilder, Weihnachtsen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft veranschaulichend. Den Beschluß des Ganzen bildeten in Verbindung mit einer tiefempfundenen Dichtung von Breegang drei lebende Bilder, Weihnachtsen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft veranschaulichend. Den Beschluß des Ganzen bildeten in Verbindung mit einer tiefempfundenen Dichtung von Breegang drei lebende Bilder, Weihnachtsen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft veranschaulichend.

Aus den Nachbarorten.

In der Steuerfähigkeit der Gemeinden des Kreises Niederbarnim ist in den letzten Jahren eine gewaltige Verschiebung eingetreten, denn die vielen Stadtgemeinden des Kreises sind gegenüber den Vorortgemeinden arg ins Hintertreffen geraten. Der Kreis zählt einschließlich der Stadt- und Gutsbezirke im ganzen 177 Gemeinden, aus denen die hervorstechendsten hier zusammengefaßt sind. Bemerkenswert sei, daß im Jahre 1875 eine Monatsrate der Einkommen- und Maschinensteuer als Kreissteuer erhoben wurde; 1882 wurden schon vier Monatsraten erhoben, 1901 hingegen mußten 33 1/2 Proz. der staatlich veranlagten Einkommen-, Grund- und Gebäudesteuer sowie der Gewerbesteuer an den Kreis abgeführt werden. Für das laufende Jahr erhöht der Kreis 30 Proz. derselben Steuern.

	Es zahlten an Kreissteuern			bei einer Einwohnerzahl von	
	1875	1882	1901	1895	1901
Lichtenberg	5717	14 774	103 711	90 314	43 372
Pantow	4738	11 320	87 346	11 932	21 529
Bernau (Stadt)	4450	9 530	17 650	8 176	8 348
Dramenburg (Stadt)	2949	8 138	23 836	6 910	7 851
Reinickendorf	2256	6 078	55 298	10 677	14 728
Kallberge-Rädersdorf	2045	3 694	8 437	2 917	3 326
Vorhagen-Kummelsburg	2036	6 608	43 444	16 427	16 838
Friedrichshagen	1922	4 685	37 620	9 611	11 289
Mit-Landsberg (Stadt)	1670	3 596	6 319	2 848	2 398
Liebenwalde (Stadt)	1648	3 753	6 922	2 740	2 897
Wehr als 3000 W. zahlten noch					
Neu-Weißensee	—	5 611	64 032	—	—
Zege	—	3 581	33 127	3 875	4 120
Nieder-Schönhausen	—	3 515	13 641	3 089	3 950
Wehr als 6000 W. zahlten noch					
Friedrichsfelde	—	—	33 127	6 829	9 632
Stralau	—	—	17 815	1 760	1 681
Tasdorf	—	—	16 811	2 387	3 355
Dalldorf	—	—	8 203	3 444	5 433
Ermer	—	—	7 565	2 690	13 118
Hermsdorf	—	—	7 088	1 714	2 789
Dahlwitz (Gut)	—	—	6 689	372	601

Die Personenstands-Aufnahme vom 1. Dezember d. J. läßt in den meisten Vororten, besonders auch denen der weiteren Umgebung von Berlin, eine weitere Zunahme der Einwohnerzahl erkennen.

Neu-Weißensee. Drei hiesige Rektoren fordern in einem an die Gemeindevertretung gerichteten Gesuche eine angemessene Erhöhung ihres Grundgehältes. Das Grundgehalt der Rektoren beträgt nach der bestehenden Besoldungsordnung für den 1. Rektor 2500 M., für jeden andern Rektor 1800 M., das sind im ersteren Fall 1200 M. oder 92,3 Proz., im zweiten Fall jedoch nur 500 M. oder 27,7 Proz. mehr als das Grundgehalt der Lehrer. Viele andre Vororte, darunter Lichtenberg und Pantow, haben ein höheres Grundgehalt. Der Umfang der Schulkörper, die Zahl der einem Rektor unterstellten Schulklassen ist hier so groß, wie wohl in keinem andern Vorort; außerdem sind die Schulverhältnisse so schwieriger, wie sonst nirgends. Es liegt auf der Hand, daß infolgedessen auch wieder die Arbeit und Verantwortung des Schulleiters eine besonders große ist.

Mit den Rektoren zugleich hat auch der hiesige Lehrerbund eine Eingabe eingereicht, in der um Aufbesserung der Mietsentschädigung erklart wird. Sie beantragen: 1. den Lehrern mit eigenem Hausstand vom 1. April 1903 die bisher gewährte Mietsentschädigung von 420 M. auf 520 M. zu erhöhen; 2. den Lehrern ohne eignen Hausstand zwei Drittel der vollen Miete zu gewähren. Sie wollen unsern Pädagogen wünschen, daß sie mit ihrem Gesuch bei der Gemeindevertretung Verständnis finden. Allzuhoch sollen sie ihre Hoffnungen nicht spannen; sicher ist wohl nur, daß die socialdemokratischen Vertreter sich ihrer Interessen annehmen, obgleich die Herren Lehrer stets geschlossen gegen die Socialdemokraten stimmten und überhaupt den Hausagariern blindlings Gefolgschaft leisteten.

Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Aus Stolpe an der Nordbahn wird uns berichtet: Der Friede des Weihnachtsfestes ist hier durch zwei Gendarme in einer Weise gestört worden, die unter der Bevölkerung ungeheure Erbitterung hervorgerufen hat. Der hiesige Theaterverein „Jugendfreund“ hatte zum ersten Weihnachtstage beim Amtsvorsteher ein Vergnügen angemeißelt und sich zu dieser Festlichkeit im Lokale der Witwe Vergemann versammelt. Während die Mitglieder sich unter dem Schimmer des Christbaums durch harmlose Vorträge vergnügten, betrat plötzlich zwei Gendarme in Begleitung zweier zufällig auf Urlaub befindlicher Soldaten den Saal und rüdten mit gezogenem Säbel zur Attacke vor. Ein Komiteemitglied machte die Beamten darauf aufmerksam, daß sie eine geschlossene Gesellschaft vor sich hätten. Doch das kümmerte die Zapferen wenig; der Vortwilige wurde mit der flachen Klinge bearbeitet und ein andres Mitglied erhielt eine acht Centimeter lange Kopfwunde, so daß die Schädeldecke verletzt wurde. In der einen Hand den Säbel und in der andren den Revolver räumten die Beamten hierauf den Saal. Die beiden Soldaten, welche wohl nicht recht begreifen konnten, was in dieser friedlichen Gesellschaft die Waffe für einen Zweck haben sollte, verhielten sich während der ganzen Affaire passiv.

Bemerkenswert sei, daß der Verein durchaus nicht aus „Glenden“ besteht und irgend eine socialdemokratische Tendenz hat. Er hält sich abseits von jeder Parteithätigkeit und zählt Kleinmeister u. zu seinen Mitgliedern. Um so schlimmer ist auch in „gutgestimmten“ Kreisen die Erbitterung.

Vermischtes.

Ueber die Sturmflut der letzten Tage wird der „Voss. Zig.“ aus Kopenhagen berichtet: Der orkanartige Sturm in der Nacht zum Freitag hat den Norden Europas, insbesondere jedoch Dänemark und das südliche Schweden in einer Weise heimgesucht, die den betroffenen Gebieten lange in Erinnerung bleiben werden. Zu Lande und zu Wasser raste er mit gleich verheerender Gewalt. Die mit unzähligen Brackstücken bedeckten Küsten erzählten von dem Kampf, den die Schiffe mit dem entsetzlichen Elemente zu führen hatten, und auf dem Lande bilden zusammengestürzte Gebäude, eine Linnenge entwurzelte Bäume, zerstörte Telegraphen- und Fernsprechnetze eine beredte Illustration zu dem Vernichtungswerk, das namentlich die Küstenbevölkerung hart betroffen hat. Doch zunächst einige Worte über die Beschaffenheit des Sturmes. Der Windmesser, der im Jahre 1880 vom meteorologischen Institut in Kopenhagen an der Spitze des Mastenturms der Kriegswert angebracht wurde und selbstständig die Stärke des Windes registriert, zeigte am Freitagmorgen um 4 1/2 Uhr, als der Orkan den Höhepunkt erreicht hatte, eine Schnelligkeit von 35 Meter in der Sekunde, die größte Geschwindigkeit, die seit 1889 gemessen worden ist. Und doch halten die Meteorologen die Bezeichnung „Orkan“ noch für zu weitgehend. Gelegentlich der dänischen Expedition nach Ostgrönland, unter Premierleutnant Andrup, im Jahre 1880 wurde allerdings auf der Küste Ostgrönlands eine Windgeschwindigkeit von 60 Metern in der Sekunde gemessen, und um diese Arbeit auszuführen, mußten sich die Mitglieder der Expedition mit ihren Apparaten flach auf den Boden legen, denn aufrecht zu stehen war unmöglich. Die österreichische Polarstation auf Jan Mayen von 1882—83 stellte sogar eine Windstärke von 71 Metern in der Sekunde fest. Was aber auch schon ein Knapp halb so starker Wind leistet, beweist der jetzige Sturm. Schon am Abend des ersten Weihnachtstages, bevor der Sturm den Höhepunkt erreicht hatte, bildete Kopenhagen ein gefährliches Pfaster. Ziegelsteine sausten in großer Menge von den Dächern, verschiedene große Schornsteine wurden ungerissen und durchschlugen mehrere Stockwerke. Besonders Aufsehen erregt es, daß der eine der beiden mächtigen Granitandelaer, die vor dem neuen Rathaus aufgestellt sind, umgeworfen und zertrümmert wurde. Zahlreiche Menschen wurden ungerissen und erlitten Armbrüche oder sonstige Verwundungen. Am Hafen schlenderte der Sturm einen Mann ins Wasser, ein andrer stürzte auf der Straße so heftig hin, daß er sofort starb. Die Polizei errichtete im Laufe der Nacht in den gefährlichsten Straßen Rettungsposten, und an mehreren Straßen waren Seile aufgespannt, an denen sich die Passanten festhalten konnten. Unglaublich groß sind die Verwüstungen im Verkehrsweien. Nur die Telegraphenlinien mit Berlin blieben unbeschädigt. Die Parke in Kopenhagen und die Wälder haben mächtig gelitten, selbst Baumriesen wurden entwurzelt. Während des Sturmes begann das Wasser im Kopenhagener Hafen gewaltig zu steigen. Es stand 5 Fuß über dem gewöhnlichen Wasserstand, eine Höhe, die selbst nicht bei der Sturmflut im Jahre 1872 vorgekommen war. Ähnliche Verwüstungen wie in Kopenhagen, wo besonders die Glaser viel zu thun bekommen, sind im übrigen in ganz Dänemark vorgekommen. Eine Windmühle bei Hillerød wurde, wenn man sich so ausdrücken darf, schon und ging mit so rasender Geschwindigkeit, daß sie sich entzündete und niederbrannte. An den Küsten, wo die Häuser vom Wasser unterminiert wurden, war die Lage oft sehr gefährlich. Boote wurden in großer Zahl zerstört. Bei Skagen ging die norwegische Post „Perry“ unter, wobei 11 Mann ertranken. Im südlichen Schweden sind die Verwüstungen gleichfalls groß. Auch hier wurden Telegraphen- und Fernsprechnetze in großer Zahl zerstört und damit die Verbindung mit den nördlichen Landesteilen sowie mit Dänemark unterbrochen. In Malind füllte das Wasser die Keller der Häuser am Hafen. In Helsingborg riß der Sturm die ganze Bekleidung vom Turm der Gustav Adolf-Straße herunter, so daß der Turm nur ein Gerippe bildet. Der Hafen und der Güterbahnhof erlitten große Beschädigungen. In Landskrona riß der Sturm einen Fabriksschornstein um, der das Dach der Fabrik durchschlug und Maschinen zertrümmerte. Mehrere Eisenbahnstrecken wurden durch Unterpflung beschädigt, und wie in Dänemark liegen auch an der schwedischen Küste eine Menge Brackstücke. Die näheren Nachrichten werden wohl ein trübes Bild des Unheils, das der Sturm angerichtet hat, ergeben.

Eisenbahn-Unfälle. Ueber einen Eisenbahn-Unfall geht uns aus M.-Gladbach folgendes Telegramm zu: In Ahehd ist eine Rangiermaschine einem nach Düsseldorf fahrenden Personenzug in die Flanke. Der Materialschaden ist beträchtlich. Die Personen blieben unverletzt. Ein Personenzug wurde gerade auf einer Weide umgeworfen, so daß die Passagiere mit Leitern herausgeholt werden mußten. Ferner wird uns aus Gießen telegraphiert: Auf dem Bahnhof Ober-Neubillingen stießen zwei Züge aufeinander, wobei fünf Wagen entgleisten und umstürzten. Der Materialschaden ist groß. Personen wurden nicht verletzt.

Eine aufregende Scene spielte sich im Stadttheater zu Straßburg am ersten Weihnachtstage bei der Nachmittagsaufführung des Vorbeschen Weihnachtsmärchens „Die drei Dummerhen“ ab. Im vierten Bilde sang das Gesellend von Fräulein Janke, welches die Rolle der guten Fee spielte, Feuer, das rasch bedrohliche Dimensionen annahm. Die Künstlerin brach in marktschütternde Schreie aus. Glücklicherweise gelang es ihr, das aufstrebende Feuer rasch zu

löschen. Die Vorstellung konnte ohne weitere Störung zu Ende geführt werden.

Aus dem Leben des Adels. Von dem Herzog von Anhalt ist der Frau Baronin Julie v. Cohn-Oppenheim das Präbikat „Excellenz“ verliehen worden.

Gruben-unglück. Nach einer Meldung aus Bachmut (Gouvernement Jelaterinsk) entstand in dem Innatschacht der Steinlofen-grube „Aspenst“, in der 100 Arbeiter beschäftigt waren, Feuer. Es retteten sich nur 20 Mann; für die übrigen ist wenig Hoffnung vorhanden.

Eisenbahn-Zusammenstoß. Bei dem Eisenbahn-Zusammenstoß, der am Sonnabend in der Nähe von London (Ontario) stattfand, wurden 25 Personen getötet und 30 verletzt. Der Grand Trunk Chicago Express fuhr in voller Fahrt auf den Güterzug auf, der aus der entgegengesetzten Richtung kam. Der Express war mit Reisenden überfüllt, welche, nachdem sie die Weihnachtstage auswärts verlebt hatten, nach Hause zurückkehrten.

Neuer Vulkanausbruch auf Martinique. Aus St. Thomas (Westindien), 27. Dezember, wird telegraphisch berichtet: Der Dampfer „Newington“, der gestern von Santa Lucia kommend, hier eingetroffen ist, berichtet, daß, als er morgens gegen 1/2 11 Uhr den Mont Pelée passierte, ein heftiger Ausbruch des Vulkans stattgefunden habe und dicke Rauch- und Staubwolken zu einer großen Höhe emporgestiegen seien. Nachrichten aus andren Quellen besagen, daß während der Nacht von dem Berg ein hell leuchtender Schein ausging. — Der Generalrat der Insel Martinique hat an die Regierung in Paris die Bitte gerichtet, der Ministerpräsident möge allen den Nationen seinen Dank übermitteln, die in so bewundernswürdiger und einmütiger Weise den unglücklichen Inselbewohnern so große Beweise ihrer Sympathie gebracht hätten.

Katastrophe bei einem Stapellauf. Aus Greenod wird telegraphiert: Beim Stapellauf eines Marine-Schleppdampfers kippte dieser plötzlich um und sank. Das Personal, mit Ausnahme von sechs Mann, welche sich im Maschinenraum befanden, konnte gerettet werden.

In Grodno brach am 26., nachdem 20 Grad Frost geherrscht hatten, ein Schneesturm los, der sich am Morgen zu einem Orkan entwickelte. Das Unwetter wurde durch Gewitter verstärkt. In der Stadt und Umgebung wurden Dächer abgetragen und die Telegraphendrähte zerbrochen.

Von dem Erdbeben-Schauplatz in Turschan wird weiter berichtet: In Andichan hat sich am 26. Dezember tagsüber fortgesetztes, wellenförmiges Erdbeben gezeigt, das gegen Abend stärker wurde. — Im Zusammenhang hiermit scheint folgendes zu stehen: In Vijai, im Gouvernement Tomsk, wurde am 28. Dezember ein etwa 23 Sekunden dauerndes wellenförmiges Erdbeben verspürt. Weitere Erdbeben-Meldungen liegen aus andren vulkanischen Centren vor: St. Thomas (Westindien), 27. Dezember: Der Dampfer „Newington“, der gestern von Santa Lucia kommend hier eingetroffen ist, berichtet, daß, als er morgens gegen 1/2 11 Uhr den Mont Pelée passierte, ein heftiger Ausbruch des Vulkans stattgefunden habe und dicke Rauch- und Staubwolken zu einer großen Höhe emporgestiegen seien. Nachrichten aus andren Quellen besagen, daß während der Nacht von dem Berg ein hell leuchtender Schein ausging. — Chraus, 28. Dezember. Heute abend wurde hier ein starkes, wellenförmiges Erdbeben wahrgenommen, welchem ein unterirdisches Getöse vorausging.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Zutliger, Dieß Verlag) ist soeben das 13. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Sociale Theologie. — Imperialistische Politik. Von R. Beer. — Ueber Poete. Von Hermann Gortz (Bismarck). — Die Baugewerke-Inspektion. Von G. Heine. — Tolstoj's Weltanschauung und ihre Entwicklung. Von Dr. Salomon Primmutter. — Gesellschaft und Krankenversicherung. Von Georg Köhler, Nürnberg. — Socialpolitische Umschau. Von Emanuel Baum. — Väterliche Rundschau: Dresden, Dr. Kund., Das deutsche Reichs-Arbeitsamt. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 35 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 539 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 M. Problemnummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag), ist soeben die Nr. 1 des 13. Jahrganges ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Einleitung zum Abonnement. — Die Menge hat es! — Rückblick auf die Geschichte der proletarischen Frauenbewegung in Italien. Die ersten Anfänge der proletarischen Frauenbewegung in Italien. Von Dr. Robert Wiedel. — Frauen als Arbeiter in Longobardi. Von Louise Jick. — Von der schweizerischen Arbeiterinnenbewegung. Von D. Z. — Aus der Bewegung. Jahresbericht der weiblichen Vertrauensperson in Hamburg. Von Louise Jick. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Dresden und Umgebung. Von W. Köhler. — Neuigkeiten: Erkante Zukunft. Sitzung von Paul Bröder. — Kolonialen: Weibliche Fabrikarbeiterinnen. — Vom Zustand der Arbeiter und Arbeiterinnen in Neuen. — Socialistische Frauenbewegung im Ausland. — Genossenschaftsbewegung im Ausland. — Adressen der Vertrauenspersonen der Genossinnen Deutschlands. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1902 unter Nr. 2051) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Annalen des Deutschen Reichs, 1902, Heft 1. München. J. Schöner (München, Müller). Inhalt: Zum fünfzigsten Jahrestag über die Verarmung der Einnahmen und Ausgaben des Deutschen Reichs. Von H. Thun in Potsdam. — Die Regelung des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises in den größeren deutschen Bundesstaaten. Von Dr. Heinrich Schanz in Würzburg. — Die Währungsfragen und ihre Zulassung als Einkommenabzüge nach dem preussischen und hessischen Einkommensteuer-Gesetz. Von Dr. Rudolf Klum in Dillenburg. — Staat und Recht. Von Dr. A. Köhler in Solothurn. — Aus den Gesellschaften. — Miscellen.

Die Neujahrnummer des „Wahren Jacob“ ist soeben erschienen. Das vorderseitige farbige Bild „Die Wädel von seinen besten Freunden lebend zum neuen Jahr beglückwünscht“ ist eine derbe Illustration des Verhältnisses zwischen dem deutschen Volk und den Zollwächtern. Der durch die Annahme des Zolltarifs herbeigeführten politischen Situation sind eine ganze Anzahl Beiträge gewidmet, so das zweite farbige Bild „Parade“, die Bilder „In der Drenkstätte“, „Eine hässliche Zeit“, „Selbsterkennnis“, die Gedichte „Der vierzehnte Dezember“, „Bild in die Zukunft“, „Aus ein Sitzungsbericht“ und die Feuilletons „Zeitspuren“, „Belebe moderner Dunkelmann“ und „A. Annin Schnabberlein am Belmont-Weitenburg“. Hinter der Raue“ heilt sich eine Illustration von Karl Däter; das Gedicht „Ehre, dem Ehre gebührt“ und das Bild „Rader Stoff“ behandeln den Jahreswechsel satirisch. Außerdem enthält die Nummer noch „Roberte Ueber-Bauernregeln für das Jahr 1903“ sowie zahlreiche den verschiedensten politischen und socialen Vorkängen gewidmete Beiträge. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Die Sicherung der Bauhandwerker. Dr. J. Vibaich, 2 M. Berlin, Kahlberg u. Gänther.

Witterungsübersicht vom 29. Dezember 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer			Wetter	Temp. in C. (P. u. N.)	Stationen			Wetter	Temp. in C. (P. u. N.)
	hohes mm	Windrichtung	Wahrscheinlichkeit			hohes mm	Windrichtung	Wahrscheinlichkeit		
Eintriede	745	SE	4 bedekt	2	Haparanda	747	NO	4 heiter	-15	
Danzburg	741	SE	7 Regen	4	Petersburg	737	0	2 Schnee	-7	
Berlin	747	SE	3 bedekt	5	Cott	741	SE	3 halb bb.	2	
Frankf. M.	748	SE	6 bedekt	7	Herden	—	—	—	—	
München	754	SE	2 halb bb.	1	Paris	748	SE	6 bedekt	8	
Wien	757	SE	1 heiter	1	—	—	—	—	—	

Wetter-Prognose für Dienstag, den 30. Dezember 1902. Etwas kühler, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit Niederzügen und starken südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.